

18. Februar 1924

## LUDWIG QUESSEL · WO STEHEN WIR IN DER REPARATIONSFRAGE?

**W**OHL seit den Tagen, wo die passive Resistenz am Rhein und an der Ruhr ihr Ende erreichte, sehr viel über die Reparationsfrage gesprochen und geschrieben worden ist, vermag in Deutschland niemand zu sagen, welche Haltung wir zur Reparationsfrage jetzt eigentlich einnehmen. Sieht man sich die Kundgebungen des deutschen Außenministers Stresemann an, so findet man, daß für ihn das Diktat der vermeintlich nationalen rechtsradikalen Organisationen nichts zu zahlen und nichts zu liefern immer noch die Richtschnur in der Reparationsfrage zu sein scheint. In Hagen klang seine Rede nach dem Zusammenbruch des Ruhrkriegs in ein offenes Bekenntnis zu Cunos Nullenpolitik aus: Wir zahlen nichts und wir liefern nichts. Darauf folgte die Einstellung aller freiwilligen Reparationsleistungen auch gegenüber England und Jugoslawien. In der Note vom 3. November 1923 kehrt die Formel "0 Mark in bar und 0 Mark in Sachen", die uns aus der Cunozeit hinreichend vertraut ist, in der alten Eindringlichkeit wieder, begründet mit dem schlechten Stand der deutschen Finanzen, der keinerlei Ausgaben für Reparationszwecke gestatte. Inzwischen hat der deutsche Außenminister eine neue Variante für die alte Nullenpolitik gefunden: »Keine deutsche Regierung würde zulassen, daß aus einem zerstückelten Deutschland auch nur die geringsten Reparationsleistungen gezahlt werden.«

Diese Stresemannsche Prägung ist ein Widersinn. Es dürfte wohl auch Stresemann nicht unbekannt sein, daß gerade das zerstückelte Deutschland schon jetzt Reparationsleistungen vollbringt, die das unzerstückelte Deutschland zu erfüllen sich Ende 1922 sehr entschieden weigerte. In Cunos Erklärung vom 14. November 1922 wurde gesagt, daß Deutschland 1923 und 1924 überhaupt in bar nichts leisten und Sachen nur so weit liefern könne, als sich hierfür Überschüsse des Reichshaushalts ergäben. Inzwischen ist die Mark stabilisiert worden, und zwar auch ohne die auswärtige Anleihe, die früher von den sogenannten Sachverständigen als hierzu unerläßlich angesehen wurde. Auch die Passivität unserer Handelsbilanz, die lange Zeit das letzte Refugium der Inflationsgewinner war, scheint verschwunden zu sein, seitdem man sich entschlossen hat den Wert der deutschen Ausfuhr dem deutschen Volk nicht mehr zu verheimlichen. Diese Passivität der Handels-

bilanz, die ein Dogma der Nichterfüllungspolitik war, erscheint in einem ganz andern Licht, wenn man jetzt erfährt, daß unsere Ausfuhr im November 1923, also in einer Zeit schwerster Wirtschaftskrise, als man 3,4 Millionen Vollerwerbslose und 2,3 Millionen unterstützte Kurzarbeiter zählte, die Einfuhr immer noch um gut 80 Millionen Goldmark übertraf, obwohl wir Kohle und Koks in nicht unerheblichen Mengen einführen mußten. Kein Wunder, wenn das Ausland jetzt die Frage aufwirft, wie groß die Aktivität der deutschen Handelsbilanz wohl vor der Ruhrbesetzung gewesen sein muß, als alle Fabrik-schlote rauchten, und die Zahl der Vollerwerbslosen 42 000 betrug. Trotz stabiler Mark und aktiver Handelsbilanz sind aber Überschüsse des Reichs-haushalts noch nicht zu verzeichnen. Im Januar standen 442 Millionen Goldmark Ausgaben immer erst 440 Millionen Goldmark Einnahmen gegenüber. Nichtsdestoweniger bleibt die Tatsache bestehen, daß zurzeit das zerstückelte Deutschland auch ohne Überschüsse des Reichshaushalts zahlt und liefert. Wer die Düsseldorfer Verträge mit der Mission interalliée de contrôle des usines et des mines kennt, der weiß, daß die Kohlenindustrie an der Ruhr als Reparationen monatlich 1 600 000 Tonnen Kohle liefert, 10 Millionen Goldmark in Devisen zahlt sowie 10 Francs Steuern für jede Tonne abgesetzter Kohle entrichtet. Ähnliche Verträge sind auch mit der Eisen- und Braunkohlenindustrie abgeschlossen worden. Dann hat man die bedeutende chemische Industrie an Ruhr und Rhein, die ja zum Teil als Weiterverarbeiter der Kohlenderivate schon aus dem Friedensvertrag beträchtliche Lieferungsverpflichtungen hatte, in gleichgerichtete Verhandlungen gezogen. Aber auch die anderen Industrien sahen sich, um ihre ökonomische Bewegungsfreiheit zu erlangen, gezwungen an die Sieger im Ruhrkrieg heranzutreten. Obwohl die deutsche Presse von diesen Vorgängen nur wenig erfährt, weiß man doch, daß Verhandlungen mit der Textil-, der Seiden- und der Holzindustrie über einen Vertrag schweben, der in weitgehender Anlehnung an die Düsseldorfer Verträge die Bestimmung enthält, daß die betreffenden Industrien zu Lieferungen verpflichtet sind. Die Annahme, daß Frankreich die Fertigwaren, die es sich von diesen Industrien als Reparationsabgabe vertraglich sichert, nicht anfordern wird, ist nur schwach begründet. Gewiß kann die französische Regierung Fertigwaren aus Deutschland nicht in Frankreich verkaufen, ohne einen verhängnisvollen Preisdruck gegenüber den heimischen Industrien auszuüben. Nichts hindert sie aber daran solche Waren, wie in der Vergangenheit beschlagnahmte Güter, in Deutschland und im Ausland verkaufen zu lassen. Erhebliche Reparationsleistungen werden mit der Zeit auch aus den beschlagnahmten Bahnen am Rhein und an der Ruhr zu erzielen sein. Welche großen Entwicklungen hier noch möglich sind, darauf hat eine »hochgestellte Persönlichkeit« der ehemaligen preußischen Staatsverwaltung einen Mitarbeiter des Wolffschen Telegraphenbureaus eindringlich aufmerksam gemacht, indem sie darauf hinwies, daß vor dem Krieg die Verkehrsnetzeinnahmen der preußischen Staatsbahn in dem Gebiet, das jetzt die Regie betreibt, täglich 3 Goldmillionen betragen, während die Nettocinnahmen der Regie einstweilen nur ein Dreißigstel dieser Summe, nämlich 100 000 Goldmark täglich ausmachen. Nach den Zahlen, die der *Matin* über die produktive Ausbeutung des Ruhr- und Rheingebiets angegeben hat, scheint die französische Regie schon jetzt Überschüsse abzuwerfen, obwohl die Personen- und Gütertarife nach den bisher nicht widerlegten Angaben dieses Blattes nur halb so hoch sind wie im unbesetzten Gebiet.

Die bisher bekannt gegebenen Ergebnisse der französisch-belgischen Pfändungsaktion beweisen jedenfalls, daß der Außenminister Stresemann Vogelstraußpolitik treibt, wenn er in öffentlichen Reden erklärt, ein zerstückeltes Deutschland könne nichts zahlen und nichts liefern. Mit solchen Reden kann er wohl auf Deutschland, nicht aber auf Frankreich und Belgien Eindruck machen. In Paris und Brüssel weiß man sehr genau, daß das, was das Rhein- und das Ruhrgebiet 1924 lieferten und zahlten, sicher mehr als 0 Goldmark in bar und 0 Goldmark in Sachen ist, zu welchen Leistungen sich das zerstückelte Deutschland für 1924 im Cunoschen Zahlungsplan erbot. Und wenn Stresemann bei dem Programm nichts zu zahlen und nichts zu liefern beharrt, so kann das nur heißen, daß die ganze deutsche Reparationslast auf die Ruhr- und Rheinlande abgewälzt werden soll. Daß das deutsche Industriegebiet im Westen einen erheblichen Teil der deutschen Reparationsleistung als Naturalsteuer tragen könnte, steht allerdings fest. Ihm dauernd aber die Gesamtlast der Reparationen zuzuschieben kann dazu führen, daß sich das Rhein- und das Ruhrgebiet von einem Deutschland, das ihnen Hilfe und Unterstützung verweigert, losmachen. Es klingt für Leute, die von der Reparationsfrage nichts verstehen (zu diesen scheint Stresemann seltsamerweise auch die auswärtigen Journalisten gerechnet zu haben, die bei ihm im Januar in der Wilhelmstraße vorsprachen), sehr schön, wenn ihnen gesagt wird, Deutschland könne Reparationen nur zahlen, wenn seine ökonomische Einheit wiederhergestellt wird. Stresemann darf sich aber nicht wundern, wenn die selben Journalisten, denen er diese seine Meinung vortrug, dazu bemerkten, daß jener Zustand, den er jetzt als Vorbedingung deutscher Leistungen fordert, am 14. November 1922 ja vorhanden war, was aber das Kabinett Cuno nicht davon abhielt mit einem Zahlungsplan für 1923 und 1924 an die Reparationskommission heranzutreten, wonach sich Deutschland verpflichtete in dem beiden Jahren 0 Goldmark in bar zu zahlen und auch für den selben Betrag Sachen zu liefern, sofern inzwischen sich nicht das Wunder von Überschüssen des Reichshaushalts ereignete.

Ernster als die Reden des Außenministers zur Reparationsfrage sind die Pläne zu nehmen, die von deutschen Industriellen zum Wiedergutmachungsproblem vorgetragen werden. Zunächst gebührt es sich Freude über die Bekehrung zweier Sünder in rebus reparandis zum Ausdruck zu bringen. Hugo Stinnes, von dem die Deutsche Allgemeine Zeitung am 18. Juni 1922 schrieb, daß er ein »Gegner der Fortsetzung der Erfüllungspolitik unter allen Umständen« sei, ist jetzt zu seiner ältern und bessern Überzeugung zurückgekehrt. Fritz Thyssen ist ihm gefolgt. Stinnes und Thyssen wenden sich in ihren Unterredungen mit dem Sonderberichterstatler des Journal des Débats gegen die Stresemannpolitik »Privatpersonen Schulden aufzuhalsen, die durch den Staat getragen werden müßten«. Beide treten dafür ein, daß »Deutschland in Sachleistungen zahlen« müsse. Die Abwicklung dieser Sachleistungen denkt sich Stinnes so, daß zwischen den Industriellen und den Siegerstaaten langfristige Verträge für 20 bis 30 Jahre abgeschlossen werden, wobei sich das Reich zu verpflichten habe die deutsche Industrie für ihre Lieferungen zu bezahlen: »Stinnes versicherte, die Ausführung seines Planes würde für alle Teile von größtem Nutzen sein und überall Vertrauen und Wohlstand wiederherstellen. Schon allein die Tatsache, daß Deutsche und Franzosen geeint vor Amerika treten, würde bedeutende Ausblicke er-

öffnen. Sein Sohn, der gegenwärtig in Amerika sei, habe festgestellt, daß dort gegenwärtig keine Kredite für deutsche Industrielle zu erlangen seien, weil die Industriellen für die Schulden des Reiches haftbar gemacht werden. Deutschland und Frankreich seien für die fernen Kapitalisten heute Länder wie Mexico und Cuba, denen man kein Geld zum Verschwenden oder Kriegführen leihen wolle. Aber das Geld sei vorhanden und warte auf seine Verwendung. Sobald eine Entspannung oder Einigung eingetreten sei, werde das Geld zum Vorschein kommen, und zwar zu Bedingungen, die überraschen werden. Deshalb sei es im deutschen und französischen Interesse loyal ein sicheres Regime für die Regelung der Reparationen zu erstreben. Man müsse dabei die Möglichkeit ausnutzen, die durch die Verhandlungen und Abkommen mit der Mission interalliée de contrôle des usines et des mines eröffnet wurden. Die Zeit dränge. Man habe nur die Wahl zwischen einer Liquidierung des gegenwärtigen Zustandes durch einen neuen Krieg und neue Ruinen und der Arbeit für den Frieden, durch eine dauerhafte Einigung zwischen den beiden Ländern, die nicht endlos Feinde sein können.« Auch der Sozialdemokrat, wenn es ihm mit der Erfüllungspolitik wirklich ernst ist, wird den Stinnesschen Gedankengängen zustimmen können. Nur 2 Vorbehalte wird er machen müssen. Wenn es nämlich auch richtig ist, daß man privaten Unternehmern nicht die Lasten aufhalsen darf, die der ganze Staat zu tragen hat, so schließt dieser Sachverhalt doch nicht aus, daß die Privatindustrie einen Teil dieser Last als Naturalsteuer übernimmt. Man wird auch gegenüber Stinnes bestreiten müssen, daß zur Leistung von Reparationen lediglich Sachleistungen in Frage kommen. Tauglich zur Tilgung auswärtiger Verpflichtungen ist nicht nur Warenexport, sondern auch die Übereignung von Besitztiteln, für die eine internationale Nachfrage besteht. In diese Richtung zielt der Plan Rechberg, der diejenigen deutschen Unternehmungen, zu deren Stabilität das Ausland Vertrauen hat, verpflichten will neue Aktien oder Anteile bei voller Entschädigung an die deutsche Regierung abzuführen, damit diese mit ihnen Reparationen zahlen kann. Während Rechberg die Besitztitel selbst zu Reparationsleistungen verwenden will, läuft der Plan Litwin darauf hinaus die Erträge einer 25prozentigen Abgabe von Aktien, Anteilen usw. zu Reparationszwecken zu benutzen. Der Litwinsche Plan nähert sich stark den von sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung Wirth gemachten Vorschlägen, wobei es sich auch um die Erfassung von Aktien, Anteilscheinen usw. handelte, außerdem aber auch noch um die hypothekarische Belastung des Grundbesitzes zu Reparationszwecken. Ausführbar sind beide Projekte, sofern der ernste Wille vorhanden ist Besitztitel für Reparationszwecke zu opfern. Der Not Frankreichs, dessen Bürger schon heute 6 Milliarden Goldfrancs Steuern jährlich aufbringen, und die, wenn keine Schuldenstreichung stattfindet, im Jahr 1926 vielleicht 11 Milliarden Goldfrancs zahlen müssen, trägt am meisten der Plan Rechberg Rechnung. Er würde, ohne die deutsche Volkswirtschaft im geringsten zu schädigen, eine Herabsetzung der ungeheuren Verschuldung Frankreichs ermöglichen, die Charles Gide auf über 400 Milliarden Francs berechnet.

Freilich ist die im Londoner Zahlungsplan vorgesehene Summe von 132 Milliarden Goldmark geeignet jeden ernstesten Erfüllungswillen zu ersticken. Man weiß, daß 82 Milliarden davon in unverzinslichen Schuldverschreibungen Deutschlands bestehen, die die Siegerstaaten des Kontinents zur Begleichung ihrer Verpflichtungen gegenüber England und Amerika verwenden wollen.

Es wäre notwendig, daß Kontinentaleuropa sich in dieser Frage einmal solidarisch erklären und eine scharfe Kampfstellung gegen das Angelsachsen-tum einnehmen würde. Amerika muß begreifen, daß ohne Schuldenstreichung eine Basis für eine Verständigung Frankreichs weder mit England noch mit Deutschland zu finden ist. Die Schuldenstreichung ist die Voraussetzung einer Befriedung Europas. Aus der Buchschuld von 82 Milliarden Goldmark, obwohl einstweilen nur aus unverzinslichen Schuldverschreibungen bestehend, quillt unversiegbar der Rachegeist. Unausrottbar wurzelt im deutschen Volk die Überzeugung, daß diese Schuld nur begründet worden ist, um Frankreich den Rechtstitel zur dauernden Besetzung der Ruhr und des Rheins zu geben. Mit ihrer Hilfe wird es England immer wieder gelingen Deutschland auf Frankreich zu hetzen. Ganz Europa ist daran interessiert diese Buchschuld durch Streichung zu begleichen, ehe sie durch Blut getilgt wird. Caillaux hat den Kernpunkt der Reparationsfrage richtig erfaßt, wenn er als die erste Aufgabe der neuen französischen Regierung, die aus den Wahlen dieses Jahres hervorgehen wird, die Schuldenstreichung bezeichnet, die die Beschränkung der deutschen Reparationsleistungen auf die Nettokosten des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete und die Mobilisierung dieser beschränkten Reparationssumme durch internationale Anleihen ermöglichen würde. Auf dieser Basis muß sich auch der Zahlungsplan Deutschlands aufbauen. In Gemeinschaft mit dem neuen Frankreich, dessen Licht schon den dunklen Horizont Europas erhellt, muß Deutschland von Amerika die Streichung der Buchschuld des Weltkriegs fordern, damit aus ihr keine Blutschuld Amerikas an Europa werde.

## MAX COHEN · WIR MÜSSEN ES SCHAFFEN



IRGENDWO ist wohl öfter als hier auf den engen Zusammenhang zwischen Außen- und Innenpolitik hingewiesen und gezeigt worden, in wie hohem Maß sich beide ergänzen müssen, wenn Deutschland aus seiner schwierigen Lage befreit werden soll. Das zu erkennen und der Erkenntnis entsprechend zu handeln ist kaum je so notwendig gewesen wie gerade jetzt, da es uns, nach 5 Leidensjahren, gelungen ist an einem Punkt anzulangen, der eine ruhigere Betrachtung der Dinge ermöglicht, so daß jeder von uns gewissermaßen gezwungen wird rückblickende Umschau zu halten. Gerade weil das sich hierbei ergebende Bild so wenig erfreulich ist und die Fülle der Fehler zeigt, die Regierungen, Parlament und Parteien, jeder immer den andern überbietend, begangen haben, muß daraus der feste Vorsatz erwachsen jeden Rückfall in die schlimme Vergangenheit zu verhindern. Das eine muß wohl auch von den Widerstrebenden zugegeben werden: Um wie vieles besser stünden wir heute da, wenn die *Produktionspolitik*, die wir unablässig gefordert haben, schon vor Jahr und Tag in die Praxis umgesetzt worden wäre. Niemand kann sich heute mehr ihrer Notwendigkeit entziehen. Aber das ist ja das furchtbare Verhängnis im Deutschland der Nachkriegszeit, daß man sich zu richtigen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen erst entschließt, wenn die Not schon so fortgeschritten ist, daß noch viel schärfere Mittel notwendig sind. So geschieht das Richtige nie im richtigen Augenblick.

Immerhin muß anerkannt werden, daß, nach dem vollständigen Zusammenbruch unserer Währung im letzten Viertel des Jahres 1923, zum erstenmal

der energische Versuch einer Aufrichtung gemacht worden ist. Dieser Versuch ist nicht ohne Erfolg geblieben; wir haben seit Ende November eine stabile Währung, seit langer Zeit werden wieder einmal ordentlich Steuern erhoben, und die Mehrleistung, auch durch Überschreitung der 8stündigen Normalarbeitszeit, setzt sich langsam und sicher durch. Nun kommt es darauf an die bisher erreichten Erfolge festzuhalten und so schnell wie möglich neue, größere zu erzielen. Das ist sehr wohl möglich, wenn man nicht wieder in den alten Fehler des Gehen- und Geschehenlassens verfällt sondern in unbeirrbarem Willen alle Kraft auf den Zentralpunkt richtet. Wenn unsere Währung nicht wieder ins Rutschen kommen soll, so muß (gleichgültig, ob es sich um die Rentenmark oder die zukünftige Goldnote handelt) der Reichshaushalt unter allen Umständen in Einnahmen und Ausgaben balanzieren. Das ist ohne scharfe Steuererfassung nicht möglich, und so schwer, ja wirklich unerträglich auch die gegenwärtige Steuerbelastung für manchen sein mag, an eine wesentliche Milderung wird man vorderhand nicht denken dürfen. Die leistungsfähigen Steuerzahler werden mehr als bisher ihr Teil zur Erhaltung des Staats beitragen müssen, obwohl es politisch leichter ist die Wenigerbemittelten zu belasten. Das ist ja in der (hoffentlich endgültig) hinter uns liegenden Inflationszeit recht ausgiebig geschehen, und man wird die Steuerzweifler darauf aufmerksam machen müssen, daß das Reich all die Zeit hindurch seine recht beträchtlichen Ausgaben durch Steuern gedeckt hat; denn die von der Notenpresse hergestellten Reichseinnahmen sind letzten Endes doch vom deutschen Volk getragen worden: in der Hauptsache freilich von den Ärmeren und Armen, von all denen, die das eben erhaltene Papiergeld auch nur einige Minuten zu lange in der Tasche behalten haben. Wenn diese sehr ungleichmäßige Steuerbelastung möglich war (bei der allerdings einzelne Bevölkerungsschichten geradezu ausgepowert worden sind), dann muß eine besser verteilte Steuerlast auch getragen werden können. Es muß freilich guter Wille dazu, und es muß die Einsicht vorhanden sein, daß die Finanzen des Staats, in dem wir leben, in höchstem Maß unsere eigenen Finanzen sind, von deren Ordnung unser aller Wohl abhängt. Eigentlick sollte das selbstverständlich sein, da doch jedermann weiß, daß der Dollar immer noch 4200 Milliarden Papiermark (die unsere ins Wesenlose gesunkene alte Reichsmark ist) kauft. Eines aber werden alle steuerzahlenden Staatsbürger mit Recht von den regierenden Männern verlangen dürfen: daß sie die Ausgaben des Staats auf das allernötigste beschränken; denn nur eine solche Beschränkung kann den Ausgleich des Budgets wirklich gewährleisten, die Zeiten der fröhlichen Ausgabewirtschaft müssen zu Ende sein. Zur Erhaltung unserer Währung ist es ferner nötig, daß unsere Handelsbilanz nicht nur vorübergehend sondern dauernd aktiv gehalten wird. Ohne starke Beschränkung der Einfuhr und Hebung der Produktionsleistung ist das nicht möglich, und es muß dafür gesorgt werden, daß jegliche Einfuhr nicht durch Hergabe von Noten sondern von Waren, die wir produziert haben, bezahlt wird. Wenn wir unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte Innenpolitik treiben, werden wir in nicht zu ferner Zeit auch wieder eine richtige Goldwährung haben, die wir brauchen, um unsere Gesamtwirtschaft auf den höchstmöglichen Stand zu bringen. Für unsere Goldnotenbank werden die letzten deutschen Goldreserven eingesetzt werden müssen, sie dürfen durch keine schlechte Finanz- und Wirtschaftspolitik verloren gehen, denn es handelt sich um das letzte, was wir haben, ebenso um die letzte Kreditmöglichkeit im Ausland.

Man rechnet damit, daß wir eine Anleihe erhalten. Und es ist auch wahrscheinlich, daß der Erste Sachverständigenausschuß, der mittlerweile wieder nach Paris zurückgekehrt ist, eine Anleihe befürworten wird, da von der dauernden Ordnung unserer Währung in hohem Maß unsere Leistungsfähigkeit Reparationen zu zahlen abhängt. Wir müssen uns aber auf diesem Gebiet endgültig von allen Täuschungen und Selbsttäuschungen, denen wir lange genug nachgegangen haben, frei machen. Es wird sich gewiß sehr bald herausstellen, daß der erwähnte Ausschuß das unzweifelhafte Recht Frankreichs auf Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung anerkennt. Dann wird keinerlei Ausweichen mehr möglich sein, wir werden uns zur Festlegung bestimmter Zahlungen und Leistungen bequemen müssen. Man darf wohl sagen, daß die allgemeine Geistesverfassung seit einiger Zeit einer solchen Abmachung etwas günstiger geworden ist. Sicher hat dazu die Persönlichkeit MacDonalds beigetragen, der entschlossen zu sein scheint die Frage der interalliierten Verschuldung endlich einer Lösung entgegenzuführen. Von ihr zumeist hängt es ab, wie hoch die von Deutschland zu zahlenden Reparationen sein werden, und man sollte daher annehmen dürfen, daß die in dieser Beziehung vollaufgerechtigtsten französischen Wünsche von der deutschen Politik nach Möglichkeit unterstützt würden. Die Entscheidung über diese Frage liegt ja nun freilich fast ausschließlich bei den beiden angelsächsischen Mächten, jedoch ist es keineswegs gleichgültig, wie sich die deutsche öffentliche Meinung, wie sich die politischen Parteien Deutschlands zu dieser Frage stellen. Eine besondere Rolle könnte dabei vielleicht die deutsche Sozialdemokratie spielen, deren Vorstellungen auf das neue englische Kabinett sicherlich Eindruck machen werden, wenn ihre Haltung nicht einer augenblicklicher Utilitätseinstellung entspringt, sondern wenn sie den Zusammenhang zwischen Reparationsleistungen und interalliierten Schulden so begreift wie er hier oft dargestellt worden ist. Dafür wird MacDonald Verständnis haben, nicht aber für einen bauernschlaunen Opportunismus, der den Augenblick für günstig erachtet schnell etwas für sich aus dem Gegensatz England-Frankreich herauszuschlagen. Man braucht nur zu beachten, was er in seinen Programmreden über das von ihm angestrebte Verhältnis Englands zu Frankreich gesagt hat, um das klar zu erkennen. Für die Behandlung dieser Frage und auch mancher anderer, die unmittelbar zwischen Deutschland und Frankreich vorgenommen werden müssen, ist vielleicht die Zeit deshalb am günstigsten, weil die Atmosphäre doch ein wenig entgiftet ist. Zwar gibt es immer noch bei uns Leute, die die Stunde nicht begriffen haben, und die bei jeder Gelegenheit Frankreich irgendetwas anzuhängen versuchen; meist in sinnloser Weise auch da, wo Frankreich, der ganzen Sachlage nach, das entgegengesetzte Interesse hat als das ihm nachgesagte. Früher ist diese Politik ja die in Deutschland übliche gewesen, aber man faßt sich doch an den Kopf, wenn man liest, daß die Franzosen, ja direkt »die französische Regierung« an den letzten Machenschaften beteiligt gewesen seien, die sich gegen die deutsche Rentenmark gerichtet haben. In Berliner Blättern konnte man lesen, daß das von »zuständiger Stelle« mitgeteilt worden sei. Das kann man sich ja nun kaum denken; denn so viel Kenntnis darf man wohl auch den deutschen »zuständigen Stellen« zutrauen, daß sie wissen, daß kein Land auf dem Erdbreis ein größeres Interesse an der Stabilisierung der deutschen Währung hat als gerade Frankreich; ist doch alles, was Frankreich an Leistungen von uns erhofft, durchaus an die Werterhaltung unseres Geldes geknüpft.

Weshalb also eine etwas beruhigte Lage mit derartigen Verleumdungen stören? Nicht weniger gefährlich ist es, wenn hervorragende Mitglieder des Verwaltungsrats der Rentenbank protestieren, daß noch Reparations- und Besatzungskosten bezahlt werden. Haben sie so schnell den Ruhreinmarsch und das, was er Deutschland gebracht hat, vergessen? Wissen sie nicht, daß eine einfache Einstellung der Zahlungen für Reparationen und Besatzung ganz ähnliche Folgen für uns haben muß?

Diese unüberlegten wie unbegründeten Vorstöße müssen endlich einmal aufgehört; denn man kann nicht zu gleicher Zeit Offensiven unternehmen, wenn man zu einer Verständigung über die Reparationsfrage gelangen möchte. Daran sollte auch der deutsche Außenminister Stresemann denken. Sein Auftreten als Minister erinnert in bedenklicher Weise an seine undurchdachte, schwankende außenpolitische Haltung während des Kriegs. Er müßte sich sagen, daß er seine eigenen Kundgebungen auf die Dauer bedeutungslos macht, wenn er so wenig Voraussicht für kommende politische Entwicklungen zeigt. Denn die Dinge werden schließlich ihren Weg gehen, sie werden Deutschland und Frankreich zu einer wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zusammenführen, die, wie nüchtern sie auch immer aufgefaßt werden mag, durch ihre sachliche Basis, die Wirkung einer dauernden Gemeinschaft haben wird. Daß die deutsche Politik den Weg zu dieser Kooperation erleichtert hätte, wird man nicht sagen können. Aber einmal wird man wohl oder übel die Lehren aus der jüngsten Vergangenheit ziehen und eine Entwicklung positiv unterstützen müssen, die dann nicht nur Deutschland das Heil bringt sondern dem ganzen europäischen Kontinent das feste Fundament gibt, auf dem alle europäischen Nationen ihre Lebens-, ihre Schaffungsmöglichkeit finden.

Die Entscheidungen, die in den nächsten Wochen fallen, werden von der allergrößten Bedeutung sein, aber sie werden uns kaum etwas bringen, was wir, wenn wir es nur richtig gewollt hätten, nicht auch schon früher hätten erreichen können. Wahrscheinlich werden wir sogar heute mancherlei schlucken müssen, das vermeidbar gewesen wäre, wenn wir eine Erfüllungspolitik mit der Tat und nicht nur mit dem Mund getrieben hätten. Unsere westliche Industrie, die ein großes Maß von Schuld an dieser Entwicklung und dem Leidensweg des deutschen Volkes während der 5 Nachkriegsjahre trägt, hat jetzt auch, genau so wie das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, Leistungen unter viel ungünstigeren Verhältnissen zu vollbringen als bei größerem und rechtzeitigem Verständnis für außenpolitische Notwendigkeiten erforderlich gewesen wäre. Daran ist aber nicht mehr zu ändern, und es muß nur Sorge getragen werden, daß nicht neue Fehler das deutsche Volk wieder in eine Lage bringen, die es kaum noch einmal würde aushalten können. Man wird hoffen dürfen, daß diese Einsicht beim Abschluß der neuen Verträge mit der Mission interalliée de contrôle des usines et des mines zum Ausdruck kommen wird. Wir wissen, daß die Lasten dieser Verträge sehr groß waren, aber wir wissen auch, daß sie in der Hauptsache eine Frage der Produktionsleistung sind, die zu vollbringen der Zwang der Tatsachen (wir haben eben einen großen Krieg verloren) uns auferlegt. Es gibt keinen andern Ausweg, und es wird sich mit ständig wachsender Klarheit zeigen, daß das Produktionsproblem nach wie vor das Zentralproblem deutscher Innenpolitik auch im außenpolitischen Zusammenhang bleibt.

Deshalb ist es aber doppelt nötig, daß die innenwirtschaftliche Neugestaltung sich in richtiger Weise vollzieht. Sie kann und darf sich keinesfalls auf Kosten der deutschen Landwirtschaft vollziehen, deren kritische Lage gerade im Augenblick zu Erörterungen führt, bei denen in unserer Partei die ältesten Ladenhüter hervorgeholt werden. Man muß die deutschen Arbeiter ernstlich vor einer antiagrarischen Einstellung warnen; sie war in der Vorkriegszeit verkehrt und schädlich genug. Die Landwirtschaft ist der erste und wichtigste Produktionszweig, der geschützt und gesichert werden muß. Es gibt keine nationale Wohlfahrt, wenn die Landwirtschaft nicht gedeiht. Wenn für die agrarische Produktion Agrarzölle notwendig sind, muß sich der Städter mit ihnen abfinden. Es wäre ein politisches Verbrechen den Arbeiter durch Konsumentenphrasen gegen jede Zollpolitik wieder aufzuputschen. Darin könnte die deutsche Sozialdemokratie manches von der englischen Labour Party lernen, die sich ihre Stellung zu Schutzzöllen, wenn auch noch so vorsichtig, vorbehalten hat. Vorerst muß man alles daran setzen die Lage der Landwirtschaft dadurch zu verbessern, daß die Preise der landwirtschaftlichen Betriebsmittel herabgesetzt werden. Aber auch das ist eine Frage höherer und besserer Produktionsleistung.

Und damit sind wir wieder zu unserm Ausgangspunkt zurückgekehrt. Das Jahr 1924 muß für Deutschland das Jahr des ersten wirklichen Schaffens seit dem unglücklichen Ausgang des Krieges werden. Dann wird alles jetzt Unmögliche in Außen- und Innenpolitik möglich sein. Wir werden es schaffen, denn wir müssen es schaffen.

## FRITZ BAADÉ · DIE GEGENWÄRTIGE LAGE DER DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFT



ALS ich hier vor einem Vierteljahr meinen Rückblick über die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft nach dem Krieg abschloß<sup>1)</sup>, war die Lage vollkommen undurchsichtig. Die Geldentwertung ging damals gerade in ihrem rasendsten Tempo vorwärts; bei Preissteigerungen bis zu 100 % täglich war die Preisentwicklung vollkommen chaotisch geworden. Unstabil war nicht bloß der Wert der Papiermark, unstabil und völlig unhaltbar waren auch alle Preisrelationen. Dieser Zustand verschärfte sich noch im Lauf des Novembers; dadurch fiel die gesamte Herbstbestellung für das Erntejahr 1924 in diese kalkulationslose, von täglichen schweren Verlusten bedrohte Zeit. Dann trat mit der Durchführung des Rentenmarkprojekts die Stabilisierung ein, die bisher anhält. Im Lauf des Dezembers und Januars zeigten sich die Wirkungen der Währungsstabilisierung im ganzen Wirtschaftsleben. Die größten Preisanomalien, die als Risikoprämien bezeichneten Aufschläge auf die Goldpreise verschwanden; es verschwanden die übersteigerten Devisennotierungen des Auslandes und der "schwarzen Börsen"; mit ihnen sank das Truggewilde der Börsenkurse für "Goldwert"aktien und Sachwertanleihen in sich zusammen. Der von den Banken berechnete Zinsfuß, den das Wettrennen mit der Geldentwertung bis auf 30 bis 50 % täglich emporgetrieben hatte, senkte sich bis auf die augenblicklich geltenden Sätze von 2 bis 3 %

1) Siehe Baadé Die deutsche Landwirtschaft nach dem Krieg, in den Sozialistischen Monatsheften 1923 Seite 657 ff.

monatlich. Obwohl neue Erschütterungen in der Zukunft keineswegs ausgeschlossen sind, kann man doch von einer Konsolidierung sprechen, die es gestattet die Grundzüge der augenblicklichen Lage und der voraussichtlichen Entwicklung aufzuzeigen. Diese Aufgabe ist von großem Reiz. Wird doch die ganze zukünftige Entwicklung aus den gegenwärtigen Verhältnissen als ihrem Keimpunkt herauswachsen. Alles, was in den nächsten Jahren im Mittelpunkt des Interesses und des Kampfes stehen wird: hier liegt es in seinen Elementen, noch unverzerrt durch den Streit der Interessen.

Als wichtigsten Gesichtspunkt zur Beurteilung der Lage der Landwirtschaft hob ich in meinem vorigen Aufsatz das Verhältnis zwischen den Preisen der Produkte und denen der Produktionsmittel hervor. Dieses Verhältnis wollen wir zunächst untersuchen, wobei wir uns übrigens nicht mehr des Hilfsmittels der Roggenrechnung zu bedienen brauchen, nachdem nunmehr alle Preise auf Goldrechnung gestellt sind.

Der Abbau der Überpreise fand zuerst bei den Stickstoffpreisen statt. Sie stehen seit Dezember dicht unter den Vorkriegspreisen: 1 Kilo Stickstoff im schwefelsauren Ammoniak kostet 1,15 Mark, gegen 1,20 bis 1,30 Mark vor dem Krieg. Bei den Kalipreisen bedurfte es erheblicher Machtkämpfe innerhalb des Kalisyndikats, bis auch hier für die wichtigste Handelsmarke, das 40prozentige Kalidüngesalz, die Senkung auf die Vorkriegspreise erreicht wurde. Seit Anfang Januar kostet der Doppelzentner 40prozentiges Kalidüngesalz wieder 6,30 Mark wie vor dem Krieg; der Doppelzentner 12prozentiges Kainit steht sogar unter dem Vorkriegspreis: 0,98 Mark, gegen 1,20. Dagegen sind die Preise für Phosphorsäure noch immer erheblich höher als die Vorkriegspreise: 1 Kilogramm wasserlösliche Phosphorsäure im Superphosphat kostete im Dezember 0,68 Mark, im Januar sank der Preis auf 0,59 Mark; vor dem Krieg hatte er aber nur etwa 0,36 Mark betragen. Über den Vorkriegspreisen stehen auch die Preise für industrielle Erzeugnisse. Nach einer Zusammenstellung der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse vom 19. Januar 1924 standen in der 2. Dezemberhälfte die Preise für kleinere Maschinen und Geräte auf 197, für Seiler- und Webwaren auf 111, für Geschirre und Schuhe auf 118, wenn man den Preis für 1913 gleich 100 setzt.

Von großer Bedeutung, vor allem für das Problem einer etwaigen Umstellung der Landwirtschaft auf vermehrte Erzeugung tierischer Produkte, sind die Preise der vom Ausland eingeführten Kraftfuttermittel. Seit längerer Zeit ist ja die Speisekarte für den Viehstall an eiweiß-, stärke- und fetthaltigen Futtermitteln wieder ebenso reichhaltig wie vor dem Krieg. Auch die Preise dieser Futtermittel liegen meist nur unerheblich über, zum Teil sogar unter den Vorkriegspreisen, so daß sich unter Berücksichtigung der etwa um 33 % gestiegenen Milch- und Butterpreise eine gute Rentabilität für die Verwendung dieser Futtermittel ergibt:

Futtermittel	Preis für 1000 Kilogramm (in Mark)	
	März 1914	Mitte Januar 1924
Harburger Palmkuchen	128	120
Harburger Palmkernschrot	125	104
Harburger Kokoskuchen	146	160
Erdnußkuchen	153	224
Laplataweizenkleie	104	118

Der Absatz dieser Futtermittel läßt allerdings zu wünschen übrig, weil die Landwirtschaft es meistens vorzieht in verstärktem Maß die eigene, in diesem Jahr besonders gut geratene Rauhfutterernte zu benutzen. Dadurch erhält nach dem Urteil Franz Lehmanns /Göttingen/ die Futterrationsration eine unerwünscht einseitige Zusammensetzung, und die restlose Ausnutzung dieser günstigen Rauhfutterernte wird verhindert. Privat- wie volkswirtschaftliche Rentabilität würden im gegenwärtigen Augenblick für einen viel stärkern Verbrauch ausländischer Kraftfuttermittel sprechen.

Betrachten wir die Preise der Produktionsmittel im Zusammenhang, so finden wir nur bei Phosphorsäure und Maschinen ein erhebliches Überschreiten der Friedenspreise. Bei Maschinen dürften die Preise seit dem Dezember schon zurückgegangen sein, ein weiterer Preisabbau ist hier durchaus wahrscheinlich. Ein hartnäckiges Problem scheint die Versorgung mit Phosphorsäure bleiben zu wollen. Leider ist es mir nicht möglich gewesen Material über die Preisbildung der Phosphate auf dem Weltmarkt zu erhalten. Mag nun aber eine Senkung der Phosphorsäurepreise in naher Zeit möglich sein oder nicht: auf jeden Fall wäre es unrichtig einfach aus der absoluten oder relativen Verteuerung eines Düngemittels zu schließen, daß es nun "zu teuer" sei, und sein Gebrauch eingeschränkt werden müsse. Das wäre nur richtig, wenn die Verwendung dieses Düngemittels vor dem Krieg schon bis an die äußerste Grenze der Rentabilität ausgedehnt gewesen wäre. Dies war aber, wie bei allen künstlichen Düngemitteln, so auch bei Phosphorsäure keineswegs der Fall. Der hohe Phosphorsäurepreis kann uns nur veranlassen sorgfältiger als zuvor auf das Phosphorsäurebedürfnis der einzelnen Böden zu achten.

Wenden wir uns nun der Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte zu. Hier ist der Zustand eingetreten, der vorauszusehen war: Hülsenfrüchte (besonders hochwertige), Ölfrüchte, Kartoffeln, Vieh stehen etwa auf dem Vorkriegspreis. Rauhfutter, besonders Stroh, ist infolge der beispiellos guten Ernte etwas gedrückt, steht aber nicht tiefer als bei gleich guter Ernte auch vor dem Krieg zu erwarten gewesen wäre. Getreide dagegen steht erheblich unter den Vorkriegspreisen, und zwar fast genau um den Betrag, den die jetzt fortfallenden Schutzzölle ausmachten. Weizen ist von etwa 200 Mark für 1000 Kilogramm auf etwa 145 Mark, also um 55 Mark, Roggen von 160 Mark für 1000 Kilogramm auf 120 Mark, also um 40 Mark, Hafer von 150 Mark für 1000 Kilogramm auf 95 Mark, also um 55 Mark gefallen. Die Zölle betragen im letzten Jahrzehnt vor dem Krieg für Weizen 55 Mark, für Roggen 50 Mark, für Hafer 50 Mark. Die Senkung des Preises ist also bei Weizen ebenso groß wie der Zoll, bei Roggen um 10 Mark geringer. Bei dem starken Preisrückgang für Hafer ist die Verminderung des Heeresbedarfs und der Luxuspferdehaltung in den Städten zu beachten.

Nimmt man nun an, daß diese sich trotz gelegentlichen Schwankungen seit mehreren Monaten durchsetzende Senkung der Getreidepreise keine vorübergehende Erscheinung ist, sondern daß sich in diesem Preisverhältnis die Grundlinien der zukünftigen Entwicklung offenbaren, und stellt man diese Preise den ebenfalls als unveränderlich angenommenen Preisen der landwirtschaftlichen Produktionsmittel gegenüber, so ergibt sich ein in der Tat besorgniserregendes Bild. Statt der 6,5 Kilogramm Stickstoff, die man vor dem Krieg für 1 Zentner Roggen erhielt, erhält man jetzt nur noch 5,2 Kilo-

gramm Stickstoff; statt 25,6 Kilogramm Phosphorsäure sogar nur noch 10 Kilogramm, also weniger als die Hälfte. Es erhebt sich die Frage, ob in diesen Zahlen nicht der Keim einer Agrarkrise liegt, ob hiermit nicht alle Ansätze zum Wiederaufbau der landwirtschaftlichen Produktion zum Scheitern verurteilt sind, ob der Zwang zu extensiver Betriebsführung, das Gespenst aller agrarpolitischen Diskussionen der Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeit, nun nicht zur Tatsache geworden ist. Wir stehen hier vor einer Frage, die höchstwahrscheinlich auf Jahre hinaus den Mittelpunkt des agrarpolitischen Meinungskampfes bilden wird. Dabei kann es nicht ausbleiben, daß das Grundproblem durch das, ich muß mir schon den Ausdruck gestatten, hysterische Geschrei der Agitation und Gegenagitation bald bis zur Unkenntlichkeit entstellt wird. Darum ist es besonders notwendig die Frage mit aller Sachlichkeit zu untersuchen, bevor man sich so festgelegt hat, daß man später nicht mehr zurückfindet.

Wir müssen uns zunächst klarmachen, was der Gesichtspunkt der Intensität, nicht in theoretischem Sinn sondern für die praktischen Einzelprobleme der heutigen Landwirtschaft, eigentlich zu besagen hat. Die wichtigsten Punkte, in denen sich eine größere oder geringere Intensität der Betriebsweise auswirken kann, sind der Kunstdüngerverbrauch, die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Bodennutzung gegenüber der forstwirtschaftlichen oder dem Ödland sowie die relative Ausdehnung der einzelnen Kulturarten, des Getreidebaus gegenüber den anderen Zweigen des Ackerbaus, und des gesamten Ackerbaus gegenüber der Wiesen- und Weidennutzung.

Ganz im Vordergrund der Betrachtung steht der Kunstdüngerverbrauch, weil er sich am raschesten der wechselnden Konjunktur anzupassen vermag. Hier lautet die Frage also: Ist es bei dem augenblicklichen Preisverhältnis noch rentabel die gleiche Menge Kunstdünger zu verbrauchen wie bisher; ferner: Besteht noch eine Möglichkeit die Produktion durch Ausdehnung des Kunstdüngerverbrauchs in ihrer Rentabilität zu steigern, oder ist die Steigerungsmöglichkeit und vielleicht sogar die Aufrechterhaltung der bisherigen Intensität durch die Preisentwicklung vernichtet? Die Antwort lautet zum Glück in vollem Umfang optimistisch. Gerade in diesen Tagen hat der Senior der deutschen Agrikulturchemiker, Paul Wagner /Darmstadt/, als erste Veröffentlichung der ihm an seinem 80. Geburtstag überreichten Paul Wagner-Stiftung eine Reihe von Aufsätzen erscheinen lassen<sup>2)</sup>, in denen er zu dem Ergebnis kommt, daß auch heute, trotz der ungünstigen Preisentwicklung, die Verwendung künstlicher Düngemittel nicht annähernd bis an die Grenzen der Rentabilität geht, daß eine erhebliche Zunahme des Kunstdüngerverbrauchs nicht nur volkswirtschaftlich erwünscht sondern auch privatwirtschaftlich hoch rentabel ist. Er berechnet den Teil einer Volldüngung, der für die Produktion eines Doppelzentners Getreide und Stroh erforderlich ist, für Mitte November 1923 auf 6,71 Mark. Das bedeutet nur die Hälfte der damit erzeugten Getreidemenge. Jede Steigerung des Kunstdüngerverbrauchs ergibt somit bei Getreide noch immer eine Rentabilität von 100 %. Die Kaliphosphatdüngung bei Klee und Luzerne ergibt sogar eine Rentabilität von annähernd 1000 %, obwohl der Preis der für 1 Doppelzentner Heu erforderlichen Kunstdüngermenge von 0,48 Mark im Jahr 1913 auf 0,63 Mark im November 1923 gestiegen ist. Die wissenschaftliche Untersuchung scheint also die Sorge zu zerstreuen, daß es unter dem Druck der veränderten Preis-

<sup>2)</sup> Siehe Wagner Düngefragen, Neue Folge /Berlin 1924/.

verhältnisse, bei Verwendung geringerer Kunstdüngermengen zu einer Extensivierung der Landwirtschaft kommen könnte. Leider ist eine wissenschaftliche Untersuchung, ist auch die kaufmännische Rentabilitätsberechnung nicht das einzig Ausschlaggebende in der Frage. Will man die "Notwendigkeit" einer Entwicklung untersuchen, die infolge der Verschiebung der Preisrelationen zu erwarten ist, so sind gewissermaßen 3 Schichten zu unterscheiden: 1. die ökonomisch-wissenschaftliche, 2. die soziologische, 3. die politische. Zuerst kommt die wissenschaftliche und exakt wirtschaftliche Analyse. Das Ergebnis ihrer Überlegungen setzt sich aber nicht rein in die Praxis um, sonst sähe es mit der Produktivität unserer Landwirtschaft ganz anders aus, sondern es wird durch die größere oder geringere Einsicht und Entschlossenheit der landwirtschaftlichen Betriebsleiter modifiziert. Deren Vorgesrittenheit oder Rückständigkeit, das Maß, in dem sie die wissenschaftlichen Resultate überhaupt kennen, ob sie wirtschaftlich zu kalkulieren verstehen oder sich einfach von Überlieferungen, Zufällen und Massenstimmungen beeinflussen lassen, alles das ist für die soziologische Seite des Problems ein gegebener, nur durch große und langsam wirkende Bemühungen zu verändernder Faktor. Und angesichts dieses Faktors hat jede Verteuerung der Produktionsmittel, jede Preissenkung der Produkte die Tendenz die Intensität zu vermindern, ob diese Verminderung nun wirtschaftlich richtig ist oder nicht. Schließlich wird das praktische Ergebnis auch dadurch modifiziert, daß die Masse der landwirtschaftlichen Betriebsleiter bei der Anpassung an die Konjunkturverhältnisse nicht nur von der Größe ihrer Einsicht und ihrer Fähigkeiten abhängt, sondern daß sie auch der agitatorischen Beeinflussung durch Interessenvertretungen unterliegt. Diese Organe haben vielfach die Tendenz die Lage möglichst ungünstig und für die Produktion gefährlich hinzustellen, vor allem, wenn es sich darum handelt Belastungen abzuwehren oder politisch-wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Es ist nun gewiß verständlich, wenn in der Agitation starke Ausdrücke gebraucht werden, wenn um des Zweckes willen der Regierung und der städtischen Bevölkerung die Gefahr der Produktionsverminderung, das Gespenst der Extensität etwas kraß vor Augen gerückt wird. Wer in dieser Weise landwirtschaftliche Interessen zu vertreten sucht, sollte aber stets bedenken, daß seine Ausführungen weit mehr als in der Stadt auf dem Land gelesen und beachtet werden, und daß für viele Landwirte die Verbandspresse die einzige Quelle der Belehrung ist. Die Gewissenhaftigkeit fordert daher jedes Wort daraufhin zu prüfen, ob es nicht etwa Übertreibungen und Verallgemeinerungen enthält, durch die weniger gut unterrichtete Landwirte zu ungerechtfertigten, sie selbst und die Allgemeinheit schädigenden Maßnahmen veranlaßt werden könnten.

Der zweite Punkt, an dem Veränderungen der Intensität sich auswirken können, ist das Anbau- und Kulturverhältnis. Hier ist allerdings die Möglichkeit nicht völlig von der Hand zu weisen, daß ein dauernder Rückgang des Roggenpreises um ein Viertel des Vorkriegspreises auf denjenigen Böden zu einer Einschränkung des Getreidebaus führt, die ohnedies auf der Grenze der Anbauwürdigkeit für Getreide standen. Da hiervon aber nur Böden betroffen werden, auf denen der Getreidebau auch bisher nicht viel mehr als die Unkosten deckte, ist es keineswegs ausgeschlossen, daß die dabei freiwerdenden Betriebsmittel, wenn sie mit auf das übrige Ackerland verwandt werden, dort einen höhern Ertrag abwerfen als auf dem "Grenzboden". Wie

es in den Wirtschaften mit armem Sandboden in dieser Beziehung steht, kann ich aus eigener Erfahrung nicht sagen. Unter den Bedingungen meiner Heimat, wo der "Grenzboden" durch toniges, steiniges, entfernt oder steil gelegenes Bergland dargestellt wird, ist eine derartige Maßnahme schon von jeher das beste Mittel zur Erhöhung der Rentabilität und des Ertrags. Den Krebschaden der Wirtschaft bildet dort meist die übermäßige Ausdehnung des notwendigerweise arbeitsextensiv werdenden Getreidebaus. Da gibt es dann kein besseres Verfahren als den Getreidebau auf den schlechtesten und entlegensten Feldern einzustellen, diese Felder, nötigenfalls nach Brache und mit ausgiebiger Kaliphosphatdüngung, mit Luzerne oder Esparsette einzusäen. Die freiwerdenden Arbeitskräfte, Stalldünger und Stickstoffdünger kann man dann auf den Rest der Felder konzentrieren, den Viehstand auf Grund des ausgedehnten Luzernebaus vermehren und verbessern, mehr und bessern Dünger erzeugen und so auf dem Rest des Ackerlands einen wirklich intensiven Getreide-, Hülsenfrucht- und Hackfruchtbau betreiben. Sollte die Senkung der Getreidepreise im Verhältnis zu den Preisen der anderen Produkte eine derartige Entwicklung befördern, so wäre diese "Konzentration des Getreidebaus" jedenfalls das gerade Gegenteil der Extensivierung. Eine allgemeine Umlegung des Ackerlands zu Weide, wie sie als Extensivierungsmaßnahme nach englischem Vorbild etwa befürchtet werden könnte, kommt für Deutschland schon aus klimatischen Gründen nicht in Betracht. Der Umfang der Weide ist in Deutschland im allgemeinen schon völlig bis an die Grenze des klimatisch Möglichen ausgedehnt, und diese Grenze liegt, in der Mehrzahl der Fälle, eher unter- als oberhalb des Optimums, das aus Gründen des innern Betriebsausgleichs erstrebt werden sollte.

Eine objektive Notwendigkeit infolge der neuen Preisverhältnisse zum extensiven Betrieb überzugehen dürfte daher fast nirgends vorliegen. Es muß allerdings alles getan werden, damit eine unzumutbare Agitation die Landwirte nicht trotzdem auf den Weg der Extensivierung treibt. Es muß im Gegenteil mit allem Nachdruck die Erkenntnis des wirklichen wirtschaftlichen Zusammenhangs verbreitet werden.

Eine ganz andere Frage als die nach der Extensivierung ist es, wie weit durch den Rückgang der Getreidepreise, letzten Endes also durch den Wegfall der Schutzzölle, der Landwirtschaft eine Belastung auferlegt worden ist, die bei der Diskussion neuer Steuerpläne in Rechnung gezogen werden muß. Insbesondere ist die Frage zu prüfen, wie groß diese Belastung im Verhältnis zu der bekannten und viel besprochenen Hypothekenabstoßung ist. Diese Frage läßt sich mit sehr großer Genauigkeit in Form einer exakten Bilanz klären. In meinem vorigen Aufsatz habe ich die Vorkriegshypotheken der Landwirtschaft auf 15 Milliarden Goldmark geschätzt, die jährliche Zinsenlast auf 650 Millionen Goldmark. Nimmt man an, daß die ganze Hypothekenschuld durch Geldentwertung und Konjunkturgewinne getilgt ist (von dem Aufwertungsproblem wird noch zu reden sein), so stellen diese 650 Millionen Goldmark jährlich die Aktivseite unserer Bilanz dar. Demgegenüber steht der Verlust durch den Wegfall der Schutzzölle. Es ist eine Senkung der Roggenpreise um 40, der Weizenpreise um 55 Mark eingetreten. Multipliziert man diese Zahlen mit den aus der inländischen Ernte zum Verkauf gelangenden Mengen, für sämtliche Getreidearten zusammen etwa 10 Millionen Tonnen, so erhält man einen Gesamtverlust von etwa 450 Millionen Goldmark, die also auf der Passivseite zu buchen

wären.<sup>3</sup> Als nächst bedeutender Passivposten ist die Verteuerung der Phosphorsäuredüngemittel einzusetzen. Bei einem Verbrauch von 650 000 Tonnen Phosphorsäure im Jahr 1913 und bei einer Preissteigerung von 0,25 Mark pro Kilogramm ergibt sich ein Mehraufwand von 162,5 Millionen Mark. An steuerlichen Mehrbelastungen kommt vor allem die preußische Grundsteuer in Betracht, die nach der Notverordnung aus der Landwirtschaft 120 Millionen Mark, gegen 40 Millionen vor dem Krieg, also ein Plus von 80 Millionen Mark erbringen sollte. Durch den Kompromiß vom 30. Januar 1924 ist diese Summe auf etwa 60 Millionen, gleich einem Plus von 20 Millionen Mark, herabgesetzt worden. Diese für Preußen gefundene Zahl wäre für Deutschland um 50 % zu erhöhen, wenn man annimmt, daß die anderen Länder sich dem Vorgehen Preußens anschließen. Unter dieser Voraussetzung ergibt sich also eine Mehrbelastung von insgesamt 30 Millionen Mark. Stellen wir nun die Bilanz auf, so erhalten wir:

Entlastung	Belastung
Ersparter Hypothekenzinsen 650	Wegfall des Schutzzolls 450
	Preissteigerung der Phosphorsäure 162,5
	Erhöhung der Grundsteuer 30
zusammen 650	zusammen 642,5

Es ergibt sich also das für weite Kreise sicherlich überraschende Resultat, daß die Befreiung von der Hypothekenlast, die von vielen für eine fast unerschöpfliche Quelle für neue Steuerlasten gehalten wird, allein durch die 3 aufgeführten Belastungen bereits so gut wie kompensiert ist. Dabei sind viele andere Faktoren (Zinsendienst für die Rentenmarkhypothek, Verteuerung von Maschinen und Frachten, örtliche Zuschläge zur Grundsteuer) noch nicht berücksichtigt.<sup>4</sup> Die Landwirtschaft nimmt also keinerlei Sonderstellung mehr ein. Alle Lasten, die man ihr etwa noch auferlegen wollte oder müßte, können nicht mehr leichtherzig auf das Konto der Entschuldungs- und Konjunkturgewinne geschrieben werden sondern müssen in jedem einzelnen Fall genau auf ihre Berechtigung, Tragbarkeit und Rückwirkung auf die Produktion untersucht werden. Dabei ist ferner nicht zu vergessen, daß die oben gegebene Bilanz nur für die Gesamtheit der Landwirte richtig ist. Im Einzelfall kann diese Bilanz ganz anders ausfallen, je nach der größeren oder geringeren Bedeutung des Getreideverkaufs für die betreffende Wirtschaft. Der Großbetrieb wird dabei von der Aufhebung der Schutzzölle relativ viel stärker betroffen als der Kleinbetrieb, der Sandboden weit mehr als der zum Futterbau geeignete schwere Boden. Auch die Verkehrslage (Verteuerung der Frachten) spielt bei der Beurteilung der Möglichkeiten für den einzelnen Produzenten eine große Rolle.

3) Brentano setzt, in seiner bekannten Schrift Die deutschen Getreidezölle (Stuttgart 1917) Seite 115, die Summe, die der Landwirtschaft durch die Schutzzölle als Sondergewinn zugeflossen sei, sehr viel höher an: für 1907, 1908, 1909 auf jährlich 900 Millionen Goldmark. Ich kann mir seine Berechnung nicht zu eigen machen, da sie verschiedene offenbare Unrichtigkeiten enthält. Unter anderem bezieht Brentano den schwer verständlichen Fehler fast die gesamte Haferernte (7 bis 8 Millionen Tonnen minus 10% für landwirtschaftlichen Selbstverbrauch) in seine Berechnung einzusetzen. Es hätten doch nur die geringen tatsächlich verkauften Hafermengen (etwa 1 Million Tonnen) eingesetzt werden dürfen.

4) Die Einkommensteuer und die auf ihr aufgebaute Rhein-Ruhr Abgabe müssen als allgemeine Steuern hier natürlich außer Ansatz bleiben. Auch die Landabgabe ist fortgelassen worden, weil sie keine reine Goldsteuer war. Das Nachhinken des Umrechnungsschlüssels hinter der Geldentwertung, besonders im September und Oktober, bot die Möglichkeit diese Steuer mit einem Bruchteil ihres Goldwerts abzuzahlen. Die Geringfügigkeit der Reicheinnahmen in den betreffenden Monaten läßt darauf schließen, daß dies in großem Umfang geschehen ist.

Von außerordentlicher Bedeutung ist die hier aufgestellte Bilanz für die Frage der Hypothekenaufwertung. Wo Hypotheken nach dem 31. Dezember 1923 noch nicht zurückgezahlt worden sind, gilt ja die 10prozentige Aufwertung. Zu der in der Verordnung vorgesehenen Überschreitung dieser Aufwertungsgrenze dürfte die Lage der Landwirtschaft heute keinen Anlaß mehr geben. Die geplante 10prozentige Sonderbesteuerung zur Erfassung der Inflationsgewinne ist bekanntlich aufgeschoben worden; man dürfte auf sie auch nicht mehr zurückkommen. Die volkswirtschaftliche Gegenleistung für ihre Inflationsgewinne hat die Landwirtschaft bereits durch die Verteuerung ihrer Produktionsmittel gezahlt.

Es bleibt schließlich noch ein Problem zu besprechen, das für die gegenwärtige und künftige Lage der Landwirtschaft von großer Wichtigkeit ist: die Kreditfrage. Seitdem die Notenpresse nicht mehr täglich ungeheure Goldströme in den Verkehr pumpt, haben wir in Deutschland eine beispiellose Knappheit an Geld und Kredit. Die Folge ist eine starke Steigerung der Zinssätze im Vergleich zu früher. Zwar sind die Zinssätze mit dem Wegfall der Risikoprämie für Geldentwertung rapide zurückgegangen: von 30 % täglich im November auf 1 % täglich am Jahresende und auf 1 ‰ täglich Ende Januar 1924. Jedoch auch dieser Satz, der einem Monatssatz von 3 % und einem Jahressatz von 36 % entspricht, ist für landwirtschaftliche Produktivzwecke viel zu hoch. Dazu kommt, daß Kredite in größerem Umfang und auf längere Zeit überhaupt nicht zu haben sind. Hypothekarkredit gibt es zurzeit in Deutschland so gut wie gar nicht. Da die Spartätigkeit noch nicht wieder in Gang gekommen ist, haben die Sparkassen, früher die Hauptgeber für Hypothekarkredit, nichts auszuleihen. Der Versuch der Pfandbriefinstitute auf der Basis von Sachwert- und Goldpfandbriefen einen neuen Hypothekarkredit zu schaffen ist für die Gegenwart völlig gescheitert. Da man bei der Einführung der Sachwertanleihen im Frühjahr und Sommer 1923 deren Zinsfuß unter völliger Nichtachtung der nach der Stabilisierung zu erwartenden Zinssätze auf 5 % festgesetzt hatte, besteht im Augenblick keinerlei Interesse für die Geldanlage in diesen Papieren. Die Kurse dieser Pfandbriefe bewegen sich demgemäß um etwa 60 % der rechenmäßigen Parität. Unter diesen Umständen sind Neuemissionen natürlich ausgeschlossen. Damit entfällt auch die Möglichkeit für neue Beleihungen, es sei denn, daß der Gläubiger den Absatz der Pfandbriefe selbst übernehmen und das Disagio von rund 40 % tragen will. Alle diese Umstände haben dazu beigetragen das Bild einer beispiellosen Kreditnot entstehen zu lassen, über die allerorten auf das lebhafteste geklagt wird. Es herrschen jedoch über die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Kreditnot durchaus unklare und irrige Vorstellungen. Die darin verbreiteten Irrtümer sind so charakteristisch, daß eine Untersuchung und Richtigstellung erforderlich erscheint.

Wir haben in der Landwirtschaft, je nach ihrer Verwendungsart, 2 Formen des Kredits zu unterscheiden: den Investitions- und den Betriebskredit. Der Investitionskredit dient zu dauernden Anlagen, zur Errichtung von Gebäuden, zur Anschaffung kostspieliger Maschinen und zu Meliorationen. Der augenblickliche Ausfall dieser Kredite ist kein so schwerwiegendes Problem wie es zunächst scheint; denn zweifellos haben die verflossenen Jahre der Hochkonjunktur eine reichliche Gelegenheit geboten alle nur gewünschten produktiven Anlagen und Anschaffungen zu außergewöhnlich günstigen Preisen vorzunehmen, von der Chance der Papiermarkkredite dabei ganz zu

schweigen. Von dieser Möglichkeit ist auch ausgiebig Gebrauch gemacht worden. Allerdings hätte in vielen Fällen der produktive Charakter der Investitionen stärker hervortreten dürfen. Vergleicht man die Anzahl der in den Hochkonjunkturjahren erbauten Silo- und Trocknungsanlagen mit der der Neubauten und Renovierungen von Wohnhäusern, so fällt der Vergleich nicht sehr zugunsten der Landwirtschaft aus. Und selbst bei den nicht unproduktiven Anschaffungen, bei unzähligen für kleine und kleinste Wirtschaften beschafften Mähmaschinen, bei mancher Windmotoranlage und sogar bei manchem Motorpflug, steht die Rentabilität in keinem Verhältnis zu dem volkswirtschaftlichen Kapitalaufwand. Die Verschiebung der Preisrelationen und die Möglichkeit durch Papiermarkkredite umsonst zu kaufen hatten zu einer Verfälschung des volkswirtschaftlichen Produktionsplanes geführt, indem "Kapital" minder lohnenden Verwendungen zugeführt und lohnenderen entzogen wurde. Es kann daher nicht als ein großes Unglück bezeichnet werden, wenn uns durch die Steigerung des Zinsfußes die ungeheure Kapitalknappheit unserer Wirtschaft in scharfer Weise vor Augen gestellt wird. Nur die am meisten lohnenden Verwendungen dürfen noch zugelassen werden. Zu solchen höchstlohnenden Verwendungen dienen nun aber meistens die Betriebskredite. Es soll hier nur an die Aufwendungen für Kunstdünger erinnert werden, für die wir oben eine Rentabilität bis zu 100, ja bis zu 1000 % gefunden hatten. Trotzdem liegt auch hier der Fall ganz anders als meist angenommen wird. Es klingt vielleicht paradox und entspricht doch den Tatsachen, daß in einer ordnungsgemäß geführten Landwirtschaft zurzeit ein Bedürfnis nach Betriebskredit gar nicht vorhanden sein darf. Es ist für das Wesen des landwirtschaftlichen Betriebskredits charakteristisch, daß er sich im Verlauf eines Erntejahrs gerade einmal umsetzt. Ist nun die Ernte normal ausgefallen und durch kurzfristige Kredite des letzten Wirtschaftsjahrs nicht belastet, so stellt sie das natürliche Betriebskapital für das neue Wirtschaftsjahr dar; das heißt, eine normale Ernte muß hinreichen, um sämtliche produktiven Aufwendungen des Jahres bis zur nächsten Ernte zu bestreiten, einschließlich der normalen öffentlichen Lasten und der Kosten der Lebenshaltung. Diese Tatsache wird auch durch Inanspruchnahme von Kredit nicht aus der Welt geschafft, denn der in diesem Jahr aufgenommene Kredit geht ja von der nächsten Ernte ab und zwingt so zu neuer Kreditaufnahme: eine Last, die sich ewig fortwälzt. Dieser unerfreuliche Zustand war vielleicht vor dem Krieg so traditionell, daß er nicht zu vermeiden war. Aber die günstige und völlig unverschuldete Ernte des Jahres 1923, die den Abschluß einer mehrjährigen Hochkonjunktur bildete, sollte jedem tüchtigen Landwirt die Möglichkeit gegeben haben sich von der Lawine kurzfristiger Verschuldung endgültig freizumachen. Auch die unerwarteten Steueranforderungen des Herbstes können nur bei geradezu fahrlässiger Disposition<sup>5)</sup> an dieser Sachlage etwas geändert haben. Wer daher glaubt aus der Ernte von 1923 die nötigen produktiven Ausgaben für die nächste Ernte, zum mindesten in dem vollen Umfang des Vorjahrs, nicht ohne Kreditaufnahme bestreiten zu können, der muß sich darüber klar sein, daß er nicht einen Produktions- sondern einen Konsumtivkredit nachsucht, daß er im Begriff steht seine Vermögenssubstanz zu verzehren. Eine noch viel rascher wirkende Verringerung der Vermögenssubstanz bedeutet es na-

5) Siehe *Kölnische Zeitung* vom 13. Januar 1924: Die drohende Krisis in der deutschen Landwirtschaft.

türlich, wenn jemand, um die Kreditaufnahme zu vermeiden, seine produktiven Aufwendungen, insbesondere seine Kunstdüngerkäufe, vermindert.

Wo daher die Bilanz für 1923-1924 nicht stimmen will, da wird die Fehlerquelle ohne jede Selbsttäuschung immer wieder am selben Punkt gesucht werden müssen: bei der persönlichen Lebenshaltung. Es ist allerdings zu befürchten, daß ein großer Teil der Landwirte die dazu nötige Härte erst nach manchen bösen Erfahrungen aufbringen wird. Der Aufstieg der persönlichen Lebenshaltung in den Hochkonjunkturjahren war zu groß und zu allgemein in der Landwirtschaft. Die Rückentwicklung, die nach den hier mitgeteilten Zahlen unvermeidlich ist, wird sehr schmerzhaft sein und in viele schon für unentbehrlich gehaltene Gewohnheiten einschneiden. Das Automobil und die Badereise des Gutsbesitzers werden ihr ebenso zum Opfer fallen wie die übermäßige Pferdehaltung manches Großbauern. Bei den mittleren und kleinen Bauern wird sogar eine Einschränkung des Fleischverbrauchs nicht zu vermeiden sein. Der Lebensstandard der Vorkriegsjahre ist dabei überall der Maßstab. Wen dieser Maßstab schreckt, der bedenke, wie weit die Lebenshaltung fast aller städtischen Schichten unter den Friedensstand gesunken ist. Für denjenigen Landwirt aber, der den Mut zu äußerster Einfachheit besitzt, und der die Bedingungen der neuen Wirtschaftslage voller Klarheit und Entschlossenheit erfaßt, sind die Möglichkeiten zum Vorwärtsschreiten so günstig wie sonst.

## MAX SCHIPPEL · DIE SCHLAPPE BEIM ACHTSTUDENTAG



SEIT jeher hatte der wirkliche Klassenkampf der Arbeiter, ihr stufenweises und selbst ihr zeitweise stürmisches Emporsteigen zu höherer persönlicher Lebenshaltung und wachsendem wirtschaftlichen und politischen Einfluß, das Bleigewicht einer bedenklich naiven und unerfahrenen Klassenkampfidologie mit sich zu schleppen. Unsere vermeintlich Radikalen waren jederzeit wie versessen darauf: unter einem Maximum von Klassenkampfrufen immer nur ein Minimum von tatsächlichen Klassenfortschritten zu erzielen, wenn nicht gar durch Herausforderung von schlummernden und vermeidbaren Widerständen und durch eine abenteuerliche Angriffstaktik die peinlichsten Schlappen und sogar die nachhaltigsten Rückschritte für die Arbeiterklasse herbeizuführen.

Die deutsche politische Arbeiterpartei hat deshalb, fast bis zum Weltkrieg und zuweilen noch darüber hinaus, überhaupt keine widerspruchsfreie, in sich einheitlich folgerichtige Auffassung und Haltung zu gewinnen vermocht. Die beispiellosen Erschütterungen des Weltkriegs trafen sie deshalb, trotz allen vieljährigen Bemühungen der sich immer stärker durchsetzenden reformistischen Richtung, geistig recht wenig vorbereitet. Zwar geschah manches Ungeahnte und dennoch Unausweichliche unter dem übermächtigen Druck der sich überstürzenden Ereignisse. Aber jedesmal geschah es zögernd und schwankend, unter steten Verneigungen vor einer Vergangenheit, die sich innerlich längst überlebt hatte. Und für die neuen Gebote der Gegenwart fand naturgemäß ein großer Teil der alten Parteianhänger so rasch noch kein Verständnis. Das Aufrühren des vorher unorganisierten zunächst noch ungeschulten Bodensatzes der Arbeiterbewegung durch Krieg, Zusammenbruch

und Lockreiz des nachbarlichen "Sowjetismus" brachte vollends die ältesten und überwundensten Strömungen immer wieder zur Geltung, mitunter zur Vorherrschaft, wenigstens in Kundgebungen und Beschlüssen.

Die Erziehung zu realistischer Wahrung und Förderung der Arbeiterklasseninteressen vollzog sich seit Jahrzehnten vor allem auf gewerkschaftlichem Gebiet. Erfahrene Führung und disziplinierte Gefolgschaft verbanden sich hier mehr und mehr zu einer konsequenten Taktik und, was ganz untrennbar davon ist, zu einer richtigern Einschätzung der konkreten wirtschaftlichen Machtverhältnisse und Entwicklungsvoraussetzungen. Jedoch der Krieg in seiner niedergehenden Hälfte und noch mehr der Zusammenbruch und die bolschewistische Propaganda belebten hier gleichfalls von alther überlieferte, vorübergehend scheinotote Auffassungen und Neigungen. Die neu herbeiströmenden Massen spiegeln gerade hier die primitivsten Verallgemeinerungen und Einbildungen der sozialen Gegensätzlichkeit wider, wie Wilde und Halbwilde unsere Zivilisationsvorstufen. Die Leitung erwies sich dagegen oknmächtig und unzulänglich, und das Gesamtergebnis sehen wir heute vor uns in einem beklagenswerten Schwanken und mitunter vollkommenen Versagen, wo Durchgreifen und Tatsachenblick notwendig wären.

Bei der Frage des Achtsturentags endete dies alles in einer vollständigen organisatorischen und politischen Krisis.



INE umsichtige und entschlossene Vertretung der Arbeiterinteressen hätte zur rechten Zeit das Problematische der alten Demobilmachungsverordnung zum Bewußtsein bringen und der Öffentlichkeit annehmbare und haltbare Ersatzvorschläge unterbreiten müssen. Statt dessen behandelte man ein Provisorium, das an allen inneren und äußeren Gebrechen einer eiligsten Notbehelfsmaßnahme litt und von vornherein nur auf kürzeste Zeit lief, wie eine gesicherte wertvolle Errungenschaft, an der man einfach nach Kräften "festzuhalten" hatte. Die Massen täuschten sich infolgedessen nach wie vor vollständig über das Prekäre der ganzen Lage und hielten, wie ich bei den ersten Reformanregungen vielfach in Besprechungen, Versammlungen und nicht zum wenigsten in der Presse beobachten konnte, in unglücklich glücklicher Selbstzufriedenheit für ein bleibendes Gesetz, was seit Anbeginn nichts als befristete Demobilmachungsverordnung war, die an sich ohne weiteres mit der Demobilmachungsperiode erlöschen mußte, und der jedesmal nur barmherzig eine Gnadenfrist von ein paar Monaten und Wochen seitens einer sehr unsichern Reichstagsmehrheit eingeräumt wurde. Und anstatt weiter den Massen klaren Wein einzuschenken über den erschreckenden Produktionsverfall Deutschlands und ihre Aufmerksamkeit entsprechend auf die Bedeutung der Mehrproduktion, dieser Frage aller unserer Fragen hinzuwenden, unterhielt man die Öffentlichkeit monate- und jahrelang in vielleicht recht angenehmer, aber jedenfalls recht törichter Weise über die versteckten kapitalistischen Riesengewinne und Riesenreserven, mit deren Erfassung für Deutschland der befreiende Umschlag zum Bessern einzuleiten wäre. So verstrich eine kostbare Zeit verhältnismäßig günstiger wirtschaftlicher und sozialer Kräftekonstellation, wenn auch inzwischen vieles bereits ganz anders gekommen war seit der (um mit Legien zu reden) sozialen Magna Charta vom Oktober-November 1918, seit der Beugung der Schwer- und sonstigen Industrie unter das vorbehaltlose Anerkenntnis der lückenlosen Parität zwischen den Organisationen von Produktionskapital und produktiver Arbeit.

Zögernd und widerstrebend wich man schließlich den ehernen Notwendigkeiten: in der Führung viel zu spät und darum in den Massen viel zu wenig vorbereitet. So konnte es dahin kommen, daß nicht nur "Kommunisten" und nicht einmal nur vordem Unabhängige aufgebracht und drohend noch immer "Verrat" schrien, als die Mehrheit der Reichstagsfraktion Anfang Oktober (1923, nach nutzlos und unwiederbringbar verträdelten Monaten und Jahren der "zielbewußten" Opposition) sich auf den Boden der Koalitionsvereinbarung mit folgender Absage an den "bewährten alten" Kurs stellte:

»Die schwere Not unseres Landes läßt eine *Steigerung* der Gütererzeugung *dringend geboten* erscheinen. Das wird nur unter restloser Ausnutzung der technischen Errungenschaften bei organisatorischer Verbesserung unserer Wirtschaft und emsiger *Arbeit jedes einzelnen* zu erreichen sein. Neben der Steigerung der Produktion durch diese Mittel wird auch die *Neuregelung der Arbeitszeitgesetze* unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtsturentages als Normalarbeitstag *nicht zu umgehen* sein. Dabei ist die Möglichkeit der tariflichen oder gesetzlichen *Überschreitung* der jetzigen Arbeitszeit im Interesse einer *volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung und Verbilligung der Produktion* vorzusehen. Für die öffentlichen Verwaltungen finden ähnliche Grundsätze Anwendung.«

Selbst für diesen Rückzug war es nunmehr auch nach anderer Richtung zu spät. Der Großen Koalition ging im Drang der Geschehnisse zunächst der Atem zu langen gesetzgeberischen Beratungen vollkommen aus; die Sozialdemokratie blieb bei der Forderung der »ordentlichen Gesetzgebung«, so daß die Angelegenheit nicht vom Fleck rückte. Bei der 2. Koalition stand die Sozialdemokratie bereits draußen vor der Tür, zum Teil aus Rücksichtnahme auf die selbstverschuldete Verständnislosigkeit der Anhängerschaft für das Problem der parlamentarischen Koalitionsbildung. Dem 2. Kabinett Stresemann blieb kaum etwas anderes mehr übrig als der Verordnungsweg und auf jeden Fall die Ablaufsfristung der alten, nach der Oktoberzustimmung der Sozialdemokratie selber unhaltbaren Regelung.

Nunmehr wollte wieder eine Gruppe unserer Partei von der Ablaufsmöglichkeit nichts wissen. Die Hilf- und Ratlosigkeit eines Teils unserer Parteipresse in allen bestimmten, genaues Einzelwissen voraussetzenden Fragen trat wohl kaum jemals niederdrückender zutage. Erst leugnete ein beträchtlicher Teil, daß der 17. November als Endtermin irgendwie zu recht bestehe. Dann entdeckte Genosse Dittmann, abermals zur kindlichen Freude vieler Redaktionen, daß mit dem Erlöschen der Demobilmachungsverordnung nur die in dieser zugelassene Überschreitung der Achtstundenarbeit zu Fall und dafür der starre unabänderlichste Achtsturentag zur Wiederauferstehung gelangt sei. Man muß dies schon gelesen haben, um es zu glauben:

»Über den Rechtszustand bezüglich des Achtsturentages werden völlig falsche Auffassungen verbreitet. Es wird fortgesetzt so dargestellt, als wenn der Achtsturentag in Deutschland auf einer Verordnung des Demobilmachungskommissars vom 23. November 1918 beruht habe und nunmehr mit dem Ablauf der Geltungsdauer dieser Verordnung aufgehoben sei. Das ist absolut falsch. Der Achtsturentag in Deutschland beruht überhaupt nicht auf einer Demobilmachungsverordnung sondern auf Gesetz, und die jetzt abgelaufene Demobilmachungsanordnung (nicht "Verordnung") war lediglich eine *Ausführungsanweisung* auf Grund des Gesetzes. Das Gesetz, das den Achtsturentag eingeführt hat, ist die große »Verordnung mit Gesetzeskraft«, die von dem derzeitig einzigen Gesetzgeber für das Reich, dem Rat der Volksbeauftragten, am 12. November 1918 verkündet worden ist ... [Sie] bestimmte wörtlich: *Spätestens am 1. Januar 1919 wird der 8stündige Maximalarbeitstag in Kraft treten*. Die 11 Tage später erlassene Anordnung des Demobilmachungskommissars vom 23. November, die fälschlich als die Grundlage des Achtsturentages ausgegeben worden ist, beruhte auf der »Verordnung mit Gesetzeskraft« vom 12. November 1918 ... Mit diesem Übergangsgesetz ist der Achtsturentag in Deutschland gesetzlich als

»Maximalarbeitstag« gemäß der Verordnung der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 festgelegt. Die jetzt abgelaufene Demobilmachungsverordnung ließ gewisse Überschreitungen des Achtstundentages zu. Mit dem Fortfall der Demobilmachungsverordnungen sind auch diese Überschreitungen gefallen. Jetzt besteht als Rechtszustand der "schematische" Achtstundentag als "Maximalarbeitstag". Das ist der tatsächliche Rechtszustand.«

Mit einer solchen Führung und Einsicht kann man natürlich nur Niederlagen erleben. Ein anderer Parteiflügel glaubte mit rein formalen Künsten um alle peinlichen Entscheidungen am leichtesten herumsteuern zu können. Er verlangte »gesetzliche Regelung«, deren Gelingen bei den fortgesetzt trostloser sich gestaltenden Reichstagszuständen immer unwahrscheinlicher wurde, und bis zu dieser fernliegenden Neuordnung Wiederinkraftsetzung der alten Verordnung: offenbar in der vertrauensvollen Erwartung dadurch das "bewährte Alte" retten und an sich Unmögliches möglich machen zu können. Unsere Radikalen reden und schreiben ja nicht ohne naheliegenden Grund vom eingerissenen parlamentarischen Kretinismus.

Andrerseits trat in der politischen Fraktion mehr und mehr die Anschauung hervor, daß das Warten auf ein Gesetz nur dem zusehends wachsenden scharfmacherischen und intransigenten Flügel der Unternehmer eine Gefälligkeit erweise, der überhaupt keine gesetzliche Regelung mehr wolle und stark genug sei jede ihm bedenklich scheinende parlamentarische Mehrheitsbildung zu vereiteln. Diese Richtung versöhnte sich deshalb in zunehmendem Maß mit dem Gedanken einer Verordnung, über deren Hauptbestimmungen mit den bürgerlichen Mittelparteien und der 2. Stresemannregierung bereits eine genügende Verständigung hergestellt war. Tatsächlich entsprach die unter dem 21. Dezember 1923 erlassene entscheidende Verordnung des Reichsarbeitsministeriums im wesentlichen dieser Verständigung. Welchen Sturm von Entrüstung und Hohn sie trotzdem selbst bei sonst ruhigen Gewerkschaftern entfesselte, wird dem Leser noch in der Erinnerung sein. Rechter Hand, linker Hand: alles ist hier vertauscht, eine Folge der jahrelangen systematischen Ablehnung jeder ernstzunehmenden Aussprache über den Kern des ganzen Problems der sachlichen Mehrproduktion und der persönlichen Mehrleistung. Und die Notwendigkeit bei der Mehrarbeit nun doch über die prinzipielle Negierung hinauszugehen vollzieht sich nunmehr in einer Periode, in der so gut wie alle Trümpfe dem Unternehmertum zugefallen sind und auf zunächst absehbare Zeit weiter zufallen.

Mußte das so kommen?



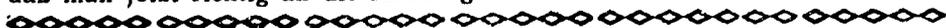
BRIGENS neige ich gleichfalls zu der Annahme und finde mich hier mit einigen hervorragenden gewerkschaftlichen Praktikern in Einklang: daß die Verordnung noch manches darbietet und rettet, was beim freien Spiel der heutigen (nicht der früheren) parlamentarischen und wirtschaftlichen Kräfte kaum zu halten wäre.

Die früher in den Sozialistischen Monatsheften gemachten Anregungen liefen darauf hinaus: die Mehrarbeit solle, von der hinreichenden gewerkschaftlichen Anerkennung des Grunderfordernisses der Mehrproduktion ausgehend, im wesentlichen der tarifvertraglichen Abmachung überlassen sein. Der Achtstundentag solle gesetzlich das Grundlegende bleiben, jedoch der auf dem empfohlenen Weg gebildete, den konkreten Produktionsverhältnissen jedes Industriezweiges angepaßte Tarifvertrag, wie ich es gern ausdrückte, über dem starren Gesetz stehen: zeitweise, denn es wurde hierfür, ähnlich der

erloschenen Demobilmachungsperiode, eine besondere Wiederaufbauperiode in Vorschlag gebracht, mit deren Ablauf die elastischen Ausnahmegewährungen wieder zugunsten der strengern Achtstundennorm hinfällig werden sollten. Da die genügende Bereitwilligkeit zur Mehrarbeit infolge der unterlassenen Aufklärung bisher sich nicht einstellte, so ist in der Verordnung erklärlicherweise die behördliche Einflußnahme stärker in den Vordergrund gerückt gegenüber der paritätisch tariflichen Abrede. Die obersten Landesbehörden, der Reichsarbeitsminister spielen eine an sich unerwünscht große Rolle. Noch mehr tut dies der zuständige Gewerbeaufsichtsbeamte hinsichtlich der Abweichungen für den einzelnen Betrieb oder dessen Abteilungen: Abweichungen, die meines Erachtens überhaupt möglichst vermieden werden sollten, da alle Fragen der volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung und Verbilligung der Gütererzeugung nach Produktionszweigen, nicht nach Einzelunternehmungen auszugestalten wären und eine Differenzierung der Arbeit unter wohl nach Produktionszweigen, aber so gut wie niemals nach Einzelunternehmungen wünschenswert sein wird. Um so mehr als der § 3 der Verordnung ohnehin schon dem Unternehmer die Einführung von Längerarbeit an nicht weniger als 30 Tagen im Jahr, und zwar bis zu 2 Stunden täglich, einräumt, und zwar ganz nach selbstherrlichem Ermessen.

Recht wird man der Begründung der Vorlage allerdings so weit geben müssen: daß, nachdem man glücklich die Neuordnung bis zur gegenwärtigen Krisenzeit zu vertagen verstand, die behördliche Einmischung mitunter zur Verbesserung von Tarifverträgen dienen kann, die unter dem heute ganz anders als früher zu befürchtenden einseitigen Druck des Kapitals entstanden: »Die damals [im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat] gewünschte Beseitigung jeder behördlichen Beeinflussung würde unter Umständen weder im Interesse der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer liegen. Daher ist im § 5 für Tarife, die im übrigen keiner behördlichen Prüfung unterliegen, ein behördliches Beanstandungsrecht gegen zu weitgehende Vereinbarungen geschaffen und für den Fall der Beanstandung die Möglichkeit vorgesehen durch die Behörden eine vorläufige oder endgültige Entscheidung über die zulässige Arbeitszeit zu treffen.«

Hoffentlich werden die Gewerkschaften, nachdem sie in der nun einmal notwendigen Richtung leider so gut wie jede eigene schöpferische Initiative vermissen ließen, die letzten sich noch anbietenden Auswege energisch zu benutzen wissen. Die größten Schwierigkeiten haben sie sich selber in den Weg gelegt, indem sie den Massen die Notwendigkeit einer deutschen Mehrproduktion (weit über die Wiederaufbaunotwendigkeiten anderer, nicht reparationsbelasteter Völker hinaus) nicht in voller Offenheit und Sachlichkeit nahezubringen wagten und sich immer nur in verlorenen und halbverlegenen Nebenbemerkungen zu der allgemeinen Mehrproduktionspflicht bekannten. Aber im stillen hat sich angesichts der schlagenden täglichen Erfahrungen die Auffassung der Massen offenbar ganz von selber stark gewandelt. Es ist nicht bloß die Sorge um Lohn und Stellung, die heute die Arbeiterklasse zur Mehrarbeit geneigt macht. Die Gewerkschaften werden deshalb von diesen Massen auch nichts zu fürchten haben, wenn sie die tarifvertragliche Arbeitszeitverlängerung klar und folgerichtig in den Dienst des großen einleuchtenden und unter Umständen sogar fortreisenden Gedankens des Produktionswiederaufbaus zu stellen verstehen. Vieles ist hier versäumt worden, aber darum ist noch lange nicht alles verloren. Die Hauptsache ist, daß man jetzt richtig an die Arbeit geht.



## HUGO LINDEMANN · DIE FINANZNOT DER KOMMUNEN, IHRE URSACHEN UND IHRE BESEITIGUNG



SEIT Jahren hören wir viel von der schweren Not der Gemeinden. Städtetage und Gemeindeverbände schicken Eingaben über Eingaben an die Landesbehörden und Reichsbehörden, in denen sie die finanzielle Lage der Gemeinden in den düstersten Farben schildern und ihren finanziellen Zusammenbruch auf die aller nächste Zeit voraussagen oder schon ihren Beginn ankündigen. Da diese Klagen bereits seit Jahren erhoben werden, ist die Öffentlichkeit allmählich ebenso harthörig geworden wie die Reichs- und Landesbehörden. Diese sehen mit ziemlicher Ruhe zu, denn auch ihnen steigt das Wasser bis an die Kehle, und sie denken zunächst und vor allem einmal daran, wie sie sich selbst retten können, ehe sie den anderen zu Hilfe kommen. So ungefähr sind die Gefühle, die Reich und Länder gegen die Klagerufe der Gemeinden in ihrem Busen hegen. Diese Politik der Gleichgültigkeit ist sicherlich falsch, ja geradezu unsinnig; denn nur vom Boden der Kommunen aus kann sich der Verwaltungsneubau, kann sich die Rettung des deutschen Volkes vollziehen. Dies eine hat nachgerade die Geschichte der letzten Jahre recht deutlich bewiesen: daß die zentralisierte Vielregiererei den Karren nur immer tiefer in den Sumpf gefahren hat.

Worin besteht aber die besondere finanzielle Notlage der Gemeinden? Daß die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, ist auch vor dem Krieg häufig vorgekommen. Man beseitigte dann das Defizit durch Erhöhung alter oder durch Einführung neuer Steuern, oder man ließ es tatsächlich ungedeckt und überwies seine Deckung auf die Überschüsse der Vorjahre oder auf Ausgleichsfonds, die man in besseren Jahren gesammelt hatte. Dabei war aber immer eine verständige und über die Nasenspitze hinausschauende Finanzpolitik die Voraussetzung. In den größeren Städten ist das wohl in der Regel der Fall gewesen. Es war also möglich die Defizite einzelner Jahre zu decken, auch wenn die Ausgaben ständig anwuchsen. Heute ist die Lage der Städte jedoch ganz anders. Auf sie wollen wir uns hier beschränken, da sie viel ungünstiger ist als die der besser gestellten Landgemeinden. Sie ist auch viel schwieriger und komplizierter. Vor dem Krieg war unsere Wirtschaft aufblühend und gesund. Heute ist sie bis ins Mark verwüstet; nicht nur durch einen fast 5jährigen Krieg und die anschließenden Jahre schwerer Handelsblockade, sondern auch, vor allem, durch die geradezu wahnwitzige Finanzpolitik des Reichs und zahlreiche Erscheinungen und Maßregeln, die die Steigerung ihrer Produktivität unmöglich machten, ja planmäßig unterbanden. Das Reservoir, aus dem die Steuern geschöpft werden können, also, mit anderen Worten, die Summe der Einkommen der Stadteinwohner, ist sehr viel kleiner geworden. Daß dabei eine ungeheuerliche Verschiebung der Einkommen innerhalb der verschiedenen Bevölkerungsteile stattgefunden hat, sei hier übergangen. Es wäre aber ganz kindlich zu glauben, daß man aus dem Steuerreservoir ohne Ende schöpfen, durch Erhöhung der Steuern immer höhere Beträge den Bürgern abnehmen könne. Die Erfahrung zeigt vielmehr jeden Tag aufs neue, daß hier eine gewisse Grenze gesetzt ist. Wird diese überschritten, so wird der Besteuerte versuchen dem Steuerdruck auszuweichen. Er hinterzieht die Steuer ohne jeden Skrupel (und das ist immer noch der günstigste Fall),

oder er hört auf zu produzieren und beschränkt seine Tätigkeit auf das Minimum, das ihm den Lebensunterhalt gewährt. Das Steuerreservoir ist also viel weniger gefüllt als vor dem Krieg. Dazu kommt noch, daß die Gemeinden an dieses Reservoir erst herankommen, nachdem Reich und Staat den größten Teil ausgeschöpft haben, und daß sie nur unter bestimmten Beschränkungen überhaupt schöpfen dürfen. Was nützt der Gemeinde das Recht Gemeindesteuern zu erheben, wenn der allergrößte Teil des Produktionsertrags, der überhaupt für Steuerzwecke angegriffen werden kann, schon von Reich und Staat in Anspruch genommen ist? Es ist daher durchaus begreiflich, daß die Gemeinden unausgesetzt vom Reich fordern ihren Anteil an den Einkommensteuern, Umsatzsteuern usw. zu erhöhen, ihnen das frühere Recht selbständige Zuschläge zu den Steuern zu erheben wiederzugeben. Ob es richtig wäre, wenn das Deutsche Reich die Einkommensteuer wieder ganz den Gemeinden überließe, ob dazu eine Rückübertragung auch der Veranlagung und des Behördenkörpers notwendig wäre oder nicht: alles das bleibe dahingestellt. Auf jeden Fall aber füllen diese Forderungen die zahllosen Eingaben der Gemeinden und Städteverbände; trotz allen Änderungen in der Verteilung der Steuern wird man nicht müde die Klage zu wiederholen, daß die Gemeinden mit den überwiesenen Quoten nicht auskommen können.

Steuern sollen nach allen Gemeindegesetzen erst dann erhoben werden, wenn die übrigen Einnahmen der Gemeinden nicht ausreichen. Unter diesem Gesichtspunkt war die Finanzpolitik der großen Mehrzahl der Kommunen ein klägliches Fiasko. Denn Steuern machten bei weitem den größten Teil der Deckungsmittel aus, und die Erschließung eigener Finanzquellen, die nicht Steuern sind und daher auch nicht jederzeit durch die Finanzgesetzgebung des Reichs oder der Länder weggenommen werden konnten, hatte immer hinter dem so viel einfacheren und leichteren Mittel alte Steuern zu erhöhen oder neue auszuhecken zurückgestanden. Das war nicht nur und nicht einmal zum größten Teil die Schuld der kommunalen Bürokratie. Vielmehr haben ihre beschließenden Körperschaften stets erbittert eine Ausdehnung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gemeinden bekämpft. Die absurdesten Maßregeln wurden getroffen, um das private Gewerbe vor der Konkurrenz der Gemeinden zu schützen. Was jedem privaten Unternehmer erlaubt war, wurde der Stadt verboten, wenn sie ein privates Unternehmen in eigene Regie übernahm. Dagegen zum Beispiel, daß die privaten Gaswerke und Elektrizitätswerke große Installationsgeschäfte unterhalten und daraus recht beträchtliche Einnahmen gewinnen, hat niemals ein Stadtverordneter etwas zu sagen gehabt. Wenn aber die Stadt das private Gas- oder Elektrizitätswerk kommunalisierte, so war noch stets die erste und dringendste Forderung aller Mittelstands- und sonstigen Gesellschaftsretter der Stadt die Weiterführung des Installationsgeschäfts zu verbieten. Ähnliche Beispiele ließen sich in Hülle und Fülle anführen. Auf der andern Seite zeichneten sich aber die selben Körperschaften durch eine nicht zu übertreffende Steuerscheu aus. Woher dann aber die Mittel kommen sollten, um neue Einrichtungen zu schaffen, die man vielleicht selbst verlangt hatte, darüber haben sie sich niemals den Kopf zerbrochen. Das überließ man dem verehrten Herrn Oberbürgermeister, wenn man nicht den andern Weg vorzog: das Vorhandensein neuer Aufgaben zu leugnen oder sie als nicht dringend abzuweisen. Aus dieser Position des Nichtstuns trieb dann die Konkurrenz anderer Städte die Widerstrebenden heraus, oder auch die wirtschaftliche Notwendigkeit,

die die Lösung der von ihr gestellten Aufgaben schließlich einfach erzwang. Zwischen der Skylla der Gemeinderegierung und der Charybdis der Steuererhöhung wand sich so der lecke Finanzkahn der auf den Rathäusern herrschenden Parteien mühsam durch.

Wenn also die Steuern aus dem Gesamteinkommen der Gemeindeglieder beschafft werden müssen, und aus diesem Reservoir außer der Gemeinde auch noch andere, und zwar mächtigere, bevorzugtere Partner schöpfen, die aus eigener Machtvollkommenheit die Rechte der Gemeinden in einem früher nicht gekannten Umfang beschränken, dann ist es für die Gemeinden außerordentlich viel schwieriger als früher eine aktive Wirtschaftspolitik zu treiben, die sowohl die Förderung der eigenen Wirtschaft wie der privaten zum Gegenstand hat. Früher bestimmte die Stadt immerhin mit einer gewissen Freiheit, welches Quantum der Güterproduktion sie beanspruchen wollte. Heute wird das in viel höherem Grad von anderen festgelegt. Früher konnte die Stadt damit rechnen, daß produktiv wirkender Aufwand, den sie machte, letzten Endes ihren Finanzen zugute kommen und zwangsläufig in den ihr zustehenden Steuern erfaßt werden würde, auch wenn er zunächst nur in der privaten Wirtschaft wirkte und dieser zugute kam. Heute kann die Stadt im günstigsten Fall das nur als möglich, vielleicht wahrscheinlich annehmen. Denn welche Garantie haben die Gemeinden im Grunde dagegen, daß nicht schließlich eines Tages das bankrotte Reich die Einkommen- und Umsatzsteuer usw. ganz für sich beansprucht? Die in der übertriebensten Weise ganz auf das Reich eingestellte Steuerpolitik Erzbergers herrscht auch heute noch in den obersten Reichsstellen, zu denen auch der Reichstag zu rechnen ist. Das Verständnis für die kommunale Selbstverwaltung ist in diesen Instanzen erschreckend gering. Sonst hätte man eine Finanzpolitik, die mit absoluter Sicherheit die kommunale Verwaltung, und zwar nicht nur finanziell, ruinieren mußte, nicht in einer solchen Hurrastimmung begonnen und beschlossen. Und das trotz dem Abraten aller der Leute, die von der kommunalen Selbstverwaltung etwas verstanden, aller Politiker, die im Zentralismus nicht das A und O aller politischen Weisheit sehen. Wie dem aber nun auch gewesen sein mag, damals wie heute gilt der Satz, daß man für kommunale Zwecke größere Steuererträge nur dann erzielen kann, wenn es gelingt den Gütervorrat zu vermehren, daß daher die Förderung privater und eigener Produktion der wichtigste Weg zu größeren Steuererträgen ist.

Die finanzielle Notlage der Gemeinden ist aber nicht nur auf die Erzbergersche Finanzreform zurückzuführen, soweit man auch die Verantwortung dafür erstrecken mag. Von dem alten Recht einen Sündenbock zu suchen und auf ihn alle eigene Sünde zu laden hat auch die Kommunalverwaltung reichlich Gebrauch gemacht. Sie mag den Sündenbock in die Wüste jagen, ein Häuflein eigene Schuld bleibt aber bei ihrem Haus liegen, und es ist nicht klein. »Mea culpa, mea maxima culpa« müßte, der Gerechtigkeit wegen, die Kommune sich zurufen. Sehen wir uns das Unglückshäuflein etwas näher an.

Zunächst die Personalpolitik. Die ausgehungerten Parteien, und das war nicht allein die sozialdemokratische, stürzten sich wie Raubtiere auf die Beute. Man schuf Ämter und Stellen, um Personen unterzubringen. Man setzte in diese Ämter Personen ein, die nicht viel mehr aufzuweisen hatten als gute Gesinnung und treue Parteidienste, beides sehr löbliche Dinge, mit denen man aber noch nicht schwierige Verwaltungsposten ausfüllt. Wozu

dann das Verwundern, daß trotz allem guten Willen die so plötzlich mit Führung und Verwaltung betrauten Personen so schmäzlich versagten? Haben doch fast alle Parteien seit Jahrzehnten dem immer brennender und schwieriger werdenden Führerproblem hilflos und unfähig gegenübergestanden, und keine mehr als die Sozialdemokratische Partei. Vielleicht liegt es im Wesen der Arbeiterparteien, daß sie es überhaupt nicht adäquat lösen können. Was aus anderen Klassen, aus akademischen Kreisen mit gutem Willen und echtem Ernst, mit gläubiger Begeisterung und starkem Mut zur Sozialdemokratie kam und sich ihr zur Verfügung stellte, hat man von jeher entweder von sich gestoßen oder in die Ecke gestellt. Man hatte den Massen systematisch eingedrillt, daß die schwierige Faust nur der schwierigen Faust vertrauen dürfe. Die Revolution brachte also überall eine weitere starke Vermehrung des Personals, dessen Zahl schon durch die Demobilmachungsvorschriften ungeheuerlich angeschwollen war. Schaffung neuer Ämter, Vermehrung von Stellen infolge Arbeitszeitverkürzung, geringere Arbeitsleistung in der verkürzten Zeit: alles kam zusammen. Und das gilt ohne Unterschied sowohl für Arbeiter wie für Beamte in gleichem Maß. Keine Statistik erzählt uns, was hier gesündigt wurde, aber die États erzählen es jedem, der sich einmal die Mühe macht in sie hineinzusehen. Ein Gewimmel in den Kanzleistuben: das war eine der größten Errungenschaften des Novemberumsturzes.

Nun wurden allerdings neue Ämter nicht nur aus Gründen der Stellenjägerei geschaffen, nicht allein, um bewährte Anhänger für ihre Dienste zu belohnen, sondern in dieser Inangriffnahme neuer Aufgaben und Einrichtung neuer Ämter kam nicht minder der starke Drang nach Verbesserung des Alten, Veralteten, das Bedürfnis nach Weltbeglückung zum Ausdruck. Man sah überall Schranken fallen, die sich wie unübersteigliche Mauern vor dem Wanderer aufgetürmt hatten. Vor allem aber schienen sich seinen erstaunten Augen die Schranken der Finanzierung in leichten Rauch aufzulösen. Das war ja der alte Einwand, der gegen jeden Wunsch nach Reformen von den Männern des alten Regimes erhoben wurde: Wo sind die Mittel, um all das zu bezahlen, was gefordert wird? Und mit dieser ohne Zweifel sachlich durchaus begründeten Weigerung die Finanzen übermäßig anzuspannen, sie vielleicht in ungesunder Weise zu ruinieren sind stets die Oppositionsparteien bei den Wahlen krebsen gegangen und haben die sparsamen Finanzmänner stets als die bösartigsten Reaktionäre der Bürgerschaft denunziert. Alle Revolutionen haben daher damit begonnen, daß sie die Finanzen ruinierten, und jede Revolution hat eine finanzielle Wüste hinter sich gelassen. Das gilt auch für die vom Jahr 1918. Alles, was man früher in den Programmen gefordert hatte (und das war recht viel, denn das längste Programm galt als das beste), glaubte man jetzt mit einem Schlag realisieren zu können. Die Mittel wurden von der Notenpresse in verschwenderischer Fülle zur Verfügung gestellt. So vergaß man, getragen von dem starken Glauben an schöne Ideale, ganz und gar die bittere Tatsache, daß man einen ungeheuren Krieg mit seinen verwüstenden Wirkungen hinter sich hatte, und daß man aus diesem Krieg als der Besiegte, mit ungeheuren Entschädigungsansprüchen belastet, hervorgegangen war. Es fehlte jede Erkenntnis der wirtschaftlichen Lage in der großen Masse des Volkes, in allen Parteien ohne Unterschied ihres politischen Glaubensbekenntnisses. Am allerwenigsten aber sah man klar in den Arbeiterparteien, in denen noch der alte Glaube an die ungeheuren Reichtümer der kapitalistischen Gesellschaft lebte. So glaubte man nun

das Himmelreich auf Erden unbedingt sofort schaffen zu müssen und begann es mit dem alten Ruf des Evangeliums »Kommt her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken«. Alles, was Armenpflege, Wohlfahrtspflege, Fürsorge hieß, wurde in verschwenderischer Weise ausgebaut. Nicht nur im Reich sondern vor allem auch in den Kommunen. Die Bourgeoisie war hart gegen die schwächeren Teile der Bevölkerung gewesen und hatte nur das Notwendigste gegeben; jetzt gab man mit vollen Händen aus dem guten Herzen heraus, aus dem Gefühl, daß es Klassengenossen sind, die man schützen, denen man helfen müsse. Dabei vergaß man, daß die Gemeinde keine Wohltätigkeitsanstalt ist und unter keinen Umständen sein darf, daß alles Einkommen der Gemeinde aus dem ihrer Bürger fließt, das sauer erarbeitet werden muß, daß Geschenke alle Kraft zum selbständigen Handeln und alles Streben nach eigener Lebensführung zerstören und nur ein panem und circenses heischendes Lumpengesindel erzeugen müssen, niemals aber den aufrechten, arbeitenden, strebenden Bürger hervorbringen werden, den der sozialistische Staat um so mehr und um so dringender braucht, je stärker er an andere höhere Seiten im Menschen appelliert als an Eigeninteressen. Und es war so schön im Vollgefühl neuer Gesellschaftsgestaltung kommunale Ämter zu schaffen und zugleich für seine Anhänger Posten und Pöstchen einrichten zu können. Übrigens war hierbei viel Erbschaft aus dem Krieg übernommen. Ja, man kann mit Grund behaupten, daß diese Wirtschaft im Grunde nichts anderes als die Fortsetzung der Kriegswirtschaft war, die in der Konsumtion stark "kommunistische" Züge an sich trug und sich nicht den Kopf darüber zerbrach, woher denn eigentlich die Mittel kommen sollten, die man in so unsinniger Weise mit der Fütterung der Kriegsmaschine vergeudete. Das vollendetste Stück dieser kommunalen Wohltätigkeitspolitik haben wir in der Wohnungszwangswirtschaft erlebt, die jeden privaten Wohnungsbau totschiß und den kommunalen erdrosselte, weil sie ihm nicht genug Mittel zur Verfügung stellen konnte, und die mit dem Verzehr der Substanz, mit dem Ruin des größten Kapitals der Nation enden muß.

Und diese Tendenzen in der kommunalen Verwaltung wurden von den Reichsstellen, wo der gleiche Wahn alles beherrschte, gefördert und beflügelt. In dieser Instanz ging alles noch viel einfacher vor sich, da man nur mit Gesetzen und Verordnungen zu arbeiten brauchte und auf dem geduldigen Papier die erstaunlichsten Luftsprünge und Himmelsbestürmungen vornehmen konnte. Die Ausführung blieb den nachgeordneten Stellen, am Ende also den Gemeinden, überlassen, die man so gern als corpus vile betrachtete. Man versagte zudem in der eigenen kommunalen Finanzverwaltung gerade so vollständig wie das Reich und die Länder in der ihren. Man stand den Inflationserscheinungen genau so hilflos gegenüber wie diese. Die Steuern, die man noch erheben konnte, wurden ganz unzulänglich erhoben. Man paßte sie der Geldentwertung nicht an, erhob sie zu spät wie beim Reich, obwohl hier doch alles viel übersichtlicher lag, und der Apparat viel schneller in Bewegung gesetzt werden konnte. Man braucht zum Beweis nur einmal die Entwicklung der Gewerbesteuer, der Grund- und Gebäudesteuern, der Gebühren für die Benutzung der städtischen Einrichtungen, der Kaufpreise für die städtischen Waren zu verfolgen.

Die Wirtschaftspolitik der Gemeinden muß also ihren stärksten Impuls von ihren finanziellen Bedürfnissen aus empfangen. Kommt es doch darauf an das Gesamteinkommen der Privaten zu vermehren, um aus dem vermehrten

Güternvorrat für die städtischen Aufgaben absolut größere, relativ jedoch möglichst kleinere Teile zu gewinnen. Von diesen Maßregeln sind einige allen Städten gemeinsam, andere sind von Stadt zu Stadt verschieden und bedeuten dann häufig eine Konkurrenz der Städte gegen einander. Solche Konkurrenz braucht indes nicht volkswirtschaftlich schädlich zu sein. Diese Wirtschaftspolitik der Städte begann vor dem Krieg in 2 Punkten. Einmal in der Ausbildung einer kommunalen Verkehrspolitik mit ihrer Eingliederung der Stadt in das allgemeine Verkehrsnetz der Eisenbahnen, der Straßen, Luftverkehrslinien, Wanderwege, mit ihrer Entwicklung des Fremdenverkehrs, der Propaganda und Reklame, der Heranziehung von Kongressen durch Bau von Kongreßhallen, Ausstellungsgebäuden, der Veranstaltung von Ausstellungen, Kulturwochen, Sportwochen usw. sowie von Messen, wie sie in Leipzig, Frankfurt, Breslau, Königsberg, Köln und anderen Orten entstanden sind. Dann aber in der Ausbildung einer Handels- und Industriepolitik, deren Ziel es ist Handel und Industrie, soweit sie bereits vorhanden sind, in der Stadt festzuhalten und zu entwickeln, sowie Unternehmungen in die Stadt neu hereinzuziehen. Da die Zusammensetzung der Industrien örtlich verschieden ist, müssen auch die Mittel von Stadt zu Stadt wechseln. Doch sind hier 3 Gruppen allgemein angewandter Maßregeln im Lauf der Zeit entstanden. Die eine hat die Bereitung des Industriebodens, in weitem Sinn gefaßt, zum Gegenstand, die andere die Finanz- und Steuerpolitik, die letzte die Arbeiterpolitik. Es ist nicht Aufgabe dieses Artikels auf die einzelnen Maßregeln einzugehen.

Die Gemeinden sind als Unternehmer selbst Objekte ihrer Wirtschaftspolitik. Alles, was sie an allgemeinen Maßregeln zur Förderung von Industrie und Handel unternehmen, kommt auch ihnen unmittelbar, soweit sie Unternehmer sind, zugute. Insofern sind keine weiteren Ausführungen notwendig. Soweit aber die Gemeinden Unternehmungen selbst betreiben, haben sie nicht minder unmittelbaren Einfluß auf das Produktionsquantum, aus dem sie ihre Erträge für allgemeine Zwecke holen. Ertragssteigerung ihrer Betriebe ist also die Aufgabe, die auf den beiden Wegen der Erweiterung der Betriebe und der Steigerung ihrer Produktivität erreicht werden kann.

Wenn wir die 3 Arten städtischer Betriebe, die Gas- und die Elektrizitätswerke und die Straßenbahnen, ins Auge fassen, so hängt die Erweiterung des Absatzes von dem allgemeinen Wachstum der Stadt ab, das sich gleichzeitig im Anwachsen der Bevölkerung und im Anwachsen der gewerblichen Tätigkeit vollzieht. Insofern spielt sich die Erweiterung der städtischen Betriebe ganz automatisch ohne eine besondere Acquisitionstätigkeit der Gemeinde ab. Häuser werden gebaut, um die zuwachsende Bevölkerung unterzubringen, und müssen an die Versorgungsnetze der Stadt angeschlossen werden. Die Gemeinde nimmt die Anmeldungen entgegen und führt die Bestellungen aus. Das ist ein durchaus sicheres Geschäft. Darüber hinaus läßt sich der Verbrauch an Gas und Elektrizität durch geschickte Propaganda wesentlich steigern. Die Intensivierung des Absatzes wird eine sehr wichtige Aufgabe der Betriebsverwaltung. Es gilt Kunden, die abseits stehen, zu gewinnen, Industrien zum Anschluß zu bewegen, durch Ausdehnung der Anwendungsmöglichkeiten den Konsum zu vergrößern usw. Hier steht den städtischen Betriebsverwaltungen ein großes Feld noch in der nächsten Zeit offen. Die Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß dabei Kosten erspart werden, da bei Verarmung der Wirtschaft Luxuskonsum nicht statthaft ist.

Die Erweiterung des Absatzes der Produkte wird von einer gewissen Größe ab zu einer Erweiterung der Werke führen. Die Mehrproduktion kann nun allgemein durch Verbesserung der Produktionsanlagen, die dann möglich ist, auch allein schon durch Vergrößerung der Produktionsmittel zu einer Verbilligung der Produktionskosten und somit zu einer Ertragssteigerung führen. Die Steigerung der Produktivität kann sich durch eine Verbesserung der Anlagen und durch eine Verbesserung des Betriebes bei gleichbleibender Anlage vollziehen. Die Bestrebungen nach rationellerer Betriebsführung stellen sich die Loslösung der kommunalen Betriebe von der städtischen Verwaltung und ihre Übertragung auf Betriebsgesellschaften zum Ziel, um sie aus dem ganzen Streit der politischen Anschauungen herauszuheben und ausschließlich die wirtschaftlichen Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Man erhofft von dieser Maßnahme vor allem auch eine Verbesserung der Arbeiterverhältnisse.

Beginnen wir mit diesem Punkt. Die städtischen Werke zeigen uns sehr verschiedene Arbeiterverhältnisse. Die Straßenbahnen sind Unternehmen mit hohem Arbeiterbedarf, Gas- und Elektrizitätswerke solche mit mittlerem, mit geringem die Wasserwerke. Die Anzahl der Arbeiter, die Höhe des Lohns und die Dauer der Arbeitszeit bedingen sich zum Teil gegenseitig. Je kürzer die Arbeitszeit, desto größer muß ceteris paribus die Zahl der Arbeiter sein. Diese hängt aber auch von der Intensität der Arbeit ab und steht zu ihr in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis. Die Intensivierung der Arbeit hängt aber zum großen Teil von einer Intensivierung des technischen Prozesses ab. Diese läßt sich aber nicht von heute auf morgen bewirken, und ihre Wirkungen sind auch bei den verschiedenen Arten der Unternehmungen sehr verschieden. Bei den Straßenbahnen ließen sich die Betriebsausgaben durch eine Herabsetzung der Strompreise und der Preise für Materialien ohne Zweifel sehr stark vermindern. Auf beide aber haben die Straßenbahnverwaltungen nur sehr geringen Einfluß. Der gemeinsame Einkauf von Bau- und Betriebsstoffen brächte nur eine verhältnismäßig geringe Besserung. Einfachere Mittel, wie die Einführung des Einmannsystems und die sorgfältige Ausbildung des Fahrpersonals, Einführung billiger einfacher Bauweise im Wagenbau, im Bau der Stromzuführungsanlagen, im Bau und im Unterhalt der Gleisanlagen, sind ohne Zweifel in ziemlich großem Umfang nach dem Krieg angewendet worden. Man mag aber die Bedeutung dieser Mittel für die Betriebsbilanz noch so hoch einschätzen, die ungeheuren Defizite der Straßenbahnen vermögen sie nicht auszugleichen. Ohne Zweifel hat bei dem starken Personalbedarf der Straßenbahnen (entfielen doch vor dem Krieg nicht weniger als 54 % der Ausgaben auf das Lohnkonto) die Einführung des Achtstundentags verheerende Wirkungen ausgeübt. Vor dem Krieg betrug die Arbeitszeit im Durchschnitt 10 Stunden. Die Verminderung der Arbeitszeit um 2 Stunden und die Anrechnung des Bereitschaftsdienstes auf die effektive Arbeitszeit mußten eine starke Vermehrung des Personals nach sich ziehen, da bei den Straßenbahnen ein Ausgleich durch größere Intensivierung der Arbeit des einzelnen nicht möglich ist. Es betrug daher auch zum Beispiel in Köln der Anteil der Personalausgaben an den Betriebsausgaben im Jahr 1912 58 %, im Jahr 1920 77 %. Bei den Straßenbahnen ist also die Zahl der Arbeiter durch die Länge der Arbeitszeit durchaus bedingt, wenn die Fahrgeschwindigkeit der Wagen und ihre Wagenfolge bestimmt ist. Je größer die Zahl der Arbeiter bei herabgesetzter Arbeitszeit,

desto geringer bei gleichbleibendem Nominallohn (tatsächlich tritt durch Einführung des Achtstundentags eine Steigerung ein, wenn wir die Rechnung auf die Arbeitsstunde beziehen) und bei gleichbleibendem Tarif die Erträge. Wohin dieser Tatsachenkomplex führt, dafür ist die Geschichte der Straßenbahnen in den letzten Jahren ein trauriges Beispiel. Es war daher auch durchaus sachlich begründet, daß man bei der Reorganisation des Straßenbahnbetriebs in Berlin dem Personal die Bedingung stellte, Bereitschaftsdienst dürfe in die Arbeitszeit nicht mit eingerechnet werden; das bedeutet eine durchschnittliche Verlängerung der Arbeitszeit um rund  $1\frac{1}{2}$  Stunden.

Wie steht es nun mit der Erhöhung der Tarife bei der Straßenbahn? Hier haben wir zunächst die Tatsache, daß die Betriebsausgaben viel stärker gestiegen sind als die Straßenbahntarife. Während der durchschnittliche Index der Betriebsausgaben, bezogen auf das Jahr 1911, im März 1923 das 6360fache ausmachte, war der Index der Preise nur das 3000fache.<sup>1</sup> Nach einer Zusammenstellung in den Mitteilungen der Zentralstelle des Deutschen Städtetags war am 22. Januar 1923 der Höchstsatz des billigsten Fahrscheins in Köln 125 Mark, also das 1250fache des Friedenspreises. Der Medianwert betrug bei 49 Städten das 700fache. Am 19. Februar 1923 betrug der Höchstsatz 300 Mark, also das 3000fache, der Medianwert 1500 Mark, also das 1500fache. Der Dollar notierte am 31. Januar annähernd 48 000 Mark, also rund das 12 000fache. Die Straßenbahntarife sind also außerordentlich weit hinter der Geldentwertung zurückgeblieben. Man konnte sich zu einer schnelleren Erhöhung der Tarife nicht entschließen, weil schon die verhältnismäßig kleinen Steigerungen zu einem recht beträchtlichen Rückgang der Fahrgäste führten. Das bedeutet eine entsprechende Verschlechterung der Betriebsergebnisse. Die Betriebskoeffizienten sind immer schlechter geworden, das heißt, es mußte eine relativ immer größere Anzahl von Wagenkilometern geleistet werden, um die gleiche Anzahl von Personen zu befördern. Der Rückgang der Benutzung beweist, daß das Einkommen großer Teile der Bevölkerung nicht im gleichen Maß gestiegen ist wie die Fahrpreise, und daß sie sich infolgedessen gezwungen sahen die Benutzung der Straßenbahn einzuschränken. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist mit Ausnahme ganz kleiner Schichten in ständigem Rückgang. Nehmen wir an, daß sie auf etwa die Hälfte bis zwei Drittel des Standes der Friedenszeit reduziert ist, so muß dem auch ein Rückgang der Straßenbahnbenutzung in annähernd der gleichen Größe entsprechen. Die Benutzerzahlen zeigen aber, daß die Abnahme sich schneller vollzieht. Das geht schon daraus hervor, daß die Straßenbahnpreise weit hinter der Geldentwertung zurückgeblieben sind, und trotzdem diese starke Abwanderung eingetreten ist. Eine weitere Erhöhung und Anpassung der Preise an die Geldentwertung müßte also zunächst bei gleichbleibender Kaufkraft der Bevölkerung zu einer weiteren Abwanderung führen. In diesen circulus vitiosus trägt nun die Verkürzung der Arbeitszeit noch ein weiteres Moment hinein, das diesen Kreislauf unbedingt weiter verschlechtern muß. Es ist geradezu absurd, wenn die Straßenbahner nicht einsehen wollen, daß durch ihr Festhalten am Achtstundentag die an und für sich ungeheuer schwierige Sanierung der Straßenbahn von vornherein unmöglich gemacht wird, und wenn sie lieber die Gefahr der Betriebseinstellung laufen als auf eine wirtschaftlich völlig unhaltbare Arbeitszeit ver-

1) Siehe *Helm* Wirtschaftliche Fragen der deutschen Straßenbahnen, in der Zeitschrift für Kommunalwirtschaft 1923 Seite 374.

zichten wollen. Daß sie mit einem solchen Verhalten neben dem eigenen Interesse in erster Linie die Arbeiterklasse und den Mittelstand schädigen sollte doch auch ihren Führern nicht entgehen.

Etwas günstiger liegen die Verhältnisse bei den beiden anderen Werken: den Gas- und den Elektrizitätswerken. Schon vor dem Krieg bestand für Teile der Belegschaft der Achstundentag, zum Beispiel für Stocher und Löscher in den Gaswerken, für Maschinisten in den Elektrizitäts- und Wasserwerken. Die Verkürzung der Arbeitszeit hat also hier nicht die gleichen schweren Wirkungen nach sich gezogen wie bei den Straßenbahnen. Doch scheint es als Tatsache festzustehen, daß überall da, wo der Achstundentag vor dem Krieg noch nicht eingeführt war, die Reduktion der Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden, überall in gleicher Weise wirkend, und der starke Rückgang in der Stundenleistung des einzelnen Arbeiters dazu geführt haben die Herstellungskosten des Gases beträchtlich zu steigern. Wenn in einem der größten deutschen Gaswerke im Gebiet von Groß Berlin der Stundenlohnsatz für Betriebsarbeiter von Ende 1914 bis 1920 auf das 9,4fache, der Anteil der Betriebsarbeiterlöhne an den Herstellungskosten eines abgegebenen Kubikmeter Gases aber auf das 11,9fache gestiegen ist, so drückt sich darin die geringe Arbeitsleistung aus, mag sie nun in dem Nachlassen der Leistung des einzelnen Arbeiters oder in der Vermehrung der in dem Werk tätigen Arbeiter zu suchen sein. Die Überzahl der unnötigen Arbeiter muß natürlich die Werke außerordentlich hoch belasten. 4000 überzählige Gasarbeiter kosteten Groß Berlin im Jahr 1920, nach dem Stand vom Februar des Jahres gerechnet, 40 Millionen Mark. Ein Ausgleich dieser Belastung des Gaskonsums mit ungeheuern toten Kosten kann nur durch eine Verbesserung der Technik erreicht werden. Die Aufwendungen für diese Anlagen aber, die keineswegs als werbende Anlagen für einen vermehrten Gasverbrauch zu betrachten sind, auch in keiner Weise eine technische Intensivierung des Betriebs bedeuten, müssen aus Abschreibungen gedeckt werden und belasten in den Gaspreisen die Gas verbrauchende Bevölkerung, das heißt in erster Linie wieder die große Masse der Arbeiter. In der gleichen Richtung wirken Übertreibungen in der Fürsorge für die städtischen Arbeiter (die allerdings nur deshalb Übertreibungen sind, weil sie in einer verarmten Wirtschaft eingeführt wurden). Wenn nach dem Berliner Tarif jede über die normale Arbeitszeit geleistete Überstunde durch entsprechende freie Zeit in der Woche ausgeglichen wird, wenn Akkordarbeit verboten wird, wenn Arbeiter im Alter von 20 bis 30 Jahren 3 Wochen Urlaub erhalten, solche von 30 bis 40 Jahren 4 Wochen, wenn sich ein Arbeiter nach 30jähriger Dienstzeit auf eigenen Wunsch ohne besondere Zustimmung der Betriebsverwaltung pensionieren lassen kann, also ein Arbeiter, der mit 20 Jahren in den Dienst des städtischen Gaswerks eingetreten ist, sich mit 50 Jahren mit einem Ruhe-lohn, der fast den Arbeitslohn erreicht, zur Ruhe setzen kann, so haben wir es hier mit Bestimmungen zu tun, die auf eine einseitige und maßlose Ausbeutung einer zufälligen Machtposition zum Schaden der Einwohnerschaft, vor allem aber der übrigen Arbeiterschaft durch die städtischen Arbeiter hinauslaufen. Es sind in der Tat Ansprüche durchgesetzt worden, die weit über das hinausgehen, was qualifizierte Arbeiter in anderen Betrieben erhalten. Wie sich diese Bestimmungen des Berliner Tarifs auswirken, dafür mögen die folgenden Zahlen ein Beispiel sein. In den Berliner Städtischen Gaswerken waren im Jahr 1913 2800 Arbeiter beschäftigt, Anfang 1922 aber

5050, also 80 % mehr. Die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden, bei den Betriebsarbeitern auf 6 Stunden, erforderte 600 Arbeiter, also 21 % mehr als im Jahr 1913. Die Erhöhung der Zahl der Erkrankungen und der verlängerte Urlaub erforderten 900 Arbeiter (32 % mehr als im Jahr 1913), der Mehrbedarf infolge Minderleistung 700 Arbeiter (27 %).

Trotz allen Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses ist es in den städtischen Betrieben niemals zur Ruhe gekommen. Lohnerhöhungen, die infolge der Geldentwertung notwendig waren, wurden von den Organisationen ohne Rücksicht auf die Finanzlage der Städte gefordert. Das Verständnis dafür, daß Lohnerhöhungen von den städtischen Werken nur so weit bewilligt werden können, als es möglich ist sie aus den Betrieben herauszuwirtschaften, hat sich nur wenig unter den städtischen Arbeitern verbreitet. Sehr stark ist bei ihnen die ganz syndikalistische Gedankenrichtung, wonach die kommunalen Betriebe in erster Linie für die Arbeiter, nicht für die Allgemeinheit da sind. Kann das Werk die Löhne nicht mehr aufbringen, so müssen sie nach ihrer Ansicht von der Allgemeinheit getragen werden, das heißt mit anderen Worten, die übrigen Arbeiter müssen besteuert werden, damit die städtischen Arbeiter Arbeitsbedingungen erlangen, die über dem Lohnniveau der gelernten Arbeiter stehen. Daß keine Arbeiterschaft auf die Dauer eine solche Privilegierung der Arbeiter in den städtischen Werken ertragen kann, will in diese durch syndikalistische und "kommunistische" Agitation beeinflussten Köpfe so wenig hinein wie die einfache Überlegung, daß die Verallgemeinerung der Überzahlung den Ruin der Wirtschaft und den Untergang des Volkes bedeuten muß. Ebensowenig wollen diese Teile der Arbeiterschaft einsehen, daß die gemeinnötigen Betriebe, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Straßenbahnen sie nun einmal darstellen, nicht ständig durch Arbeitseinstellungen beunruhigt werden dürfen. Keine Gesellschaft kann auf die Dauer dulden, daß das ganze wirtschaftliche Leben der Städte stillgelegt wird, damit Lohnforderungen, Ansprüche in der Einteilung der Arbeitszeit und dergleichen durchgesetzt werden. Einrichtungen wie die Technische Nothilfe werden dann zur Existenznotwendigkeit der Gesellschaft. Wenn die Technische Nothilfe in ihrem 1. Betriebsjahr, 1919-1920, in nicht weniger als 58 Elektrizitätswerken und 54 Gaswerken den Betrieb aufrechterhalten mußte, von denen die große Mehrzahl kommunal waren, also im Eigentum und Betrieb der Gemeinschaft standen, so beweist das, in welchem Umfang die Bewegung der städtischen Arbeiter jeden vernünftigen Boden ihres Handelns verloren hat. Und wenn in Berlin im November 1920 die Arbeiter der Städtischen Elektrizitätswerke die Arbeit niederlegten, ohne den Verhandlungsweg zu beschreiten, und schwere wirtschaftliche Schädigungen über die gesamte Berliner Bevölkerung hereinbrachten, wenn im Februar 1922 die Arbeiter des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerks gleichzeitig in den Streik eintraten und ihn in brutalster Weise gegen die ganze Berliner Bevölkerung durchzuführen suchten, wenn bei solchen Streiks auch außerhalb Berlins nicht einmal die Versorgung der Krankenhäuser und anderer gemeinnütziger Anstalten zugelassen wurde, so haben derartige Vorgänge nicht nur die Unreife der städtischen Arbeiterschaft aufs deutlichste gezeigt sondern auch die Sache der Arbeiterklasse aufs schwerste geschädigt. Für die Finanzen der Städte müssen aber derartige Vorgänge geradezu vernichtend wirken. Es ist kein Wunder, daß unter solchen Umständen die Städte allen Kredit auf dem Geldmarkt verloren, daß

die Stadt Berlin nicht einmal mehr die für die Betriebserneuerung notwendigen Mittel aufzubringen vermochte. Wenn etwas der Sache des Sozialismus geschadet hat, so sind es diese Vorgänge in den städtischen Betrieben. Sie geben dem immer wieder schon seit Jahren gegen die städtische Regie erhobenen Einwand ihrer Gegner recht, daß mit ihrer Ausdehnung die Gefahr für die Allgemeinheit ins grenzenlose wachsen müsse, wenn die städtischen Arbeiter durch rücksichtslose Ausnutzung ihrer politischen Machtstellung ihre wirtschaftlichen Forderungen durchsetzen könnten.

Die Anpassung der Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter an die Lebensbedingungen der Wirtschaft ist also wichtigste Voraussetzung für eine bessere Produktivität der städtischen Werke. Hier liegt eine große, sicherlich undankbare und unpopuläre Aufgabe der Gewerkschaften der städtischen Arbeiter vor. Aber an dieser Aufgabe werden sie sich nicht, wie bisher, heimlich vorbeischieben können. Denn wie jetzt die Lage ist, hängt das Schicksal der Gewerkschaften davon ab, ob ihre Führer ihre Mitglieder zur freiwilligen Unterwerfung unter das Notwendige zu bestimmen vermögen und damit die Arbeitersache festigen, statt in kurzsichtiger Ablehnung zu warten, bis die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Tatsachen sie unerbittlich zermalmt. Noch in einer andern Richtung setzt die Produktivität der städtischen Werke die verständige Bewirtschaftung der Arbeitskraft voraus und öffnet der Gewerkschaft die Tür zur bedeutungsvollen Mitarbeit. Auf dem Gebiet der technischen Verbesserungen der Produktionseinrichtungen und des Produktionsprozesses ist die Mitarbeit der Arbeiterschaft mangels ihres technischen Könnens nur beschränkt. Wenn in § 66 des Betriebsrätegesetzes dem Betriebsrat in schauerhaftem Deutsch die Aufgabe gestellt wird die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleitung zu sorgen, so ist das eine Bestimmung, die in der Praxis im wesentlichen auf dem Papier stehen wird. Gewiß werden hier und da Verbesserungen auch aus den Kreisen der Arbeiter heraus entstehen. Aber sie spielen keine sehr große Rolle in der technischen Entwicklung der Betriebe. Ganz anders dagegen, wenn es sich um die Auslese und Anpassung der Arbeitskraft im Betrieb und an den Betrieb handelt. Sicherlich können durch die Einführung arbeitswissenschaftlicher Methoden in den Betrieben erhebliche Produktionssteigerungen und Verbilligungen herbeigeführt werden, auch wenn sie gegenüber den Produktivitätssteigerungen durch technische Neuerungen an Bedeutung zurücktreten. Solange aber durch die in Deutschland herrschende Kapitalnot die technische Fortentwicklung der Betriebe erschwert ist, wird es um so notwendiger und zweckmäßiger durch Rationalisierung der Anwendung der menschlichen Arbeitskraft die Produktivität zu steigern. Versuche in dieser Richtung haben in dem Mißtrauen der Arbeiterschaft, die von ihren Gewerkschaften gegen den Taylorismus eingedrillt war, den stärksten Widerstand gefunden. Die Besorgnis in die ohnehin durch die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge erregte Arbeiterschaft noch weitere Unruhe zu bringen hat daher die Arbeitgeber häufig veranlaßt sogar auf die Anstellung solcher Versuche zu verzichten. Einer solchen zweckmäßigen Anpassung der menschlichen Arbeitskraft an den Betrieb, die auch durchaus im Interesse der Arbeiterschaft selbst liegt, können nun die Gewerkschaften durch Verbreitung von Aufklärung unter ihren Mitgliedern die Bahn frei machen. Da in Zeiten schwerster Krise alles auf die Herabsetzung der Pro-

duktionskosten hindrängt, wird man mit einiger Zuverlässigkeit annehmen dürfen, daß die Arbeitgeber sich auch der Rationalisierung der Arbeitskräfte in ihrem Interesse bemächtigen werden. Gegen die rein privatwirtschaftliche Lösung aber spricht eine Reihe sachlicher Bedenken, vor allem auch das Interesse der Arbeiterklasse selbst. Auch die städtischen Betriebe werden sich solchen Entwicklungen nicht entziehen können, wollen sie wieder die alte oder die notwendige höhere Produktivität erreichen. An dieser Aufgabe mitzuarbeiten ist Pflicht der Arbeiterklasse und ihrer Führer.

## JOHANNES KLEINSPEHN · KIRCHLICHE NEU- ORDNUNG UND SOZIALDEMOKRATIE

**K**IRCHENPOLITISCHES Interesse war bis zum Zusammenbruch des Jahres 1918 in der Sozialdemokratie kaum vorhanden. Wenigstens war öffentlich nichts davon zu bemerken. Während die Sozialdemokratie im Lauf der Zeit nahezu alle gesellschaftlichen Einrichtungen irgendwie in ihre Einflußsphäre zu bringen suchte, hielt sie die Kirche offiziell nicht für wert in den Kreis positiver Tätigkeit einbezogen zu werden, obgleich gerade die Probleme, die sie einschließt, für die Allgemeinheit immer brennender wurden. So begann nach dem Krieg eine sehr lebhaft ausgeprägte Aussprache über die Stellung des Sozialismus zur Religion. Ob die maßgebenden Instanzen der Partei ihr mehr als akademisches Interesse entgegenbrachten, ist nicht festzustellen. In weiten sozialdemokratischen Kreisen hat sich heute jedoch das Empfinden durchgesetzt, daß man aus zeitgeschichtlich bedingten Auswüchsen nie auf das Wesen schließen darf: bei der Kirche so wenig wie bei der Sozialdemokratie, und daß völlige Verneinung der religiösen Elemente im Sozialismus, einfache Ablehnung der Möglichkeit den Sozialismus mit religiösem Erleben und Wirken zu verbinden den sozialistischen Aufgaben der neuern Zeit nicht mehr gerecht wird.

Wie leider so oft zieht die Partei aus dieser Erkenntnis nicht die notwendigen Folgerungen für ihre Tätigkeit. Müßte sie doch schon rein praktisch gesehen der geringe Erfolg der bisherigen Taktik auf diesem Gebiet lehren, daß ihre altgewohnte Art der Auseinandersetzung mit den Problemen, die sich um den Begriff Religion gruppieren, nicht richtig gewesen sein kann. Der Kirche hat die bloße Kritik nicht viel anhaben können. Geben doch selbst die Freidenker die Zahl der Kirchenaustritte in der für sie günstigsten Zeit, in den Jahren 1919 und 1920, mit 535 020 Evangelischen und 80 770 Katholischen an. In den folgenden Jahren ist bei dem allgemeinen Zug der Zeit die Zahl sicher wieder ganz erheblich zusammengeschrunpft, ja, ein Teil derer, die damals austraten, hat seinen Austritt widerrufen. In den Zahlen über das kirchliche Leben in Preußen, nach den Angaben des Statistischen Jahrbuchs für 1923, tritt der fast ungebrochene Einfluß der Kirche bei allen wichtigen Lebensereignissen des einzelnen noch schärfer hervor. Ließen sich doch im Jahr 1913 88,27 % aller neuvermählten evangelischen Paare kirchlich trauen, und im Jahr 1920 ist dieser Prozentsatz nur um 2,02 % gefallen. Im Jahr 1913 wurden 97,12 % aller Kinder evangelischer Eltern getauft, im Jahr 1920 96,37 %. Nun ist ja auch bei den bürgerlichen Parteien das kirchenpolitische Interesse nicht gleich stark und bewegt sich auch nicht in gleicher Richtung. Das Zentrum als katholische Partei muß ja nach den Glaubenslehren des Katholizismus eine von den übrigen bürger-

lichen Parteien grundsätzlich abweichende Stellung zum Staat einnehmen. Es ist der Glaube an ein göttliches Recht, an die von Gott der Christenheit gegebene Rechtsordnung, deren Beobachtung für das Verhältnis der Menschen zu Gott entscheidend ist, von dem diese Partei letzten Endes bestimmt wird. Nach katholischer Auffassung hat der Staat der Kirche zu dienen. Die evangelischen Konservativen, also im wesentlichen die heutigen Deutschnationalen und ein erheblicher Teil der Deutschen Volkspartei, der früheren Nationalliberalen, sind dagegen immer bereit die Kirche und die Religion dem Staat, dessen Machtstreben und Interessen unterzuordnen. Für sie ist die Religion nicht Selbstzweck sondern formenreiches Mittel zu anderm Zweck. Bei den früheren Freisinnigen, den heutigen Demokraten, ist das kirchliche Interesse im allgemeinen auch nicht viel größer als es bisher bei der Sozialdemokratie war. Es erschöpft sich hier und dort in Versuchen den einzelnen vor kirchlichem Zwang zu schützen. Diese individualistische Einstellung bedeutete Duldsamkeit für alle religiösen Strömungen. Daraus entstand im Lauf der Zeit, selbst bei den Besten des Liberalismus, eine gewisse Gleichgültigkeit den religiösen und kirchlichen Fragen gegenüber. Man ließ es ohne ernsten Versuch einer Gegenwirkung zu, daß die politische Reaktion alle kirchlichen Möglichkeiten für sich nutzte. Die Sozialdemokratie hat, wie auf anderen Gebieten (Wirtschaft, Außenpolitik), so auch auf diesem kulturpolitischen Feld vielfach die Traditionen des Liberalismus übernommen. Sicherlich ist die Trennung der Kirche vom Staat eine religiöse wie politische Notwendigkeit auch für die Kulturpolitik der Arbeiterklasse. So wird es klar, weshalb die ursprünglich liberale Forderung, daß Religion Privatsache sein solle, nun in allen sozialdemokratischen Programmen wiederkehrte. Es soll jedem freistehen seine Religion zu wählen, sie auszuüben, ohne sich moralischer Ächtung und politischer Zurücksetzung auszusetzen. Der Staat soll nicht mehr die Möglichkeit haben irgendeine religiöse Überzeugung zu bevorzugen oder hintanzusetzen. Er darf ja auch heute nach der Verfassung keinen Bekenntniszwang ausüben noch ein Bekenntnis bestrafen. Und doch geschieht dies in unzähligen Fällen weiter, insbesondere in der Schule. Deshalb ist es heute wie früher berechtigt, wenn die Sozialdemokratie die Trennung von Staat und Kirche nach jeder Richtung zu verwirklichen sucht und Maßnahmen fordert, die wirklich geeignet sind die Religion zur Privatsache zu machen.

Für den einzelnen bedeutet die Erklärung der Religion zur Privatsache, daß er sein Religionsbekenntnis frei nach seinem Gewissen bestimmen kann. Die Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft unterliegt nur seiner selbstgetroffenen Entscheidung. Der Grundsatz, daß Religion Privatsache ist, schließt also sinngemäß vollständige persönliche Entscheidungsfreiheit ein. Er sollte eine Kampfesparole gegen staatliche, gegen obrigkeitliche Bevormundung des Staatsbürgers sein, der aus besonderen Gründen, die nichts mit dem Inhalt der Religion zu tun haben, in religiösen Gemeinschaften festgehalten wird. Über diese Zugehörigkeit zu entscheiden stand faktisch immer nur wenigen frei, trotz Kirchenaustrittsgesetz. Durch die Kindertaufe wurde von vornherein über den neuen Staatsangehörigen entschieden. Hindernisse aller Art hielten dann später die so ohne eigene Bestimmung kirchlich Festgelegten zumeist davon ab sich von dieser Organisation loszulösen, selbst wenn sie anderer Gesinnung geworden waren. Diese Wirkung der Ergänzung der Mitgliedschaften in den Kirchen schafft nun eine

besondere Seite dieser Frage, die über das Persönliche hinausgeht, über das Recht der freien Religionswahl des einzelnen weit hinwegragt, sie zu einem allgemeinen, zu einem politischen und sozialen Problem werden läßt. Diese Tatsache wird von der Sozialdemokratie fast gar nicht beachtet. Wo sie veranlaßt wurde dazu Stellung zu nehmen, wie in den letzten Jahren in den verschiedenen Regierungen und als mitbestimmender Faktor in den Parlamenten, zeigte sie fast immer religiöse Uninteressiertheit und Gleichgültigkeit gegenüber der Kirche und ihrem Wirken. Das ist aber eine Haltung, die wohl liberalisierender Art entsprechen mag, nie aber sozialistischem Streben zur Gemeinschaft auf allen Gebieten.

Die Sozialdemokratie muß die zusammenfassende Kraft der Religion für die gesellschaftliche Neugestaltung erkennen und wirken lassen. Bisher kämpften die sozialistischen Arbeiter mit den liberalen Intellektuellen gegen die unkritischen, ungeschichtlichen Glaubensdogmen aus den früheren Jahrhunderten. Dies Bündnis wird auch so weit aufrechterhalten werden müssen, als man zu verhindern hat, daß das, was wissenschaftlich erledigt ist, modernen Menschen im Namen der Religion durch Glaubenszwang aufgedrängt werde. So notwendig nun aber auch kritische Klärung ist, so kann sie doch nicht der Religion ihren Platz im Leben der Menschen nehmen. Vor 2 bis 3 Jahrzehnten war man eines solchen vernichtenden Sieges der "Wissenschaft" zwar gewiß. Heute aber ist man sich wieder mehr der Grenzen der wissenschaftlichen Erkenntnis bewußt geworden. Eine neue religiöse Welle geht durch die Lande, man will Gott neu erfassen. Der Sozialismus muß diesem Bedürfnis genügen, um die Religion mit sozialer Kraft zu erfüllen, mit gemeinschaftsbildendem Feuer zu durchglühen. Die Arbeitermassen müssen die Kirche in der Praxis zu dem machen helfen, was sie theoretisch sein will: die große Organisation selbstlosen Dienens.

Die Religion ist also und sie wird auch noch weiter sein: darüber muß Klarheit herrschen. Für die neue Welt, die wir schaffen wollen, muß die engste Verbindung zwischen Religion und Ethik wieder geknüpft werden. Der Arbeiterklasse, der diese Aufgabe geschichtlich zugefallen ist, ist ihre Lösung verhältnismäßig leicht gemacht. Hat sie doch in dem Leben und Wirken der Propheten und Jesus' die höchste und größte Beispielgebung für diese Zusammenfassung. Die Religion, die diese gelehrt haben, ist eine Laienreligion, und durch das Streben nach ihrem Ausgangspunkt werden die ethischen Probleme der Gegenwart, die doch zugleich die sozialen sind, wieder in den Mittelpunkt des kirchlichen Lebens gerückt werden. Die Arbeitenden müssen die Kirche veranlassen, daß ihre Glaubenslehre die Probleme der sozialen Erlösung zum Zentralpunkt ihres Diesseitswirkens macht. Sie müssen die Kirche anspornen zur Verwirklichung der großen Idee zu helfen, die religiös das Reich Gottes genannt wird. Die Kirche hat in weitgehendem Maß ihre Glaubenslehre den Ergebnissen der Naturwissenschaft angepaßt. Beruht doch mit darauf der freie Protestantismus. Jedes Entgegenkommen nach dieser Richtung war der Zwang zur Verbindung mit etwas der Religion Fremdem. Der Gedanke der sozialen Erlösung aber ist ihr nichts Fremdes. Er ist nicht einmal etwas Neues im Christentum, vielmehr ein wesentlicher Teil des christlichen Glaubens. Der soziale Erlösungsgedanke geht ja vor allem auf Jesus und die Apostel zurück, war schon von den Propheten des Alten Testaments in den Mittelpunkt ihrer Religion gerückt worden. Der Reichgottesgedanke war ihnen der Ausgangs-

punkt einer neuen, höhern sozialen Ordnung, in der Gesetze im Sinn der Gemeinschaftsarbeit und des Brudersinns, also der Solidarität, gelten sollten. Diesem urchristlichen Gedanken der sozialen Erlösung gegenüber sind die Sünden der Kirche groß, sehr groß. Die Ursachen sind jedem Sozialisten bekannt. Jedoch, daß es auch immer so in der Kirche bleiben soll, des sind wir nicht gewiß. Im Gegenteil, wir sehen klar die Möglichkeit der Änderung, der Besserung im sozialen Sinn. Und wenn sie nicht schon in die Erscheinung getreten ist, so gerade deshalb, weil die Arbeitenden keinen Einfluß in der Kirche suchten, die Macht, die auszuüben ihnen leicht gemacht war, nicht nutzten, die Gestaltung des kirchlichen Geistes, der kirchlichen Einrichtungen restlos den bisherigen sozialen Machthabern überließen. Allerdings lag das größte Hemmnis solchen Neuwerdens im Staat selber, namentlich im alten Preußen des Dreiklassenwahlrechts, wo der König der oberste Bischof der evangelischen Kirche war. Aber hat sich denn die Arbeiterklasse durch die großen Hindernisse von dem Kampf um den Staat abschrecken lassen? Auf den Krücken des Dreiklassenwahlrechts ging sie in das Preußenparlament, um sozialistische Gedanken hineinzutragen. Nach dem Rezept eines vermeintlichen Radikalismus sollte freilich Preußen "verfaulen". Diese Intransigenz wurde indessen schon vor mehr als 2 Jahrzehnten als unpolitisch, als unsozialistisch aufgegeben. Aber auch die Kirche verfault so wenig an ihrem reaktionären Geist wie das alte Preußen, ohne den Krieg und seine Folgen, an seinem Dreiklassenwahlrecht zugrunde gegangen wäre. Der Einfluß innerhalb der Kirche ist darum von erheblicher Wichtigkeit, auch für die Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratie darf im Interesse des Sozialismus eine Organisation wie die Kirche, die ihren Einfluß fast in jedes Haus trägt, nicht länger abseits von ihrem Wirkungskreis liegen lassen. Gehört doch der größte Teil der Mitglieder der Parteiorganisationen wie auch ihrer Wähler der Kirche an. Überall, wo eine Betätigung möglich ist, wo Wahlerfolge der Arbeitenden im Interesse der gesellschaftlichen Entwicklung liegen, weil sie die betreffenden Institutionen über ihre bisherige soziale Einstellung hinausheben können, ist die Wahlbeteiligung der Partei zu fordern, zu organisieren, durchzuführen. Bei den kirchlichen Wahlen könnten die sozialdemokratischen Stimmen die Loslösung des religiösen Lebens von allen alten Elementen bewirken, die dem sozialen Evangelium widersprechen. Denn wo Religion und freies Denken sich vereinen, ist der Grund zur Demokratisierung der Gesinnung gelegt, und nicht nur der Einrichtungen, wie man sie heute kennt. Solchen Menschen, vom Geist der Demokratie von dieser Seite her erfüllt, würde es sicher auch leichter sein der wirtschaftlichen Ausbeutung Herr zu werden. Was so rein persönlich scheint, wird ohne weiteres zum gemeinschaftsbildenden Faktor. Denn es liegt im Wesen des sozialen Evangeliums. Dieses macht frei und gebunden zugleich. Es befreit von dem Konservatismus der kirchlichen Dogmen und dem gesellschaftlichen Zwang. Es bindet aber zugleich in der Hingabe an die Gemeinschaft und an den Dienst für die Menschen.

Die Gleichgültigkeit der sozialistischen Arbeiter den kirchlichen Angelegenheiten gegenüber war bisher verständlich, wenn auch nicht richtig. Sie konnten der Hoffnung leben, daß mehr Einfluß im Staat auch entsprechende Wirkung in der Kirche mit sich bringe, oder daß die Beseitigung der staatlichen Anteilnahme die Kirche bedeutungslos machen werde. Die Entwick-

lung der Verhältnisse seit dem November 1918 zeigt uns jedoch, daß es bei dem heutigen Verhalten der Arbeiterschaft nicht nach dieser Richtung geht. Es wurde nur versucht den Staat in seinem geistigen und rechtlichen Einfluß auf die Kirche auszuschalten, und er wurde auch ausgeschaltet. Seine finanzielle Verpflichtung dagegen ist aber geblieben, ja noch größer geworden. Und bei diesem Stand der Dinge dürfte es wohl auch noch lange bleiben. Wir werden wohl eine staatsfreie Kirche, aber keinen kirchenfreien Staat haben. Die Kirche idealisiert bei jeder Gelegenheit jene Zeit, da der Landesfürst auch ihr Landesbischof war, sie preist den alten Obrigkeitsstaat, mit dem sie so eng verbunden war, und stärkt so den Einfluß der Reaktion. Die heutige Kirche will und kann auch nicht Boden für sich durch religiöses Vorwärtstreben bereiten, durch Erweckung religiöser Begeisterung für religiöse Ziele, in dem Gedanken des Gottesreichs auf Erden, aufgebaut auf der Allbruderschaft. Nein, sie verlangt im Grunde nach kirchlichen Untertanen, wie der alte Staat nach politischen. Sie will ein Geistesregime und ein sich dem willig unterordnendes Kirchenvolk. Der bisherige Erfolg dieses Herrschaftstrebens war aber nur dadurch möglich, daß man die obrigkeitstaatlich Interessierten in der Kirche völlig gewähren ließ. Das brachte es mit sich, daß die Kirche immer mehr ihren ursprünglichen Charakter einbüßte und eine Machtorganisation wurde, mit den Geistlichen als Herrschern. Diese Organisation macht nun heute einen neuen und heftigen Vorstoß den Platz ihrer heute Herrschenden zu befestigen und zu erweitern. Die Wahlbeschränkungen und Bekenntnisbindungen, wie sie die jetzt dem preußischen Landtag vorliegende Verfassung der altpreußischen Unionskirche vorsieht, sind die Mittel dazu. Würde diese Verfassung, in der von der Verfassunggebenden Kirchenversammlung vorgesehenen Gestalt, durch die Zustimmung des Landtags Gesetz, so hätte sich die kirchliche Reaktion auf lange Zeit die günstigste Position gesichert.

Wie überall so rächt sich auch im politischen Leben die Schuld, daß man das Notwendige ungetan gelassen hat. Bei der Beratung der Wahlgesetze für die Kirchenversammlung versuchte der Verfasser dieses Aufsatzes die damaligen Regierungsparteien, die Kleine Koalition, zu bestimmen diese Wahlgesetze so zu gestalten, daß sich die Verfassunggebende Kirchenversammlung auf der gleichen Grundlage aufbaue wie die politische Konstituante. Der Staatssekretär Troeltsch erklärte aber den wahltechnischen Unterschied für belanglos; es handle sich nur um »Schönheitsfehler«. Das Kirchenregiment erhielt demgemäß seine Wahlgesetze, und das Ergebnis war die Verfassunggebende Kirchenversammlung mit ihrer reaktionär orthodoxen Mehrheit. Die Gegner des religiösen Fortschritts und einer evangelischen Volkskirche hatten gesiegt. Sie verfügten in dem, seit Jahrzehnten wichtigsten kirchlichen Instrument über eine Zweidrittelmehrheit. Die Wahlen hatten unter fast völligem Ausschluß der Öffentlichkeit, also des Kirchenvolks, stattgefunden. Demokratische Urwahlen, bei Aufstellung der Wählerlisten nach den kirchlichen Steuerlisten, hätten sicher eine der kirchlichen Freiheit geneigte Mehrheit der kirchlichen Konstituante gebracht. Es war aber Selbsteintragung der Wähler vorgesehen. Dazu hatte die kirchliche Reaktion, zur Verstärkung der Vorteile dieser Wahlgesetze für sich, noch allerlei Wahlkniffe angewandt, die die Ausübung des Wahlrechts noch schwieriger machen. Das wurde ihr noch dadurch erleichtert, daß nur kirchengemeindliche Körperschaften wählen durften. Selbst von einem

Pfarrer, der allerdings kirchenpolitischer Opposition verdächtig war, wurde neben der Bescheinigung des Hauptpfarrers noch eine besondere Bestätigung gefordert, daß er einer Gemeinde der Landeskirche angehöre. So kam es, daß sich nur 10 % der Wahlberechtigten in die Wählerlisten eintragen ließen, und wenn die kirchliche Rechte von einer 80prozentigen Wahlbeteiligung bei den Wahlen spricht, so sind das eben acht Zehntel dieser 10 %, insgesamt haben also nur 8 % der Wähler gewählt. Das in der neuen Kirchenverfassung vorgesehene Wahlrecht für die Wahl der zukünftigen kirchlichen Verwaltungsorgane entspricht dem Geist, der die Zusammensetzung der kirchlichen Konstituante bestimmte. Es ist ein sogenanntes Siebssystem. Die Gemeinde wählt ihre Körperschaft, diese die Provinzialsynode, und die Generalsynode wird von der Provinzialsynode gewählt. Für die Gemeindewahlen gilt, nach Artikel 14 der Kirchenverfassung, das allgemeine und geheime Wahlrecht für alle 24 Jahre alten Gemeindeglieder, die Kirchensteuer zahlen und 3 Monate in der Gemeinde wohnen. Das Wahlrecht soll »im Sinn der evangelischen Kirche« ausgeübt werden, das heißt bei dem heutigen Stand der Dinge wohl im Rahmen der der Verfassung vorausgeschickten Präambel. Das in Artikel 19 vorgeschriebene Gelübde für Gemeindevertreter dürfte für Arbeiter, die glauben noch an der Kirche festhalten zu müssen, kein besonderes Hindernis für Annahme und Ausübung des Amtes sein. Trotzdem muß auch seine Beseitigung aus der Verfassung angestrebt werden, weil es undemokratisch wirkt und unevangelisch ist.

Die Vernachlässigung des Kampfes um kirchlichen Einfluß im ersten Stadium hat ihn jetzt für die Arbeiterklasse erheblich erschwert. Trotzdem muß er geführt werden, und zwar nach Lage der Sache zuerst unter entsprechender Ausnutzung des Einflusses im Parlament zur stärkern Demokratisierung des Wahlrechts in der Kirchenverfassung und unter späterer entsprechender Handhabung des Rechts der kirchlichen Instanzen zum Erlaß von Gesetzen und Verordnungen innerhalb dieser Instanzen. Für eine solche Stellungnahme im Parlament spricht auch, vom politischen Standpunkt gesehen, die Übertragung staatlicher Rechte an kirchliche Organe. Ferner die Ausübung bestimmter Obliegenheiten für die Kirche durch Staatsbehörden, wie sie der Entwurf für ein Staatsgesetz betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen vorsieht, der Ende November 1923 dem preußischen Landtag zugegangen ist. In dieser Vorlage ist auch wieder eine staatliche Mitwirkung bei der Erhebung der Kirchensteuer vorgesehen. Bei kirchlichen Disziplinarverfahren soll ebenfalls der Staat Rechtsbeihilfe leisten, kirchliche Behörden sollen staatliche Hoheitsrechte wie Eidabnahme usw. ausüben dürfen. Auch soll der Staat die Disziplinarurteile der kirchlichen Behörden vollstrecken. Dagegen ist die Beseitigung aller bisherigen staatlichen Rechte vorgesehen, soweit sie nicht mit Lasten verbunden sind. Kirchliche Angestellte behalten weiter den Charakter staatlicher Beamten, sie werden nicht auf Grund eines Privatvertrags angestellt sondern nach gesetzlichen Bestimmungen. Das Recht zum Ausstellen öffentlicher Urkunden durch die Kirchenorgane bleibt ebenfalls weiter bestehen. Das alles sind natürlich Rechte, die Körperschaften öffentlichen Rechts wohl vom Staat übertragen werden können. Weil diese Rechte aber von einem staatlichen Beleihungsakt abhängen, muß sie sich die Kirche durch besondere Pflichten dem Staat gegenüber erst sichern. Das sind in diesem Fall besondere Aufsichtsrechte des Staats, die durch den eigentümlichen Charakter dieser Körperschaft

öffentlichen Rechts bestimmt sein müssen. Denn es handelt sich hier nicht um Sachen, wie sonst fast allgemein bei solchen Körperschaften, sondern um eine Gemeinschaft mit der Aufgabe *Gesinnungen* zu pflegen, zu formen, zu aktivieren. In dem Beleihungsakt muß der Staat dafür sorgen, daß seine fundamentalen Interessen durch diese Körperschaft öffentlichen Recht also die evangelische Kirche, nicht durch die *politische* Haltung der Kirche durchkreuzt werden. Das Aufsichtsrecht des Staats besteht der Kirche gegenüber ohne weiteres und in weitestem Maß. Auch der König als Summus Episcopus übte es doch nur, weil ihm, nach Artikel 45 der alten preußischen Verfassung, die vollziehende Gewalt zustand. Ein weiterer Beweis für diese Auffassung ist auch die seit dem Erlaß zur Einführung der Generalsynodalordnung vom 20. Januar 1876 übliche Gegenzeichnung aller kirchlichen Verordnungen durch die Minister. Das Staatsgesetz betreffend die Kirchenverfassung vom 3. Juni 1876 redet ebenfalls nur vom Staat, nicht vom Recht des Königs.

Der Staat darf und kann nicht auf ein entsprechendes Aufsichtsrecht verzichten. Will er sich nicht aufgeben, kann er nicht fortgesetzt an seinen Grundlagen durch eine Organisation wie die Kirche rütteln lassen. Daher ist die Präambel, diese Bekenntnisvorschrift der Kirchenverfassung, für weite Kreise des Volkes stärkster Gewissenszwang. Denn sie lautet:

»Getreu dem Erbe der Väter steht die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen Preußens auf dem in der Heiligen Schrift gegebenen Evangelium von Jesus Christus, dem Sohne des lebendigen Gottes, dem für uns Gekreuzigten und Auf-erstandenen, dem Herrn der Kirche, und erkennt fortdauernde Geltung ihrer Bekenntnisse an; des Apostolischen und der anderen altkirchlichen, ferner der Augsburgerischen Konfession, der Apologie, der Schmalkaldischen Artikel und des Kleinen und des Großen Katechismus Luthers in den lutherischen Gemeinden, des Heidelberger Katechismus in den reformierten sowie der sonstigen Bekenntnisse, wo solche in Kraft stehen. Das in diesen Bekenntnissen bezeugte Evangelium ist die unantastbare Grundlage für die Lehre, Arbeit und Gemeinschaft der Kirche.«

Ist die Kirche, mit einem solchen Vorspruch in ihrer Verfassung, überhaupt noch die alte evangelisch-protestantische Kirche, zu der der Staat in dem bekannten Verhältnis stand? Bestimmte Kreise der Kirche bestreiten es, selbst hervorragende Theologen und Kirchenrechtler. Kann eine Neuformulierung des Bekenntnisses der Kirche Aufgabe einer Versammlung sein, die nur zur Regelung der Verfassungsfrage gewählt wurde? Bezeichnenderweise stellt die lutherische Kirche Hannovers im Artikel 1 ihrer Verfassung ausdrücklich fest, daß die »Lehre der Kirche« nicht Gegenstand der Verfassung ist. Für die Verfassung der altpreußischen Unionskirche war in nichtorthodoxen Kreisen stillschweigend wohl das gleiche angenommen worden. Nun sprach der Minister Boelitz bei der Einbringung des eben erwähnten Staatsgesetzes zu den Kirchenverfassungen allerdings davon, daß die Präambel keine lehrgesetzliche Bindung darstellen dürfe und könne. Aber solche Ministererklärungen bedeuten staatsrechtlich nicht allzuviel. Und jene kirchlichen Kreise, die trotz den 77 ablehnenden Stimmen ihre 126 nutzten, um der Verfassung diese so umstrittene Form zu geben, die selbst die Warnungen des Oberkirchenrats gegen diese Präambel in den Wind schlugen, werden auch weiter ihr Ziel verfolgen, ist die Präambel nur erst ein Teil der Verfassung geworden, die vom Staat gebilligt ist. Der Staat hat alle Ursache solchem Streben zu wehren. Schon allein aus schulpolitischen Gründen, zum Schutz der Religionslehrer. Der § 117 des Neuentwurfs der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung spricht schon wieder von dem.

Aufsichtsrecht der Kirche, trotz ihrem feierlichen Verzicht darauf. Natürlich soll es durch Pfarrer ausgeübt werden, deren religiöse Anschauung durch die Präambel bestimmt ist. Der Kirchenrat Ziemer, der Vorsitzende des großen schlesischen Bundes Haus und Schule, zeigt auch schon die rechtliche Anwendung der Präambel auf die Schule an. Er schreibt:

»Wir wollen eine evangelische Bekenntnisschule, die nicht nur diesen Namen trägt sondern in der Tat auch eine solche ist, mit einem auf dem biblischen Evangelium klar ruhenden Religionsunterricht. Diese Forderungen können und müssen jetzt gestellt werden, unter ausdrücklicher und nachdrücklicher Berufung darauf, daß diese wahrhaft evangelische Bekenntnisschule, und nur diese, dem Bekenntnisvorspruch der neuen Verfassung entspricht.«

Das rechtsstehende Kirchenblatt Licht und Leben fordert »Trennung der Ausbildung der Theologen von der Universität«. Die Fakultäten sind eben nicht präambelsicher. Der Reichsbote ruft nach Beseitigung der Generalsuperintendenten, die Vorspruch und Verfassung abgelehnt haben. Und der Führer der Gemeinschaften, der Pfarrer Michaelis, kündigt ganz deutlich eine große Reinigung der Kirche an. Die Männer in Synoden und Kirchenbehörden, auf den Lehrstühlen und in den Schulen, die der Präambel nicht in allem zustimmen, sollen beseitigt werden. Andere wieder wollen den Neuprotestantismus durch die Präambel in der Kirche ausrotten. Die weitere Folge wäre die Ausrottung alles keimenden neuen Lebens in der Kirche. Einen gewaltigen Rückschritt unseres religiösen Lebens stellt also diese Verfassung dar. Ein unerträglicher Gewissenszwang ist sie für alle wirklich Evangelischen und Protestanten. Der Verfassung müßte mindestens der weitestgehende geistige und rechtliche Schutz der Minderheiten eingefügt werden. Wie groß der Rückfall ist, merkt man, wenn man auf die Verhandlungen blickt, die die Generalsynode von 1846 über die Bekenntnisfrage geführt hat, und auf die der Marburger Kirchenrechtslehrer Bredt im 2. Band seines Kirchenrechts hinweist. Die Berufenen der evangelischen Kirche Preußens waren da versammelt. Aber man verzichtete in dem Entwurf eines neuen Ordinationsformulars auf die Empfängnis vom Heiligen Geist, die Jungfrauengeburt, die Höllenfahrt und die Auferstehung des Fleisches, was nun alles durch die Präambel in der Glaubenslehre der evangelischen Kirche der Union erneut gesichert werden soll. Die Orthodoxen wollen nicht das Evangelium sondern »die Bekenntnisse der Kirche«, wohl (unbewußt) wegen dessen sozialen Charakters. Nun soll sich die Sozialdemokratie im Parlament durchaus nicht in religiöse Kämpfe einlassen, um irgendwie die Bekenntnisformeln der Kirche vom Parteistandpunkt aus zu bestimmen. Was aber notwendig ist, ist der Schutz des Staates vor sinnwidrig ausgeübten Rechten der evangelischen Kirche als einer Körperschaft öffentlichen Rechts. Das muß vor allem auch durch eine Loslösung der Präambel von der eigentlichen Verfassung geschehen. Ein trennender Vorbehalt muß unter allen Umständen in die Verfassung eingefügt werden. Gegenüber den sonstigen Mängeln der Verfassung, wie sie im Wahlrecht vorhanden sind, im Fehlen jedes Minderheitsschutzes usw., wäre wohl eine Zurückverweisung an die Verfassungsgebende Kirchenversammlung das Zweckmäßigste, mit dem Ersuchen eine Verfassung zu schaffen, die den kirchlichen Kreisen so weit gerecht wird, daß sie, wie die Verfassungen der neuen Provinzen zumeist, mit fast an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit angenommen werden kann. Sollte die Kirchenbehörde sich dessen weigern, so wäre die Einberufung einer neuen kirchlichen Konstituante zu veranlassen. Deren Wahl aber müßte auf Grund eines Wahlrechts erfolgen, durch das der Einfluß des

Kirchenvolks in weitestem Umfang gesichert wäre. Diese Wahlen müßten dann die Arbeitenden in größter Zahl als Wähler sehen, wie das bei jeder sonstigen Kirchenwahl in der Zukunft als selbstverständlich erscheinen muß.

Es steht für das ganze öffentliche Leben mit der kirchlichen Verfassung viel auf dem Spiel. Den Problemen, die im Zusammenhang mit dieser Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse erwachsen, darf die Sozialdemokratie in Zukunft nicht mehr ausweichen. Ihre bisherige Art des liberalistischen Geschehenlassens auf diesem Gebiet genügt nicht mehr. Heute weniger als gestern. Um was es sich handelt, sagt auch der Breslauer Professor der Theologie Freiherr von Soden in seiner Schrift *Das Ende der evangelischen Staatskirche in Preußen* sehr treffend:

Es wäre politische Gesinnungslosigkeit sich hinter den Gedanken der modernen Toleranz zu verschanzen und sich so der Verantwortung für das religiöse Kulturgut unseres Volkes zu entschlagen. Der Staat möge sich nicht einmischen in kirchliche Auseinandersetzungen. Aber er möge klar erklären, ob er in der neu verfaßten Kirche die evangelische Volkskirche erkennt oder nicht. Er darf das Gut der gesamten Volkskirche nicht einem ihrer Teile ausliefern, er darf die Stellung, die bisher der parteilose Staat eingenommen hat, nicht einer Partei überlassen. Wir fordern nicht, daß er die Volkskirche erzwingt (das wäre ebenso ungesetzlich wie unfruchtbar), wohl aber, daß er dem Volke keine Mehrheitskirche aufzwingt, indem er staatskirchliche Privilegien einseitig überträgt ... Es handelt sich um politische Entscheidungen im ernstesten und höchsten Sinne des Wortes.«

Die Sozialdemokratie muß mithelfen diese politischen Entscheidungen im Sinn der religiösen Freiheit und der sozialen Erlösung herbeizuführen.

## ASSEN ZANKOW · BULGARIEN NACH DEM UMSTURZ

**B**ULGARIEN, durch den Weltkrieg, nach den Balkankriegen, vollends erschöpft und infolge seiner Niederlage mit allerlei Reparationen stark belastet, verfiel nach Beendigung des Krieges in äußerstes materielles und moralisches Elend. Das ist die Ursache aller Wirren und Zuckungen, denen das Land seit dem Herbst des verhängnisvollen Jahres 1918 ausgesetzt ist.

Die alten bürgerlichen Parteien, denen die Schuld an dem unglücklichen Abschluß der neuern Entwicklung in den 50 Jahren nach der Befreiung von der Türkenherrschaft zugeschrieben wurde, fielen beim Volk in Ungnade, und ihre Reihen lichteten sich beträchtlich. Diese Periode der neuern bulgarischen Geschichte stand nämlich im Zeichen eines starken nationalen Selbstgefühls, das dahin drängte die außerhalb des Königreichs liegenden Gebiete mit bulgarischer Bevölkerung, in Mazedonien und Thrazien, mit Bulgarien zu vereinigen. Der Ausgang der Ereignisse gab aber den jungen Linksparteien recht, die stets behauptet hatten, das an und für sich berechtigte Ideal der nationalen Einheit könne nicht eher in Erfüllung gehen, bis in Europa eine gesündere Ordnung wirklicher Demokratie und größerer Gerechtigkeit eingetreten sei; und dazu gehöre die Festigung des internationalen Friedens, der eine weitere Verhetzung der kleinen Balkanvölker durch die Großmächte unmöglich mache, während ein Krieg unter den obwaltenden Verhältnissen zu den bisherigen Ungerechtigkeiten noch neue hinzufügen werde. Zu diesen Linksparteien gehörten die Bauernpartei Stambolijskiji und die beiden sozialistischen Flügel, die Weitherzigen, die die traditionelle

Richtung des demokratischen Sozialismus noch bis heute konsequent einhalten, und die Engherzigen, die seit der Spaltung der alten Partei im Jahr 1903 nach und nach eine Rückwärtsschwenkung durchgemacht hatten, bis sie in eine bolschewistische Gruppe russischer Prägung verwandelt waren.

Die große Unwissenheit der Volksmassen und die elende wirtschaftliche Lage des Landes boten einen sehr günstigen Boden für die Demagogie der Bauernpartei und der Kommunisten, und die ersten Wahlen nach dem Krieg, die 1919 unter der Führung des sozialdemokratischen Innenministers Pastuchow unter voller Freiheit stattfanden, ergaben 203 630 Stimmen für die Bauernpartei, 119 395 für die Kommunisten, 84 185 für die Sozialdemokratie, 33 861 für die bürgerlichen Radikalen, während die alten bürgerlichen Parteien insgesamt wenig über 200 000 Stimmen erhielten. Damit war der Sieg der Linken besiegelt. Doch die Linke war über die einzuschlagende Politik nicht einig. In der Sozialdemokratie neigte ein kleiner Flügel, der später zu den Kommunisten überging, zu gemeinsamem Vorgehen mit diesen; unter seiner Einwirkung stellte die Partei das Programm auf, man solle einen Arbeitsblock mit Bauern, Kommunisten und Sozialisten bilden und die Regierung übernehmen. Die Kommunisten rechneten aber darauf mit Hilfe des siegreichen russischen Bolschewismus bald die Räterepublik in Bulgarien ausrufen zu können und wollten von einem Zusammenwirken mit anderen Gruppen nichts wissen. Die bürgerlich-sozialistisch-bäuerliche Übergangsregierung Theodor Todorows, die den Frieden angebahnt hatte, mußte nach den Wahlen abdanken, und der Bauernführer Stambolijskij übernahm, als Haupt der größten Partei des Landes, die Regierung. Die Bauernpartei und die Sozialdemokratie hatten eine knappe Mehrheit in der Sobranje, und der Gedanke einer Regierungskoalition aus den beiden lag nahe. Sie scheiterte an der Frage der Verteilung der Ministersitze. Nun bildete Stambolijskij eine Bauernregierung, zu der er 2 Vertreter der ziemlich weit rechts stehenden Volkspartei hinzuzog, um sich durch deren Unterstützung eine Mehrheit in der Kammer zu sichern. In der Bauernpartei gab es zwar noch immer einen starken Flügel, der auf der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie bestand; doch wurden die Beziehungen zwischen den beiden Parteien bald hoffnungslos schlecht.

Stambolijskij begann sofort eine Bauerndiktatur aufzurichten, indem er die Masse der Bauern für sich einzuspannen suchte, ohne ihr in Wirklichkeit wesentliche Vorteile zu bieten; seine engeren Parteigänger begünstigte er auf alle mögliche Art, während er die Interessen und Gefühle aller anderen Volksschichten: der Lohnarbeiter, der Intelligenz, der Beamten, des Handels und der Gewerbe, groß verletzte. Um einen Vorwand zur Maßregelung der Beamten und zur Unterdrückung der stärksten Verbände, der der Eisenbahner und Postangestellten, die unter sozialistischem Einfluß standen, zu gewinnen, provozierte die Regierung Ende 1919 einen allgemeinen Eisenbahn- und Poststreik, der volle 2 Monate dauerte und mit Gewalt niedergeschlagen wurde. Um sich seiner bürgerlichen Verbündeten zu entledigen und seine Macht im Parlament zu festigen, führte Stambolijskij 1920 den Wahlzwang ein. Damit wollte er der Regierung einen starken Zuwachs durch die Stimmen der unwissenden Wähler sichern. Neue Wahlen wurden ausgeschrieben. Zwar ergaben sie mit 349 212 Stimmen für die Bauernpartei, 184 616 für die Kommunisten, 55 552 für die Sozialdemokratie und 316 294 für die bürgerlichen Parteien noch keine Mehrheit für den Bauerndiktator.

Dank der Zerrissenheit der Opposition und zumal bei der wohlwollenden Neutralität der 50 Mann starken kommunistischen Fraktion konnte Stambolijskij aber das Präsidium der Kammer stellen, und durch dessen Gefügigkeit ließ er dann jeden Regierungsantrag für genehmigt erklären. So kam, nachdem ein paar oppositionelle Mandate kassiert waren, eine knappe Regierungsmajorität zustande. All dies beruhigte indes den Bauerndiktator noch nicht. Er erklärte offen, seine Partei werde zum mindesten 40 Jahre am Ruder bleiben. Und da die zu einem Block der Mitte zusammengeschweißten bürgerlichen Parteien (also mit Ausschluß der Nationalliberalen) durch ihre Wiedererstarkung seine Herrschaft bedrohten, sann er auf Mittel die Opposition zu vernichten. Er hob das Proportionalwahlsystem auf und stellte bis auf eine kleine Korrektur im Sinn der Proportionalität das alte Majoritätssystem wieder her. Dann löste er zum zweitenmal während seiner Regierung die Kammer auf und schrieb Neuwahlen aus, die am 22. April 1923 stattfanden. Mit Hilfe eines starken Wahlterrors gelang es ihm 557 459 Stimmen, das heißt wenig mehr als die Hälfte, etwa 54 % der Wähler, für sich zu gewinnen. Aber durch das geänderte Wahlsystem konnte er mit diesen Stimmen 220 von 247 Kammersitzen besetzen. Somit schien die Regierung gefestigt.

Das Regime Stambolijskij stellte in sozialer und politischer Hinsicht nichts anderes dar als einen gemäßigten Bolschewismus. Daher besaß es auch die unverhohlenen Sympathieen der Kommunisten, trotz den heftigen gegenseitigen Befehlungen, wie sie unter einander nahestehenden Nebenbuhlern häufig sind. Stambolijskij schränkte das Koalitionsrecht der Arbeiter und Beamten ein, ebenso die Preßfreiheit und das Recht zu freier politischer Betätigung, und unter seinem Regime wurde der Mord politischer Gegner zum System erhoben. Die wirtschaftlichen Reformen des Bauerndiktators gingen darauf hinaus das moderne Großkapital zugunsten rückständiger Formen des Kleinbetriebs zu liquidieren oder mindestens lahmzulegen. Mit der Erschütterung des Kapitalismus, den man nicht durch höhere Formen ersetzen konnte, verschlimmerte sich die wirtschaftliche Lage des Landes aber noch wesentlich. Auf diesem Boden gedieh die Korruption in Staat und Gesellschaft in vorher nie gekanntem Maß. Die Hauptreformen der Bauernregierung, auch wenn sie an sich vom sozialistischen Standpunkt nicht zu verwerfen waren, zerschellten in der Ausführung an der Korruption der Regierungsorgane und arteten vielfach in einen kaum versteckten Raub aus. So die Zerschlagung der größeren Privatdomänen und die Verteilung des enteigneten Bodens an die kleinen Landbebauer, der obligatorische Arbeitsdienst zu öffentlichen Zwecken, der in praxi meist zu einer sinnlosen Vergeudung der Arbeitskraft wurde; ebenso verwandelten sich die fast entschädigungslose Enteignung von Gebäuden zu öffentlichen Zwecken wie die Maßregeln zur Linderung der Wohnungsnot in den großen Städten durch Zwangseinquartierung der Notleidenden vielfach in skrupellose Erpressungsmittel. Die äußere Politik des Bauernführers verfolgte keine klare Richtung. Daß sie friedliebend war, besagt nichts, da kein Mensch in Bulgarien heute unsinnig genug ist irgendwelche kriegerischen Pläne zu hegen. Übrigens beging Stambolijskij den taktischen Fehler einen Versuch zur Verfolgung der in Bulgarien wohnenden mazedonischen Revolutionäre zu unternehmen (deren Programm es ist die an Griechenland, Serbien und Bulgarien abgetretenen Teile Mazedoniens zu einem autonomen Staat zu ver-

einigen), um der Belgrader Regierung weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen: Diese Verfolgung übersteigt aber die Kräfte jeder Regierung in Bulgarien, das über keine nennenswerte Kriegsmacht verfügt und andererseits über 300 000 Männer als Flüchtlinge aus Mazedonien beherbergt.

Die Politik des Bauerndiktators rief nun in allen Volksschichten, auch bei einem Teil der Bauern, den heftigsten Widerstand hervor. Am stärksten aber brach die Empörung bei der Intelligenz aus, gegen die Stambolijskij am heftigsten vorgegangen war. Eine legale Opposition war durch den Terror der Regierung unmöglich gemacht. So griff die Opposition zur Verschwörung. Unter dem Vorsitz des Universitätsprofessors Alexander Zankow, eines fortschrittlich gerichteten Volkswirtschaftslehrers, der keiner Partei angehörte, schloß sich eine kleine Gruppe Intellektueller unter dem Namen *Naroden Sgowor*, das heißt Volksgemeinschaft, zusammen. Sie stellte sich die Aufgabe alle Ordnungselemente zu vereinigen, um die Diktatur der Bauern und den Bolschewismus zu bekämpfen und das demokratische Regime wiederherzustellen. Diese Propagandagesellschaft schien bedeutungslos. Neben ihr stand aber der starke Verband der Reserveoffiziere, und es war ein offenes Geheimnis, daß diese Organisation sich mit dem Plan trug den Diktator gewaltsam zu stürzen. Beide Parteien, Stambolijskij auf der einen, die Offiziere auf der andern Seite, trafen hastig ihre Vorkehrungen zu einem letzten Schlag und suchten einander zuvorkommen. In der Nacht vom 8. zum 9. Juni 1923 wurden alle in Sofia weilenden Minister von den Rebellen in Haft genommen, und der König war gezwungen das Dekret zu unterzeichnen, durch das Stambolijskij abgesetzt, und eine neue Regierung unter Alexander Zankow ernannt wurde. Der Umsturz vollzog sich in völliger Ruhe und Ordnung. Nur hie und da in der Provinz leisteten die Bauerngarden, durch die Kommunisten unterstützt, Widerstand; dieser wurde aber rasch durch das Militär niedergezwungen, das überall zu der neuen Regierung übertrat. Längern Widerstand leistete mit einer kleinen Schar von Anhängern nur Stambolijskij selbst, der sich zu jener Zeit in seinem Heimatdorf Slawowitza aufhielt; dort hatte er sich in Erwartung der kommenden Dinge eine kleine, mit Maschinengewehren und Artillerie stark ausgerüstete Burg bauen lassen. Nachdem seine Schar zerstreut worden war, strich der Bauernführer, verkleidet, von den Seinigen verlassen, einige Tage umher, bis er gefangen genommen und, unter unaufgeklärten Umständen, vermutlich von Offizieren, aus Rache umgebracht wurde. Das gleiche Schicksal ereilte manchen der anderen Bauernführer.

Die neue Regierung unter der Leitung Alexander Zankows, der zugleich das Ministerium des Unterrichts übernahm, wurde aus 4 weiteren parteilosen Mitgliedern des *Naroden Sgowor* (darunter ein aktiver Offizier, der Kriegsminister General Wilkow und 2 frühere Offiziere, General Russew als Minister des Innern und Oberst Kalfow als Minister des Äußern) und 5 Vertretern der 5 Parteien, unter Ausschluß der Bauernpartei und der Kommunisten, gebildet. Die Sozialdemokratie war in der Regierung durch Dimo Kasassow als Verkehrsminister vertreten. 3 Monate später stellte die Sozialdemokratische Partei als Bedingung ihres weitem Verbleibens in der Regierung die Forderung, daß der Vertreter der Nationalliberalen, der den Posten des Justizministers innehatte, ausscheiden müsse; dadurch sollte nach außen zum Ausdruck gebracht werden, daß die Regierung sich nach links orientiere. Dieser Forderung wurde entsprochen.

Um das neue Kabinett zu festigen, mußte Alexander Zankow eine Stütze in einer sichern politischen Macht suchen. Unter den Umsturzleuten gab es solche, die die alten bürgerlichen Parteien für politisch unfähig erklären und eine neue Partei gründen wollten, deren Kern die Mitglieder der Offiziersliga bilden sollten. Doch der neue Ministerpräsident schlug einen andern Weg ein. Es gelang ihm nämlich, wenn auch nicht ohne Mühe, die 3 bürgerlichen Parteien, also die Demokraten, die Volkspartei und die Radikalen, mit seinem Sgowor zusammenzuschließen und auf diese Weise eine große bürgerliche Gesamtpartei mit Ausschluß der ausgesprochen reaktionären Nationalliberalen zu gründen, die den Namen Demokratitscheski Sgowor, also Demokratische Gemeinschaft, annahm und sich das Programm der Radikalen zu eigen machte. Die neue Partei erscheint immerhin heterogen genug; sind auch die alten Parteiführer zum Teil ausgeschaltet, an deren Namen sich die unerquicklichen Zwistigkeiten in den Parteien knüpfen, so entbehrt sie doch noch der innern Festigkeit.

Die Kommunisten hatten sich am 9. Juni fast überall sehr ruhig verhalten. Sie zogen sich deshalb Rügen von Sinowjew aus Moskau zu, der die bulgarische Partei, den bisherigen Liebling der sogenannten Dritten Internationale, öffentlich tadelte, weil sie es versäumt hatte auf der Seite der Bauernpartei zu kämpfen, um Nutzen aus den Wirren zu ziehen. Dies soll bei den Kommunisten den Wunsch wachgerufen haben sich zu rehabilitieren. Handelte es sich doch um Sein oder Nichtsein des Kommunismus in Bulgarien, der nur durch die reichen Subsidiengelder aus Moskau großgezogen war. Es kam nun der Regierung zur Kenntnis, daß die Kommunisten für die 2. Septemberhälfte einen bewaffneten Aufstand planten. Um dieser Aktion vorzukommen, ließ sie die Kommunistenführer im ganzen Land schon am 12. September verhaften. Bald danach brachen auch tatsächlich in verschiedenen Teilen des Landes kommunistische Aufstände aus, bis am 22. September ganz Nordwestbulgarien, also gerade die an Serbien angrenzenden Gegenden, von dem Aufruhr ergriffen waren. Die Kommunisten trieben mit Lüge und Terror große Massen in die Bewegung, die Anhänger Stambolijskijs schlossen sich ihnen überall an; sie verfügten zum Teil über Gewehre und Munition, die sie aus Rußland erhalten hatten, waren aber im allgemeinen schlecht bewaffnet und noch schlechter diszipliniert. Es entspannen sich nun blutige Kämpfe mit dem Militär, das vielfach durch Freiwillige unterstützt wurde. Hunderte wurden hingerichtet, die Räterepubliken, die man ausgerufen hatte, brachen innerhalb weniger Tage zusammen, die Hauptführer aber, vor allem die Parteivorsitzenden Wassil Kolarow und Georgij Dimitrow, konnten rechtzeitig über die Grenze entkommen.

Bei jedem Krieg pflegen die Streitenden einander zu beschuldigen Greueln verübt zu haben. Wie überall, besonders in Bürgerkriegen, ging es auch diesmal nicht ohne verdammenswerte Ausschreitungen ab, und wenn das Schuldkonto der Kommunisten dabei weniger belastet erscheint, so nur deshalb, weil ihr rascher Zusammenbruch ihnen nicht Zeit ließ ihr Mütchen an den Gegnern zu kühlen. Während der ganzen Dauer des bald latenten bald offenen Bürgerkriegs, der in den letzten Jahren in Bulgarien wütet, hat sich die Sozialdemokratie stets bemüht die Leidenschaften zu dämpfen und der Versöhnlichkeit Tür und Tor zu öffnen. Durch ihre Beteiligung an der Regierung vermochte sie auch diesmal das Äußerste abzuwenden. Das hindert ihre Gegner nicht ihr die Mitschuld an den Ereignissen zuzuschreiben.

Nachdem der Aufstand niedergeschlagen war, konnte die Regierung endlich darangehen Kammerwahlen auszuschreiben. Diese fanden am 18. November 1923 statt. Den sozialistischen Vorschlag auf dem Weg der Verordnung das von Stambolijskij verschlechterte Wahlsystem abzuschaffen und die Proportionalwahl in der frühern Form wiederherzustellen lehnte die Regierung aus wahlstrategischen Gründen ab. So war die Sozialdemokratische Partei gezwungen, um den ihr gebührenden parlamentarischen Einfluß zu erlangen, mit der Demokratischen Gemeinschaft ein Wahlbündnis abzuschließen, nach dem ihr in den gemeinsamen Listen der Regierungskoalition 37 Kandidaten eingeräumt wurden; davon fielen ihr bei den Wahlen 29 Sitze auch tatsächlich zu. Kommunisten und Bauernpartei gingen bei den Wahlen überall gemeinsam vor. In einigen Listen wurden Kandidaten aus beiden Parteien aufgestellt; in anderen Fällen verzichteten die Kommunisten auf die Aufstellung eigener Listen und stimmten, wenn sie nicht überhaupt ungültige Wahlzettel abgaben, für die Kandidaten der Bauernpartei. Die Wahlen ergaben mit 638 675 Stimmen und 202 Mandaten eine Mehrheit von über 61 % für die Regierungskoalition; die verbündeten Bauernpartei und Kommunisten erhielten 217 607 Stimmen und 40 Mandate (31 für die Bauernpartei, 9 für die Kommunisten), neben 78 720 ungültigen Stimmzetteln, und die Nationalliberalen 136 507 Stimmen und 7 Mandate.

Der politische Kurs, der in Bulgarien am 9. Juni 1923 seinen Anfang nahm, ist als eine Anstrengung des bessern Teils der bulgarischen Intelligenz zu bezeichnen die aufgewühlten Kräfte des Volkes zusammenzufassen und zu organisieren, um das Land, unter Ausschaltung der Elemente der Anarchie, auf dem Weg über eine demokratische Regierung aus seiner unheilvollen Lage zu retten. Die bulgarische Sozialdemokratie glaubte im Bewußtsein ihrer Pflicht Kulturträgerin zu sein diesen Bestrebungen ihre Mitarbeit nicht verweigern zu dürfen. Durch die von ihr erlassene Amnestie für die meisten politischen Vergehen gedenkt die Regierung den Heilungsprozeß zu beschleunigen. Andererseits löste das Treiben der Kommunisten eine solche Erbitterung aus, daß die Regierung ein Ausnahmegesetz gegen sie einbrachte, das gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen wurde.

Bulgarien, durch die Kontrolle der Sieger im Weltkrieg in seiner Entwicklung stark gehemmt, hat noch manche harte Prüfungen zu erwarten. Wir hoffen jedoch, daß das Land nunmehr besseren Zuständen entgegenght.

## WILHELM WOLTER · WANDERARBEITSHEIME



**Z**EITEN schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis haben noch stets ein Absinken weiter Volkskreise in Not und Elend zur Folge gehabt, und wenn auch viele sich später mit steigender Konjunktur wieder aufzurichten verstanden, so blieben dennoch nicht wenige zurück, die, einmal aus dem Produktionsprozeß geworfen, mangels persönlicher Tatkraft oder infolge erblicher Veranlagung nicht den Weg in geordnete Verhältnisse zurückfanden, sondern als Ausgestoßene, Verachtete am Rande der Gesellschaft ein kümmerliches Dasein fristeten, stets gehetzt und in Sorge vor der Staatsgewalt. Werden ihnen noch jene zugesellt, die aus Liebe zur Natur und aus Neigung zum ungebundenen Leben sich auf die Wanderschaft begeben hatten und sich nicht rechtzeitig daraus zu lösen vermochten und nun unrettbar verbum-

melten, dann haben wir etwa den Kreis all derer umfaßt, die heute die Landstraßen bevölkern. Die ihnen innewohnende Gefahr war immer groß, zahlreich waren die Versuche karitativer und öffentlicher Körperschaften sie zu bannen. Solche Bemühungen stellen die durch den Pastor Bodelschwingh gegründeten Arbeiterkolonien dar sowie die Wanderarbeitsstätten in Württemberg.<sup>1</sup> Aber beide sind der Aufgabe nicht gewachsen, die letzten schon darum nicht, weil der tägliche Wechsel der Arbeits- und Heimstätte das unstäte Leben ihrer Besucher fast noch begünstigt, jedenfalls nicht den geringsten erzieherischen Einfluß auf sie gestattet, obwohl gerade dieser von ausschlaggebender Bedeutung für ihre Wiederaufrichtung ist. Es galt deshalb über sie hinaus neue Wege zu suchen.

Einen solchen hat die Provinz Brandenburg seit 20 Jahren mit Erfolg beschritten. Für sie war die Notwendigkeit besonders dringend, liegt doch in ihrer Mitte, politisch nicht zu ihr gehörig, der Wasserkopf Groß Berlin, der leicht erklärlich viele haltlose Elemente an sich zieht respektive wieder abstößt, die nun auf der Landstraße liegen. Die Provinzialverwaltung entschloß sich über ihre gesetzliche Pflicht hinaus der Lösung dieses Problems ihre besondere Fürsorge zu widmen und ging zur Errichtung eigener Wanderarbeitsheime über. Sie lehnen sich zwar in manchen Punkten an die Bodelschwinghschen Anstalten an, vermeiden jedoch ihre oft engherzigen Methoden, die dem Unabhängigkeitssinn der Wanderer zu sehr widersprachen, widersprechen mußten. Der Reihe nach entstanden die Wanderarbeitsheime zu Strausberg /1904/, Landsberg /1905/, jetzt eingeschränkt, Wilhelmsthal /1912/, Treuenbrietzen /1913/, Kyritz /1914/, Prenzlau /1919/ und Zühlsdorf /1921/. Daß sie einem Bedürfnis der Wandernden entsprachen und sich auch einer großen Beliebtheit erfreuen, erhellt neben ungeschminkten Äußerungen der Besucher selbst wohl am besten aus ihren Belegzahlen. Sie zählten täglich im Durchschnitt des Jahres 1913 675, Ende 1920 874, Ende 1921 978 und Ende 1922 1051 Insassen bei 1120 verfügbaren Plätzen. Insgesamt wurden im Jahr 1922 3184, im Jahr 1923 bereits 3988 freiwillig sich meldende Personen aufgenommen. Parallel mit dieser Zunahme und offenbar durch sie mit bedingt, ging eine starke Abnahme in den Arbeitshäusern aller Art einher, so daß 1914 das zu Landsberg an der Warthe, 1919 das zu Prenzlau und das letzte in Strausberg am 1. Oktober 1922 geschlossen werden konnte. Ein hochehrfreuliches Ergebnis.

Die Gewährung weitgehender Selbstverwaltung und Bewegungsfreiheit, die Förderung gegenseitigen Vertrauens sind erprobte Leitsätze der Heime. Das prägt sich schon in ihrer Anlage aus. Soweit sie neu erbaut sind, fehlen abschließende Umfassungsmauern. Sie erwecken so auch äußerlich in keiner Weise den Eindruck einer Zwangsanstalt. Noch klarer spiegelt die vor einem Jahr erlassene Hausordnung den in den Anstalten herrschenden Geist wider, deren wichtigste Bestimmungen darum folgen mögen:

»§ 1. Aufnahme findet, soweit Platz vorhanden ist, jeder freiwillig kommende obdachlose arbeitswillige und arbeitsfähige Wanderer ohne Unterschied des Berufes und des Alters, der sich verpflichtet 3 Monate zu bleiben. Bei wiederholter Aufnahme kann eine längere Aufenthaltsdauer festgesetzt werden, auch können die Heimer freiwillig länger bleiben. Betrunkene und kranke Personen sowie solche, die in anderen gleichartigen Anstalten sich schlecht geführt haben, können von der Aufnahme ausgeschlossen werden . . . Jeder Abgehende, namentlich wer aus triftigen Gründen das Heim zu verlassen wünscht, hat dies unter Innehaltung der

1) Siehe *Mottulat Wandererfürsorge*, in den Sozialistischen Monatsheften 1923 Seite 99 ff.

Kündigungsfrist zu melden . . . Die Absicht eine angebotene offene Arbeitsstelle zu übernehmen gilt in der Regel als triftiger Grund. § 2: Das Heim gewährt den Wanderern Unterkunft und Verpflegung, leistet oder vermittelt ihnen in Krankheitsfällen ärztliche Versorgung, schreibt ihnen Arbeitsbelohnungen gut, die bei ordnungsmäßigem Abgang ausgezahlt werden und sucht den Abgehenden Arbeitsstellen nachzuweisen. Zur Ergänzung und Neuanschaffung von Kleidungsstücken und Wäsche bietet jedes Heim durch Verleihung und Verkauf Gelegenheit. Die Höhe der Arbeitsbelohnungen richtet sich nach Leistung und Aufenthaltsdauer des Wanderers . . . Wer geeignete Stellenangebote wiederholt grundlos ausschlägt, kann entlassen werden . . . § 5: Wer beim Ausgang sich betrinkt, bettelt oder sich irgendwie strafbar macht, wer betrunken vom Ausgang zurückkehrt, wer heimlich Schnaps oder andere geistige Getränke mit hereinbringt . . . , wer die Ordnung der Anstalt und die Ruhe ihrer Bewohner mutwillig stört, kann sofort entlassen werden . . . § 7: In der arbeitsfreien Zeit hat jeder Heimer uneingeschränkter Ein- und Ausgang; bei Torerschluß muß jeder in der Anstalt sein, der nicht besonders Urlaub hat . . . § 10: Das Tabakrauchen ist während der Arbeitszeit nicht gestattet . . . , in den Tagesräumen in arbeitsfreien Stunden nur dann nicht, wenn sie ausdrücklich für Nichtraucher bestimmt sind.«

Mannigfache Bildungs- und Unterhaltungsmöglichkeiten sind geschaffen, um den Heimern den Übergang zum geregelten Leben zu erleichtern. Bibliotheken (die leider infolge der hohen Bücherpreise nicht auf der Höhe sein können) stehen zur freien Benutzung da. Jedes Heim besitzt einen eigenen Lichtbildapparat. Die Geselligkeit wird gepflegt in Gesangsvereinen, Hauskapellen, Theaternvereinen. Auch für körperliche Betätigung ist durch Spiele, Spielplätze, Kegelbahnen tunlichst gesorgt. An den Veranstaltungen nehmen meist die Anstaltsbeamten mit ihren Familien teil.

Die Insassen der Wanderarbeitsheime kommen aus allen Bevölkerungsschichten. Alle Altersstufen vom 17jährigen Arbeitsburschen bis zum 70jährigen Greis sind vertreten. Erschütternde Bilder menschlichen Schicksals und Elends entrollen die jährlichen Verwaltungsberichte des Provinzialausschusses an den Brandenburgischen Provinziallandtag. Der langjährige Umgang mit ihnen hat jedenfalls mit der früher allgemein verbreiteten Meinung endgültig aufgeräumt, als ob diese Kunden, Landstreicher, Speckjäger usw. von Haus aus allesamt Verbrecher seien. Wenn der Bericht für 1921, den der Leiter der Wanderfürsorge, der Pfarrer Troschke, erstattet hat, beispielsweise aus Prenzlau anführt, daß von 503 Zugängen 238 zum 1. Mal, 116 zum 2. Mal, 76 zum 3. Mal, 38 zum 4. Mal, 8 zum 5. Mal, 10 zum 6. Mal, 6 zum 7. Mal und 11 noch öfter aufgenommen wurden, so fährt er dann fort: »Daraus geht hervor, daß ein Teil der Heimer als Dauergäste der Anstalten leben. Diese Tatsache ist kein Dokument des Mißerfolges der Heime, sondern die Aufdeckung eines sozialen Notstandes, an dem die Gesetzgebung bisher leider vorübergegangen ist. Längst haben die Praktiker der Wandererfürsorge, ebenso die Psychiater, die sich mit dem Landstreichertum beschäftigten, auch die Brandenburgischen Provinzialärzte, die 1907 die Insassen der Korrigendenanstalten untersuchten, darauf hingewiesen, daß ein nicht geringer Teil dieser Personen als nervenkrank und schwachsinnig, "psychopathisch" anzusehen ist. Unfähig sich den Weg durchs Leben mit eigener Kraft zu bahnen, stark von Trieben beherrscht, könnten sie "große Kinder" genannt werden . . . In ihrer asozialen Wesensart fassen sie nirgends festen Fuß, geraten mit Menschen und Gesetzen leicht in Konflikt, finden sich selbständig schwer in irgendwelcher Ordnung zurecht, auch nicht in der der Erwerbslosenfürsorge, erliegen leicht der Versuchung zum Bettel- und Alkoholgenuß, der sie besonders schädigt, werden die eigentlichen Bazillenträger der Landstreicherei, geraten in Krankenhäuser und Irrenanstalten, in Arbeitshaus, Gefängnis und Zuchthaus und — entpuppen sich unter der Anstaltsleitung in der Regel als willige, ruhige und brauchbare Arbeitskräfte. Auf sich selbst angewiesen, fallen sie der Öffentlichkeit zur Last, in der Anstaltspflege füllen sie ihren Platz aus und haben in einem gewissen unruhigen Wandertrieb nur den Wunsch von Zeit zu Zeit die Anstalt zu wechseln.«

Unter diesen Umständen hängt der dauernde Erfolg wesentlich von der Zuweisung passender Beschäftigung an die Heimer ab. Ihre Gesamtarbeitsleistung ist nicht gering. Im ganzen wurden 1921 in allen Heimen 246 641 und 1923 rund 287 000 Arbeitstage gezählt (bei 294 000 respektive 351 500 Verpflegungstagen). Die Jahresberichte stellen fest, daß die alten Leute wohl nie eine Arbeit verweigern, dagegen mehrfach die jungen, die auch bei Gelegenheit mit den entliehenen Anstaltssachen zu entweichen suchen. Die Grundlage eines jeden Heimes bleibt die mit ihm verbundene Land- und Forstwirtschaft, in der daher die meisten, vor allem die ungelerten Kräfte, beschäftigt werden. Sie führen oft sehr umfangreiche Arbeiten aus; so ist die Anstalt Treuenbrietzen völlig auf ehemaligem Öd- und Unland entstanden. Darüber hinaus wurden viele gewerbliche Hausbetriebe eingerichtet, die Schneider, Schuhmacher, Schlosser, Klempner, Besen- und Bürstenbinder, Korbflechter, Buchbinder, Tischler, Sattler, Stellmacher, Maler, Maurer, Zimmerer, Glaser und andere mehr einstellen. Neben ihrem erzieherischen Zweck vermindern sie fühlbar die Ausgaben, nicht nur dieser Heime sondern auch anderer Provinzialanstalten, für die sie Aufträge ausführen, oder wohin Arbeitskolonnen entsandt werden. Mit Vorsicht werden gelegentlich geeignete Kräfte in die Bureaus genommen, wobei Fehlschläge allerdings nicht zu vermeiden sind. Sehr beliebt sind bei den Pfleglingen die sogenannten Kommissionsarbeiten, das heißt die zeitliche Abgabe zuverlässiger Wanderer an Landwirte und gewerbliche Arbeitgeber in der Nachbarschaft, weil hierbei besondere Einkünfte abfallen. Sie werden indes nur im Einvernehmen mit den Fachverbänden und dem Arbeitsnachweis und unter Vereinbarung eines genügenden Entgelts übernommen.

Die Mitarbeit der Gewerkschaften und sonstigen Arbeitervereine, der nichts im Weg steht, läßt alles zu wünschen übrig. In einigen Heimen werden die Veranstaltungen von Verbänden in benachbarten Orten bekanntgemacht, ihr Besuch freigestellt. Das kann aber nicht genügen. Haben die Gewerkschaften auch unmittelbar keinen nennenswerten Mitgliederzuwachs zu erwarten, so müßten doch die zuständigen Ortskartelle sich der Pflicht ihrer Mitarbeit in der Wohlfahrtspflege bewußt bleiben und freudig mithelfen. Wenn sie belehrende und gewerkschaftliche Vorträge in den Anstalten halten ließen, kämen deren Insassen der sozialen Umwelt, in die sie doch wieder eingefügt werden sollen, rechtzeitig vor ihrem Abgang viel näher. Zwanglose Aussprachen als Arbeitsbruder zu seinesgleichen durch die Arbeiterabstinenzvereine könnten manchen dem Trunk Ergebenen retten, der sonst mißtrauisch und verbissen den wohlmeinenden Rat der gesellschaftlich andersstehenden Anstaltsärzte und Geistlichen ablehnt. Die Vermittlung tariflich bezahlter Arbeitsstellen durch die Gewerkschaften, insbesondere durch den Landarbeiterverband, würde viele Fehlschläge verhüten, denn es hängt naturgemäß nichts weniger als alles davon ab, daß der erste Arbeitsversuch gelingt und befriedigt. Weil aber bisher auch die bescheidensten Ansätze dazu fehlen, kann es nicht verwundern, daß heute noch die Geistlichen und religiösen Vereine das Feld unumschränkt beherrschen. Hier klafft eine Lücke, deren Schließung dringend notwendig ist.

Der schlimmste Feind der Wanderer bleibt der Alkohol. Ein erheblicher Teil ist erst durch ihn verkommen. Seine Bekämpfung steht darum obenan. Allgemeinverständliche Vorträge, gegebenenfalls ergänzt durch Lichtbilder,

fördern das Werk. Auch das Vorbild der Beamten und Angestellten ist nicht zu unterschätzen. Völlig auszurotten ist diese Seuche aber nicht, da die Neuaufgenommenen sie immer wieder hereinschleppen. Wiederholt waren sehr traurige Vorfälle zu beklagen, zum Beispiel in Treuenbrietzen, wo ein Wanderer sich heimlich in die 3 Kilometer entfernte Stadt begab und sich dort derart betrank, daß er in der Nacht sinnlos berauscht am Weg liegen blieb und am Morgen sterbend aufgefunden wurde.

Dennoch geht es voran. Sind die Wanderer durch gutes und reichliches Essen gekräftigt, durch sorgfältige Behandlung seitens der Anstaltsärzte gesundheitlich gefördert und allmählich an geregelte Arbeit und Lebensweise gewöhnt, dann kommt die Hauptaufgabe für die Verwaltung: sie dem Erwerbsleben sowie ihren Familien wiederzugeben. Hierbei mußte sich erweisen, ob die Anstalten die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllten oder nicht. Der Erfolg spricht für sie. Nach dem Bericht für 1921 gingen 557 Wanderer in Stellung, das sind 21,6 % aller Abgänge:

»Unter den ferneren mit vorschrittmäßiger Kündigung abgegangenen Wanderern ist bestimmt noch eine beträchtliche Zahl enthalten, die eine Arbeitsstelle annehmen, wenn sie dies dem Heim auch nicht mitteilen. Viele haben offenbar den Wunsch beim Verlassen der Anstalt die Spuren hinter sich zu verwischen, um bei Eintritt in eine Arbeitsstelle ihre neue Umgebung über den Aufenthalt im Heim in Unkenntnis zu lassen.«

Warum dennoch den Arbeitsheimen die ihnen etwa 2½ Jahre lang von der staatlichen Erwerbslosenfürsorge gewährte Beihilfe seit Januar 1923 entzogen worden ist, bleibt unverständlich, vor allem, wenn man mit dem Jahresbericht des Provinzialausschusses für 1923 annimmt, daß von jenen nahezu 4000 Wanderern draußen jeder täglich etwa 2 Goldmark, alle zusammen im Jahr also etwa 2½ Millionen Goldmark ohne Gegenleistung erbettelt hätte, während sie jetzt wirtschaftlich nützliche Arbeit verrichten.

Sehr erschwert wird in letzter Zeit die Arbeitsvermittlung dadurch, daß die Bestände an Kleidungsstücken und Schuhwerk aufgebraucht sind, aus denen sonst die Abgehenden aus ihrer Arbeitsbelohnung sich gegen Zahlung von etwa einem Drittel des Sachwerts das Nötige erwerben konnten. Die Ergänzung scheitert an den enorm gestiegenen Preisen für Textilwaren und Leder, und manche Arbeit konnte darum schon nicht angetreten werden.

Die Kosten für den Unterhalt der Heime werden immer höher. An der Aufbringung der Mittel droht diese segensreiche freiwillige Fürsorge zu scheitern. Wenn auch, wie schon ausgeführt, die sachlichen Ausgaben auf ein Mindestmaß herabgedrückt sind, die Landwirtschaften gute Überschüsse abwerfen, und die Urbarmachung der Ödländereien hohe Dauerwerte schafft, verbleiben dennoch große Fehlbeträge. Es wurden Zuschüsse von der Provinz geleistet: 1914 229 600 Mark, 1918 300 500, 1921 4 973 200, 1922 (nach dem durch die Geldentwertung längst überholten Voranschlag) 6 875 200 Mark. Die Ausgaben für das Jahr 1923 sind noch nicht ganz zu übersehen, doch werden sie (in Gold umgerechnet) erheblich gestiegen sein, da die Wirtschaftskrise ständig mehr Hilfeheischende in die Heime trieb. Und das bei gesunkener Steuerkraft der Provinz. Denn hier muß billig berücksichtigt werden, daß das Ausscheiden der Berliner Vororte prozentual einen noch stärkern Steuerausfall bedeutete, als es im Sinken der Einwohnerzahl zum Ausdruck kam. Auf die Dauer vermag also die Restprovinz dieses soziale Hilfswerk allein nicht zu tragen.

Was ist zu tun? Die Frage steht so: Wen entlasten die Heime in erster Linie? Die Antwort: Außer Groß Berlin besonders die Landkreise. Diese waren sonst von fahrendem Volk überlaufen, die hohe Summen ohne Gegenleistung erfochten, und auf deren Konto zahlreiche Diebstähle, Verbrehen, Feuersbrünste zu setzen waren. Mit der Errichtung der Heime wurden die märkischen Landstraßen leerer, und heute kann jeder bettelnde Landstreicher mit Fug und Recht abgewiesen und an das nächste Heim verwiesen werden. Deshalb erscheint der Wunsch nicht unbillig, daß das wirtschaftlich noch gesunde platte Land, das vorzugsweise den Nutzen zieht, freiwillig mehr zu den Kosten beitragen möge. Darüber hinaus erwächst dem Staat die Pflicht, neben der Gewährung von Sonderzuschüssen, die Gründung gleicher Anstalten in den übrigen Landesteilen zu fördern und so mittelbar durch den Abstrom vieler Landstreicher die Provinz Brandenburg zu entlasten. Dann wäre dieser lebenskräftige, Zweig der öffentlichen Wohlfahrtspflege dauernd gesichert zum Wohl der Bedrängten und nicht zuletzt der Gesellschaft selbst.

## MAX HOCHDORF · RÜCKKEHR ZU ZOLA



LS Emile Zola ganz jung war und in der hohen Mansarde des Pantheonviertels hauste, war er keineswegs seiner Unsterblichkeit gewiß. Er tat anständig bei Hachette seinen Dienst eines Buchhandlungsgehilfen. Er bemühte sich nebenbei in Winkelblättchen einige Skizzen abzusetzen. Aber er wollte durchaus ein ordentlicher Handwerker der Feder sein, der vollkommen dem Publikum gab, was das Publikum verlangte. Diese Einstellung, die von großer oder grober Ästhetik befreit ist, dieses ganz selbstverständliche Hineinwandern in die Fronarbeit des Tagesschriftstellers charakterisiert ihn. Er machte keinen beträchtlichen Unterschied zwischen dem Zeitungsartikel und dem Buch. Alles Schreiben erforderte für ihn Gründlichkeit und Methode.

So fehlt, betrachtet man es äußerlich, diesem Leben des Genies eigentlich der pompöse Schwung. Aber der Schwung kam bei Zola aus anderen Quellen: aus seiner Vierschrötigkeit und seinem Autodidaktentum, aus seiner moralischen Vorurteilslosigkeit. Er war weder Freund noch Feind der Natur oder der Wahrheit oder der Lüge oder des Militarismus oder der katholischen Kirche. Er war von Anfang an ein Beobachter mit ungeheuer offenen Sinnen. Er hatte eine Zeitlang vom Pantheonquartier zu irgendwelcher Brotstelle täglich einen Weg von mehr als einer Stunde zurückzulegen. Ein anderer wäre schlecht gelaunt gewesen über die allmorgendliche Ermüdung. Ein anderer hätte, wenn ihm die Gabe der Dichtung gegeben gewesen wäre, ein lyrisches Klagelied angestimmt, geladen mit Menschenverachtung und Revolution. Zola benutzte die Zeit, indem er jeden Morgen, den er bei den Pariser Markthallen vorbeimußte, die Nüstern neugierig aufspannte und die Augen aufriß. Er sog Duft und Dunst der Hallen in sich; er spähte ganz ruhig, beinahe wie Gott selber, dem jede Schöpfung wohlgefällt, auf die Obstkörbe und die Fleischhaufen und die Marktweiber und die Metzgerhände. Sein Gedächtnis bewahrte sorgfältig alles das auf, und später beschrieb er dann den Bauch von Paris.

Diese Tätigkeit des Aufspeicherns für das Gedächtnis ist Trieb, der nachher durch Vernunft geleitet und berechnet wird. Zola wird der großartigste Dokumentensammler der Weltliteratur; kein Träumer, kein Lyriker, kein

Phantast sondern ein Organisator all dieses Lebens. Er entdeckt rein durch den Willen es zu entdecken jede Art von Wirklichkeit, süße und schlechte, holde und höllische, die Welt der Säufer, die Welt der Kirche und der, Besessenen, die Welt der Prostituierten. Die Hunderttausende von Blättern, auf denen er alles notierte, zeugen von diesem Fleiß, der niemals nachließ.

Und doch, es ist ein Unsinn alles Verdienst nur dieser Emsigkeit zuzuschreiben. Zola entdeckte nur die Welt, die er in sich verbarg. Er war gar kein Naturalist. Ein Naturalist ist nicht so reich, auch nicht so lyrisch und voreingenommen für das Bunte, auch nicht imstande einen Blumengarten oder auch nur einen Begattungsakt zwischen Tieren so darzustellen wie Zola es getan hat. Naturalisten waren die Brüder Goncourt, die Zola vorausgingen, ehe sie seine Freunde und Zeitgenossen wurden. Aber mit Zola wurde die ganze Schule, die das Leben "im Blut" durch bloßes Studieren erfassen wollte, schon geschlossen und sogar schon ad absurdum geführt. Der ganze Stammbaum der Rougons, auf den Zola selbst so stolz ist, war eine ungeheure Phantasterei. Gewiß, er beruft sich für seine Art die Menschengenerationen zu betrachten zwar auf einen sehr gewissenhaften Mechaniker des Biologischen und seine Lehre des Verfalls oder Aufstiegs. Doch er reimte sich nachträglich erst auf dem Konzeptpapier zusammen, was schon in der reinsten Ahnung und Anschauung feststand. Gott sah auch erst, nachdem er seine Schöpfung beendet hatte, daß sie gut sei.

Wenn wir nach dem  $A + B$  der letzten Literatur, das heißt nach dem Formelhaften des Expressionismus, der nur das geballte Wort duldet und jeder Art von langsam tastender Analyse abhold ist, heute zu Zola zurückkehren, so tun wir es mit Genugtuung. Zola ist nämlich ein Dichter, der mit freien Sinnen lebte und nichts anerkannte, was nur zum Abstrakten ausläuft. Er war stärker als seine Theorie und hat Welten erschaut, die nur den saftigsten Naturen erschlossen werden. Er war der große Organisator der Phantasie. Die geistige Artung und Arbeit, die dazu gehören, daß die Einbildungskraft nicht zufällig ausschweift sondern im Bett einer geordneten Tätigkeit bleibt, ist sehr schwierig. Es muß das trockene Wirklichkeitsmaterial gesammelt werden. Das tat Zola mit übermenschlicher Geduld. Es muß das Gesammelte nun im freien Spiel durcheinandergeschüttelt werden. Das besorgte Zola als ein Inspirierter.

Er hat große moralische Fragen gestellt. Sein Herz, dem Volk entstammend, ging hin zum Volk. Daß er die Tragödie des Säufers schrieb und die Tragödie der Prostitution und die Tragikomödie des religiösen Aberglaubens und die feierliche Rhapsodie auf die mütterliche Fruchtbarkeit und die schaurige Niederlage der Arbeiter im Widerstand gegen das Kapital: all diese Beteiligung am sozialen Leben war ein Hang, der ganz aus dem Tiefsten kam. Das Thema suchte er nicht, er suchte die Lösung der Fragen, er suchte die Religion und die sittliche Weltordnung. Und er war trotzdem kein Volkswirt, auch nicht einmal ein Laienprediger. Er war nur das gesteigerte Gewissen. Eine solche moralische Geradheit und Durchschnittsnatur bewahren und trotzdem die glühendste Malerei für den Fund des Sachlichen, das die Moral stützt, zu beherrschen, das war Kraft eines großen Genies. Man vergleiche Balzac und Zola. Balzac, den ersten Naturalisten, Zola, den vollkommensten Naturalisten, wofern Naturalismus eben nicht gleichbedeutend ist mit der sterilen Nachahmung der Natur,

Balzac treibt eine ungeheure Selbstverrätere. Aus den Romanen Balzacs läßt sich seine Biographie schreiben, die die Biographie eines emphatischen Träumers ist. Die Riesennaturen der Balzac'schen Heiligen und Schurken sind nur hundertfache Spiegelungen vom geheimen Triebleben ihres Verfassers. Balzac ist ein größerer Bekenner als Rousseau. Bei Zola ist dagegen alles Objektivität und Aufopferung geworden. Man dürfte nicht viele Stücke bei ihm finden, die in sein subjektives Gefühl hineinschauen lassen, es sei denn, daß die allgemeine Gerechtigkeit und Unerschütterlichkeit als geheimster Grundzug seines Wesens anerkannt werden muß. Begabt mit seltenen Eigenschaften, mischte er sich auch in die Dinge des öffentlichen Lebens. Die Stellung, die er im Dreyfusprozeß einnahm, war nicht die Stellung eines ehrgeizigen Politikers, nicht einmal die Haltung eines bloßen Rechtsfreundes. Einfach ausgehend von seinem Sinn für das nach allen Seiten mit Helligkeit zu Würdige, mischte er sich in den Streit und klagte an, was ihm verkommen schien. Er suchte nicht das äußere Recht sondern die letzte Gerechtigkeit. Er klagte nicht an wie ein Staatsanwalt sondern wie der Mann, der vor den Millionen der einfachen Menschen als erster stand. Er besaß die schärfsten Augen und teilte eben die Fäulnis mit, die er als erster erblickt hatte. So blieb auch seinen politischen Manifesten das Pathos fern. Er verhielt sich noch als praktischer Politiker wie der Schilderer und Maler. Ja, der Vergleich mit dem Malerischen, das allein seine Moralauffassung bestimmte, hat noch tiefern Sinn. Zola zeichnet ganz ruhig die Erfahrungen auf, die ihm im Verkehr mit seinen malenden Freunden aufgefallen sind. Und er ahnt kaum, daß seine Notizblätter die Paragraphen für die neue Richtung der bildenden Kunst liefern werden.

Der Verlag Kurt Wolff, der den eigentlichen Instinkt für das Neue hat, bringt die gesammelten Werke Zolas in neuen Verdeutschungen heraus. Er hat da eine gute Tat unternommen. Denn zu viele der Zolaschen Bücher waren in die Hände schäbiger Leute geraten, die das Genie mit Schmutzfinken zusammenbrachten. Daß wir in Deutschland diesen Riesen der Arbeit, diesen Ekstatiker des Wortes, diesen Apostel der moralischen Demokratie gründlicher kennen lernen, das ist zu erwarten. Alle, die ihn in Deutschland nachahmten, trafen nur etwas Formales, etwas Geistiges selten. Und so entgingen auch manche der jetzigen Verdeutscher nicht der Gefahr an Stelle des unendlich lebendigen Zolaworts ein altbackenes Literaturwort zu setzen. Es ist aber eine Sünde Schilderungen von dantesker Großartigkeit mit den Ausdrucksmitteln des Zeitungsfeuilletons zu verdolmetschen. Kann man so die einzelnen Bände dieser Ausgabe (deren äußere Erscheinung die bekannte Sorgfalt und den Sinn dieses Verlags für sachliche Schönheit zeigt) nicht uneingeschränkt loben, so desto mehr das Unternehmen selber, das schon rüstig fortgeschritten ist, und von dem wir wünschen, daß es bald vollendet sei. Denn Zola fehlte uns in dem Deutschland der letzten beiden Jahrzehnte sehr. Und jetzt, gerade jetzt, war seine Wiederkehr notwendig: für Europa überhaupt, insbesondere aber für Deutschland.

Die Rückkehr zu Zola ist kein Zurück. Sie ist ein Voran zu den neuen Aufgaben, die die neue Zeit, diese Zeit fruchtbarsten Werdens, uns stellt. Denn das Gebot der Dinge werden wir nur erfüllen, wenn wir es lernen wahr zu sein um der Wahrheit willen.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialistische Bewegung / Wally Zepler

Lenin † Am 21. Januar starb in Gorkij im Gouvernement Mohilew Wladimir Uljanow, genannt Lenin, der Begründer des russischen Bolschewismus, in seinem 54. Lebensjahr, nach schwerer Krankheit, die ihn schon lange der öffentlichen Tätigkeit ferngehalten hatte. Mit seltener, aber hier nur zu begrifflicher Einhelligkeit haben die deutschen Zeitungen von der äußersten Rechten bis zur sogenannten Linken den Toten gefeiert, als sei er einer der Großen der Menschheit gewesen. In der Tat wird niemand bestreiten können, daß sein Dasein einen gewaltigen Einfluß auf die Intellektuellen aller Länder ausgeübt hat. Nur charakterisiert diese Tatsache nicht sowohl Lenin als eben die Intellektuellen. Demjenigen, der die geschichtliche Bedeutung eines Politikers erkennen will, darf nur eins bestimmend sein: das was er geschaffen hat. Wobei sich freilich die politische Leistung nicht immer in der unmittelbaren Gegenwart zu erweisen braucht; vielmehr besteht sie in der Schöpfung einer in die Ferne wirkenden machtvollen Idee, die, bei den ersten Versuchen der Verwirklichung nach außen unterliegend, ihre geschichtsbildende Kraft dennoch in einem spätern Werden offenbart, die späteren Generationen in ihren Bann zwingend. Das gerade ist hier nicht der Fall. Denn Lenin, so früh er auch starb, hat doch sein "Werk" bereits um einige Jahre überlebt. Dieses Werk hatte niemals einen in die Zukunft weisenden Zug. Es war aus Einzelheiten einer überwundenen Vergangenheit zusammengesetzt. Die sogenannte Oktoberrevolution des Jahres 1917 war daher im wahrsten Sinn des Worts eine Konterrevolution, die alle Keime des Neuen in Rußland vorerst erdrückte. Wie Lenins Denken, das sich in seinen theoretisch dürftigen Schriften offenbarte, keine einzige Idee erzeugen konnte, so auch sein Tun keine einzige Tat. Gewiß, er selbst und die Personen, denen im Herbst 1917 die äußere Macht in Rußland zufiel, haben sie bis jetzt behaupten können; aber nicht aus eigener Stärke oder gar etwa aus der Stärke der Mission, die sie trug, sondern aus der Kraftlosigkeit des russischen Volks, das an seiner Wiederaufrichtung durch äußere Faktoren gehindert wurde: vor-

nehmlich durch die englische Politik, die 5 Jahre hindurch die wichtigste, wenn auch verborgene Stütze der bolschewistischen Herrschaft war. Den deutschen Intellektuellen genügt es freilich, daß einzelne Personen irgendwo an der Spitze stehen, um sie als "Giganten" zu feiern. Dem Sozialisten, der von der Schaffensidee durchdrungen ist, wird aber das Faktum dieses persönlichen "Erfolgs" der Bolschewisten nicht die Tatsache verdunkeln, daß der Bolschewismus im schöpferischen Sinn nie gelebt hat; daß er daher, wie er der Zaunkönig der russischen Revolution war, an deren Vorbereitung und Durchführung er keinen Anteil hatte, so auch für die Gestaltung der Zukunft nichts mehr bedeutet und kein inneres Dasein fortzuführen hat, wenn ihm einmal das äußere genommen sein wird.

Welches ist das Werk, das heute für Lenin zeugt? Ein politisch machtloses, von seiner nördlichen Meeresverbindung abgeschnittenes Rußland. Lenins erste Tat, der Brester Friede, überlieferte das Russische Reich dem Zerfall. Im Gegensatz zu Kerenskij, dem Führer der wirklichen Revolution, der vom März 1917, zeigte sich Lenin hier nicht nur als Feind des Sozialismus sondern, was in höherem Sinn daraus folgt, auch als Feind der nationalen Idee. Er hinterließ ein Land, das trotz seinem gewaltigen innern Reichtum Jahre des furchtbarsten Elends, einer in Europa beispiellosen Hungersnot durchlebt hat und auch jetzt ganz unfähig ist die notwendigsten Unterhaltungsmittel für das eigene Volk hervorzubringen. Ein Land, dessen Produktionsquellen verstopft sind, in dem jeder Versuch zur Neubelebung seiner Wirtschaft mißlingen muß, solange es sich nicht der bolschewistischen Parasiten entledigt hat. Der russische Bolschewismus hat den Namen des Kommunismus usurpiert. Aber er wußte damit so wenig etwas anzufangen wie mit der gleichfalls usurpierten Herrschaft über das Russische Reich, die er dadurch erlangt hatte, daß er die Friedenssehnsucht des russischen Volkes in skrupelloser Weise ausnutzte, das eigene Land verriet, dem wahrhaften Sozialisten Kerenskij in den Rücken fiel, den demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, der den Weltkrieg beenden sollte, sabotierte, statt dessen den Brester Zerstückelungsvertrag abschloß, der dann der Vorläufer des Friedens von Versailles und der

darauf folgenden furchtbaren 5 Nachkriegsjahre wurde. Wie der Bolschewismus das russische Volk, so hat er auch den russischen Sozialismus und damit auch den Weltsozialismus verraten. Er hat sich als schlimmster Feind des Kommunismus erwiesen, in dessen Namen er zu agieren vorgab. Er hat die Tschernowsche Agrarreform im Werden vernichtet und dafür im russischen Dorf Raubinstinkte wachgerufen, die das Beste des russischen Wesens, die Menschlichkeit, verwüsteten. Und für die russische Stadt ist das Endergebnis ein primitiver Kapitalismus, der, unfähig zur Produktion, nur durch "Geschäfte" Land und Volk bis zum letzten Grund ausraubt. Dies alles ist mit Mitteln geschehen, von einer ScheuBlichkeit, wie sie ein menschliches Gehirn vor dem Weltkrieg, aber auch während seines Verlaufs, sich nicht ausdenken konnte, wie sie Sozialisten jedenfalls stets undenkbar waren. Gewiß, eine große Idee erfordert Opfer. Aber es heißt das Andenken der Großen französischen Revolution entweihen, wenn man sie in einem Atem mit der bolschewistischen Schreckensherrschaft nennt. Dort rangen große Menschheitsideen um ihre Verwirklichung, ein neues Europa nahm von Frankreich seinen Ausgang. Hier aber sind die Mittel des Terrors zu den denkbar schlimmsten Zwecken in Anspruch genommen worden: nämlich, um das Alte noch einmal über das Neue triumphieren zu lassen. Und daher hat der Bolschewismus seine vernichtende Wirkung gerade auf das Menschlichste im Menschen ausgeübt. Er hat das ursprünglich Gemeinschaftsbildende, die Brüderlichkeit, zerstört, an seine Stelle einen überreifen Egoismus gesetzt, dem alles erlaubt ist, weil er an nichts glaubt als an die äußere Gewalt. Aber ist denn Lenin an alledem schuld? Nein, sicherlich nicht. So groß war er nicht, daß er ein solches System der Zerstörung von sich aus hätte bewirken können. Hier wirkten sich andere Mächte aus, die ihn selber, wie schließlich auch alle anderen kleinen Geister des Bolschewismus, nur schoben. Aber es war trotzdem sein Geist, der da zum Ausdruck kam, der Geist, den er nicht geschaffen hatte, der ihn aber beherrschte. Nichts verfehlter, als wenn man jetzt nach Art der Zarenglorifizierung, die immer bestrebt war den Zaren als guten Menschen, als unschuldig an alle den Greueln des Tschins hinzustellen, nun Lenin etwa von der Verantwortung für das vergossene kostbare, unersetzliche Blut entlasten wollte. Nein, gerade in

seinem engen Geist lebte jene Mißachtung des Menschenlebens, jene mechanische Bewertung des Menschentums, die aus einem Volk eine Experimentiermass machen konnte, und die letzten Endes aus einem ungeheuren Vakuum herrührte. Die sinnlose systematische Abschachtung von Menschen und Menschengruppen sind alle auf Lenins Billigung, ja, auf Lenins Geheiß erfolgt. Und es zeugt nur von moralischer Korruption, wenn man im bolschewistischen und im Intellektuellenlager andere als die Hauptschuldigen vorschleiben will, womöglich dabei noch Rasseinstinkte streichelnd, die man offiziell verachtet. Als die Revolutionärin Dora Kaplan in Lenins Person die russische Gegenrevolution treffen wollte, wurden als Rache für dieses Attentat mehrere Tausend Sozialisten in allen Städten Rußlands niedergemacht. Nachher ließ man dann Lenin sagen, um seinetwillen hätte man niemanden zu töten brauchen. Nachher. Doch die Person Lenins zu analysieren braucht jetzt nicht unsere Sache zu sein. Wohl aber soll hier in dieser Rundschau, die der sozialistischen Bewegung gewidmet ist, noch einmal festgestellt werden, daß das, was die Intellektuellen in seinem Werk sehen, eben den Kommunismus, in ihm gerade *nicht* enthalten ist. Nur eine vollkommene Unwissenheit konnte diese Meinung aufkommen lassen. Der Mehrzahl derjenigen, die sich als Lenins Anhänger in allen Ländern aufwerfen und über ihn schreiben, war bis zum Jahr 1918 die Idee des Kommunismus, war sogar das Kommunistische Manifest unbekannt geblieben. Jetzt, auch in der Verzerrung dieser Idee durch Leninsche Gedankendürre, erschütterte sie die Gewalt der Marxschen Prophetie. Aber gerade in diesem substanzlosen Schematismus, der sämtliche Leninschen Schriften charakterisiert, dokumentiert sich die Beschränktheit der Geister, die ihm folgen, und die das Wesentliche stets in der Form, nicht in dem Gehalt der Dinge suchen und so dazu kommen können den Kommunismus, die Verkörperung höchster Menschengemeinschaft, in sein Gegenteil: Ertötung alles Menschlichen, Unterdrückung der Freiheit und Selbstverantwortung, umzubiegen. Über Lenins Lebens- und Entwicklungsgang sei noch folgendes gesagt: Er war der Sohn eines Volksschuldirektors in Simbirsk. Seine Mutter war tatarischer Abkunft. Wie seine Geschwister soll auch er ein hervorragender Gymnasialschüler gewesen sein. Sein älterer Bru-

der Alexander, der sich als Student an der Verschwörung gegen Alexander III. beteiligt hatte, wurde hingerichtet. (Dieses Ereignis, dessen Zeuge er war, hat auf den jungen Alexander Kerenskij den tiefsten Eindruck gemacht, vielleicht sein Leben bestimmt.) Auch Wladimir ging in seinen Studentenjahren in das Lager der Revolutionäre. Er wurde sehr bald relegiert und ausgewiesen. In Petersburg, in den neunziger Jahren, trat er in die Sozialdemokratie ein, in deren Auftrag er in der Schweiz, zusammen mit Axelrod, Sassulitsch und Plechanow eine sozialistische Zeitschrift gründete. 1895 traf ihn nach seiner Rückkehr nach Rußland die Verbannung nach Sibirien für 3 Jahre. Nach deren Ablauf gab er im Verein mit Plechanow und Axelrod die Iskra heraus, die die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands vorbereitete. Ende 1904 spaltete sich die junge Partei offen in Menschewiki und Bolschewiki, das heißt in Minderheit und Mehrheit. Als Führer der Mehrheit gab Lenin nun eigene Organe: den Wperjod und dann den Proletarij, heraus. In der Revolution von 1905 weilte Lenin in Rußland. 1907 mußte er das Land wieder verlassen. Bis zur Revolution von 1917 lebte er als Schriftsteller im Ausland. Seine Fahrt nach Rußland 1917 im plombierten Wagen der deutschen Obersten Heeresleitung (die ganz richtig kalkulierte, daß sie mit der Unterstützung Lenins den Zerfall der russischen Streitkräfte beschleunigen werde) ist bekannt. Diese Tat, die damals den deutschen Interessen zu dienen schien, ist es, die Lenin die unverlöschlichen Sympathien in ganz Deutschland eintrug. Auch bei den deutschen Sozialisten war es nicht der Sozialismus, nicht die Revolution, die sie zu Verehrern Lenins machte. Es war diese obscure Quelle eines Nationalismus, den sie weit von sich weisen möchten, und der dennoch ihre Schwäche beherrscht. Deutschland ist schwer genug für jene Tat bestraft worden. Doch erst eine spätere Zeit wird diesen innern Zusammenhang erkennen.

**England:** Nachdem die englischen  
**Ministerium** Parlamentswahlen eine sehr  
**MacDonald** erhebliche Schwächung der  
Konservativen gebracht hatten und das Kabinett Baldwin am 21. Januar mit 328 gegen 256 Stimmen gestürzt worden war, entstand die Frage, welche Partei oder Koalition nun die Regierung übernehmen sollte. Da die Liberalen es ablehnten mit den Konservativen zusammenzuwirken,

und ebenso eine Regierungskoalition mit der Labour Party zu bilden, dieser dagegen für ein Arbeiterministerium wohlwollende Neutralität zusagten, fiel die Bildung des Kabinetts der Arbeiterpartei zu. James Ramsay MacDonald wurde Premierminister. Schneller als man erwartet hatte, war damit seine Voraussage auf dem letzten Kongreß der Partei zur Wahrheit geworden, daß sie binnen kurzem die ausschlaggebende politische Macht in Großbritannien darstellen werde. Die staunenswerte rasche Erhöhung des politischen Einflusses, die die letzten Jahre der Arbeiterschaft in England eintrugen, erreicht mit der Bildung einer Arbeiterregierung einen gewissen Abschluß.

Ist nun die 1. Phase der Entwicklung der Labour Party mit der Übernahme der Regierung durch sie abgeschlossen, so wird die 2. die für den Sozialismus gleich wichtige und interessante Frage zu beantworten haben: Welche Erfolge kann eine sozialistische Minderheitsregierung erzielen? MacDonald hat alle überspannten Erwartungen nach dieser Richtung von vornherein durch seine offiziellen Äußerungen auf ein bescheidenes Maß zurückgeführt. Auch nicht in einem einzigen Punkt hat er revolutionäre Maßregeln auch nur angekündigt. Selbst der Berichtstatter des Vorwärts wies am 22. Januar darauf hin, daß die Labour Party niemals gegen die Traditionen der englischen Politik regieren könnte, um so weniger, als sie eine Minderheitsregierung ist. Ja, sie werde vermutlich auch das Flottenbauprogramm der Regierung Baldwin übernehmen müssen, einmal, weil es der Arbeitslosigkeit im Schiffsbaugewerbe steuern (!) solle, dann aber auch, weil es den Interessen Englands entspricht eine starke Flotte zu besitzen und mit ihr den englischen Kolonialbesitz, diese unentbehrliche Wohlfahrtsquelle des Mutterlands, vor jeder Überraschung gesichert zu wissen. (Gegenüber der Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Flottenfrage immerhin ein interessantes Zugeständnis, es sei denn, daß ihre Englandbegeisterung so weit geht in England das in der Ordnung zu finden, was für Deutschland immer "prinzipienwidrig" war.) Auch der neue Kolonialminister J. H. Thomas, der frühere Eisenbahnerführer, betonte auf einem Bankett der Australischen Gesellschaft in London, daß die bürgerlichen Parteien keine Ursache zur Beunruhigung hätten, da die Liebe zum Britischen Reich, der Dienst und die Pflicht zum Reich nicht die

Sache oder das Monopol einer bestimmten Klasse oder eines bestimmten Bekenntnisses« sei. Als eine positive Tat der neuen Arbeiterregierung kann man die offizielle Anerkennung der bolschewistischen Machthaber als Herrscher Rußlands ansehen. De facto hat auch sie keinerlei Änderung in den politischen Beziehungen der beiden Länder mit sich gebracht. Die britische Praxis hat ohnehin, wenn auch unter offizieller Gegnerschaft, den Bolschewismus stets gefördert, ja ihm in entscheidenden weltpolitischen Situationen das Leben gerettet; entsprach es doch den politischen Interessen des britischen Imperiums die Macht eines starken Russischen Reichs im Nahen Orient durch Stützung der Spaltungskräfte des Bolschewismus möglichst lange lahmzulegen.

Diese grundsätzlichen Bemerkungen zur englischen Arbeiterregierung sollen selbstverständlich nichts gegen diese oder gegen den Führer des neuen englischen Kabinetts und seine sozialistischen Mitarbeiter besagen, die im Gegenteil unserer vollsten Sympathie sicher sind. Ist MacDonald selbst doch Jahrzehnte hindurch Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte, also Anhänger eines schöpferischen Reformismus, gewesen, und er wird diese seine Ideen jetzt sicherlich auch in der Regierung des Britischen Reichs betätigen: freilich in den Grenzen, die die realen wirtschaftlichen Machtverhältnisse ziehen. Eine sozialistische Minderheitsregierung kann sich genau so wenig über diese hinwegsetzen, will sie nicht Gefahr laufen gestürzt zu werden, wie die sozialistischen Mitglieder eines Koalitionskabinetts.

Neben MacDonald und Thomas ist von bekannteren Sozialisten im neuen Kabinett Arthur Ponsonby zu nennen, der als Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen fungiert, ferner Margaret Bondfield, die Unterstaatssekretärin im Arbeitsministerium geworden ist.

**Frankreich:** Vom 30. Januar bis zum 3. Februar tagte in Marseille der Parteitag der Sozialistischen Partei. Seine Debatten drehten sich in erster Linie um die Frage, wie sich die Partei bei den bevorstehenden Kammerwahlen verhalten, ob sie Wahlbündnisse mit der bürgerlichen Linken oder mit der von der Kommunistischen Partei abgesplitterten Sozialistisch-Kommunistischen Vereinigung abschließen solle. Man beschloß Einigungsverhandlungen mit ihnen erst nach den Wahlen vorzunehmen. Den Bericht über

die Wahltaktikvorlage gab Compère-Morel. Er war der Meinung, man dürfe Wahlbündnisse nur so weit eingehen, wie sie den Sozialisten die volle Freiheit lassen ihre Anschauungen zum Ausdruck zu bringen. Grumbach führte aus, auf die Wahltaktik komme es nicht an. Von Wichtigkeit könne nur das Problem sein, was zu geschehen habe, wenn die Wahlen eine sozialistische respektive radikale Mehrheit ergäben. Nach seiner Ansicht habe die Partei dann die Pflicht auch in der Kammer oder auch in einem Ministerium mit der Linken zusammenzugehen. Varenne trat ebenfalls für einen Block der Linken in allen seinen Konsequenzen, auch einem Koalitionsministerium, ein. Die Mehrheit des Kongresses hatte aber Léon Blum für sich, der ganz bestimmte Grenzen für jedes Zusammenwirken mit den Bürgerlichen gezogen wissen will. Wahlbündnisse dürfe man nur da eingehen, wo man sicher sei, daß sie die absolute Mehrheit für die Linke brächten. Auch dürfe sich die Partei nicht scheuen gleich der englischen Labour Party die Verantwortung selbst einer Minderheitsregierung zu übernehmen. Aber vor einer Koalition mit einem bürgerlich-republikanischen Ministerium sei zu warnen. In wirklich folgerichtiger und umfassender Weise behandelt Georges Dumoulin das Problem. Stets nach Perioden der Reaktion sei das Proletariat dahin getrieben worden Bündnisse mit der bürgerlichen Linken abzuschließen. Einschränkungen könne es in diesem Punkt nicht geben. Die Arbeiterklasse kümmere sich nicht um die schönen Doktrinen. Pflicht der sozialistischen Partei sei es jede Verantwortung zu übernehmen, die die Verhältnisse, die Arbeit für das Proletariat ihr auferlegen könnten.

Die Mehrheit des Parteitags stand solcher zielklaren Politik noch fern. Wie überall in den sozialistischen Parteien treibt die Notwendigkeit der Dinge wohl dazu dem Radikalismus abzusagen; doch meinen die Genossen ihren einstigen Glauben immer noch durch eine reservatio mentalis retten zu können. So wurde schließlich eine lange Resolution angenommen, die die Voraussetzungen der Wahlbündnisse umschreibt. Nur Gegner des Nationalismus, Klerikalismus und Imperialismus seien zu unterstützen. Die Kommunisten sollen aufgefordert werden mit den Sozialisten zu gehen, niemals aber könne man ein Bündnis mit ihnen allein schließen, da sie die Zerstörung der Arbeiterorganisationen anstrebten. In der Frage der Koalition

in Parlament und Ministerium werde man nach den auf nationalen und internationalen Kongressen festgestellten Prinzipien handeln.

An dem Marseiller Parteitag nahmen 260 Delegierte teil, die 78 Federationen vertraten. Es wurde berichtet, daß die Partei jetzt 50 000 Mitglieder zähle, während die Kommunisten, die nach Tours 130 000 Mitglieder hatten, auf 30 000 zurückgegangen seien.

#### Italien

Am 20. Januar hielt Filippo Turati im Teatro Scribe in Turin einen Vortrag über den gegenwärtigen Stand der Vereinigten Sozialistischen Partei Italiens, der dann im Druck erschien (Il Partito Socialista Unitario nell' attuale momento politico /Mailand, Sezione Socialista Unitaria Milanese/). Es wird da in kurzen Zügen die augenblickliche Lage und Stellungnahme der italienischen Genossen gekennzeichnet. Vor allem tritt darin die scharfe Kampfstellung der Partei gegenüber dem Fascismus hervor. Der Fascismus ist für die italienischen Genossen in jeder Hinsicht der Feind, seine Herrschaft bedeutet Unterdrückung aller politischen Freiheit, unter seinem Regime erwartet Turati keinen Aufstieg der Arbeiterbewegung mehr. Und zwar brauche er nicht einmal Anwendung offener Gewalt, um etwa bei den Wahlen seinen Kandidaten die unbedingte Mehrheit zu sichern. Es genüge dazu der geistige Druck, den seine Beamten in jedem kleinsten Ort auf alle Beteiligten üben. Nach anderen Berichten gehen die Fascisten freilich auch gröber, mit körperlicher Gewalt, vor. Mussolini soll ausdrücklich erklärt haben, daß die Fascisten vor keinem Totschlag zurückscheuen würden, wenn es das Interesse des Vaterlandes, das heißt also wohl des Fascismus, erfordere. Aber können sich Sozialisten darüber beklagen, die Jahre hindurch die russischen Bolschewisten als (wenn auch irrende) Gesinnungsgenossen anerkannt haben und heute den toten Lenin heiligsprechen? Sicherlich besteht die von den Sozialisten gegebene Charakterisierung der innenpolitischen Methoden des Fascismus zu Recht (wenngleich dadurch dessen eigentliches Wesen, sein Ideengehalt nicht getroffen wird), und es dürfte stimmen, daß die in kurzem zu wählende Kammer tatsächlich nicht aus erwählten sondern aus von der Regierung ernannten Mitgliedern bestehen werde. Aber die Schuld daran, daß es in Italien zu so weitgehender politischer Freiheits-

beschränkung gekommen ist, dürften in der Hauptsache die italienischen Parteigenossen selbst tragen. Ihre ziellose Politik, auf die in dieser Rundschau des öftern hingewiesen wurde, mußte die Partei ihrer politischen Macht berauben, wie sie wohl auch das Motiv für die Hinwendung Mussolinis zur fascistischen Diktatur bildete. Turati bespricht in seiner Rede auch das Problem der Koalitionen innerhalb und außerhalb der Partei. Er will Koalitionen nur für ganz bestimmte Zwecke, nicht aber allgemein als politischen Wahlblock gelten lassen; das frühere Proportionalwahlgesetz habe solche Wahlblocks überdies unnötig erscheinen lassen. Für die Partei selbst erhofft er eine Wiedervereinigung mit den sogenannten Maximalisten, die nicht wie die Kommunisten, in verschiedenen Punkten prinzipiell von den Sozialisten getrennt seien, sondern nur zwischen den beiden Zweigen des Sozialismus, der Sozialdemokratie und dem Kommunismus, umherschwanke. Die Maximalisten haben indessen Turati bereits die Antwort auf seine Mahnung zur Einheit gegeben, indem sie auf einer Besprechung in Mailand beschlossen mit eigenen Listen und eigenem Programm in den Wahlkampf zu gehen, nachdem sie vorher den von den anderen nicht akzeptierten Vorschlag gemacht hatten sich gemeinsam mit Sozialisten und Kommunisten von der Wahlbeteiligung zu enthalten. Auch die Kommunisten wollen natürlich eigene Kandidaten aufstellen. Das heißt also, die verschiedenen Arbeiterparteien halten unentwegt an ihrem alten Zersplitterungsprinzip fest, und es werden noch härtere Schläge sie treffen müssen, ehe sie zur Besinnung über ihr politisches Handeln kommen.

Die sozialistischen Doktrinen, die Turati am Schluß seiner Rede entwickelt, sind im wesentlichen die eines vernünftigen Reformismus. Er lehnt das Recht der Gewalt in der Politik nicht grundsätzlich ab, sagt aber richtig, daß die Gewaltanwendung an sich dem höchsten und letzten Sinn des Sozialismus: der reinen Menschlichkeit, widerstrebe. Bei der Besprechung der außenpolitischen Probleme tritt bei ihm der gleiche Zug hervor, der beinahe als Merkzeichen des in- und ausländischen Sozialismus gelten kann; der Mangel einer tatsächlichen Zielsetzung. Auch er kommt über den Glauben an das Kommen eines wahren Völkerbundes, der der Menschheit dauernden Frieden bringen werde, nicht hinaus. Dieser Glaube an die Macht einer formalen Institution sollte bei marxisti-

schen Sozialisten, die stets auf die Substanz zu sehen haben, unmöglich sein. Er ist jedenfalls nicht geeignet eine fruchtbare Außenpolitik zu begründen.

**Thüringen** Bei den Wahlen zum thüringischen Landesparlament, die am 11. Februar stattfanden, erlitt die Vereinigte Sozialdemokratische Partei eine recht schwere Niederlage. Die Wahlbeteiligung war erheblich stärker als bei der Wahl von 1921. Damals gaben 676 782 Wähler ihre Stimme ab, diesmal 803 215. Davon entfielen auf die Vereinigte Sozialdemokratische Partei 183 094 Stimmen, auf den Ordnungsbund 384 601, auf die Völkischen 76 793, auf die Kommunisten 149 205. Den Sozialdemokraten fielen 16 Mandate zu (gegen bisher 22), den Kommunisten 13, dem Ordnungsbund 34, den Völkischen 6. Der Freie Wirtschaftsband und die Unabhängige Sozialdemokratie errangen keinen Sitz, der eine brachte es auf 3 326, die andere auf 6 193 Stimmen. Das Wahlergebnis wird von der Linken allgemein dem diktatorischen Eingreifen der Reichswehr unter dem General Hasse zugeschrieben, das die Freiheit der Wahl stark beeinträchtigte, wie der Ausnahmezustand überhaupt das verfassungsmäßige Leben in Thüringen überall behindert hat. Ist die Wahl auch ohne Zweifel dadurch mitbeeinflusst worden, so wäre es doch falsch sie ausschließlich auf dies Moment zurückführen zu wollen. Entspricht sie doch dem Geist, der sich durchgängig in den letzten Jahren in Deutschland bemerkbar macht: einer politisch immer deutlicher reaktionären Gesinnung im Bürgertum und der wachsenden Gleichgültigkeit oder Mißstimmung weiter Schichten der Arbeiterklasse, deren einstiger begeisterter Glaube an die Partei längst versunken ist. Einen sehr erheblichen Teil der Schuld trägt unbedingt die Partei selbst daran; sie hat es nicht verstanden, nachdem ihr 1918 die politische Macht zugefallen war, sie konsequent zu wirklichem Schaffen zu nutzen, sie vielmehr durch Tatlosigkeit und Schwäche von neuem ihren Gegnern in die Hände gespielt, auch so wenig Festigkeit gegenüber dem sinnlosen Treiben der sogenannten Kommunisten bewiesen, daß sie die denkenden Elemente der Arbeiterklasse wie der bürgerlichen Linken auch von dieser Seite her zurückstieß. So lag der Fall in Sachsen wie in Thüringen, den beiden Ländern, in denen man sich bemühte die "Errungenschaften der Revolution", wie der übliche

Ausdruck lautet, wenigstens zu bewahren. Recht erhebliche Leistungen hat die sozialdemokratische Regierung in Thüringen vor allem auf dem Gebiet des Schulwesens zu verzeichnen; sie sind im vorigen Jahr hier in den Sozialistischen Monatsheften von Herbert Kühnert in den Artikeln Die Organisierung der Einheitsschule in Thüringen und Die Gestaltung der Berufsschule im Einheitschulsystem Thüringens (1923 Seite 226 ff. und 411 ff.) eingehend dargestellt worden. Jetzt kam, als Wahlpropagandaschrift, im Verlag der Leipziger Buchdruckerei in Gera eine kleine Broschüre 2 Jahre sozialistischer Kulturpolitik in Thüringen heraus, die die gesamten Pläne und Erfolge Thüringens auf diesem Feld noch einmal zusammenfaßt. Es ist eine wirkliche Einheitschule aufgebaut, die Arbeitsschulmethode eingeführt, die Lehrerbildung modernen Forderungen entsprechend umgestaltet, endlich das Berufsschulwesen auf völlig andere Grundlagen gestellt worden. Gerade dagegen hat sich in Thüringen die Opposition fast der gesamten bürgerlichen Parteien erhoben. Die Regierung suchte auch den reaktionären Geist der Universität dadurch zu bekämpfen, daß sie von ihrem Berufungsrecht Gebrauch machte und eine Reihe von Männern und Frauen, die sich im Schulwesen betätigt hatten, als Lehrer an die Universität gegen den Vorschlag der Fakultät berief. Ob die Wahl, die sie dabei getroffen hat, in allen Fällen richtig war, bleibe dahingestellt. Was aber von der Universität dagegen angewendet wurde, entsprang nicht sachlichen sondern zünftlerischen Motiven. Es ist zu hoffen, daß die zu erwartende bürgerliche Regierung in Thüringen nicht das Gute wieder abbaut, das die sozialistische geschaffen hat. Aber auch die Sozialdemokraten sollten es endlich lernen da, wo sie die Macht noch besitzen oder neu gewinnen, mit dem ernstesten Verantwortungsgefühl an ihre Aufgaben heranzugehen. Die Demagogie hat ohne Zweifel Schiffbruch erlitten. Die Massen sind mit ihr nicht mehr zu halten. Das gilt für das ganze Reich. Jetzt geht es um Leistung; einzig in ihr liegt heute die Möglichkeit einer Parteipropaganda.

**Totenliste** An einem Herzschlag starb am 16. Januar in Berlin der 2. Bürgermeister der Stadt *Adolf Ritter*, 53 Jahre alt. Er stammte aus proletarischen Kreisen. Lange Jahre widmete er sich der Gewerkschaftsarbeit als Gewerkschaftssekretär.

Durch seine Klugheit und Geschicklichkeit leistete er auf diesem Posten Ausgezeichnetes.

Anfang Januar starb in Berlin eine der älteren Parteigenossinnen, die noch unter dem Sozialistengesetz eine aufreibende Tätigkeit für die Partei entfaltet hatte, *Emilie Berger*, in ihrem 62. Lebensjahr.

Am 5. Februar starb nach langer Krankheit in Berlin das Mitglied des Parteivorstands *Franz Krüger*, im Alter von erst 37 Jahren. Er war am 1. Januar 1887 in Königsberg geboren, hatte dort eine Volksschule besucht und war dann zuerst bei dem blinden Gelehrten Siegfried, später in verschiedenen Rechtsanwaltsbüros angestellt. Schon 1907 wurde er Arbeitersekretär in Königsberg, von dort wurde er 1914 von seiner Organisation als Ortsbevollmächtigter nach Berlin berufen. Sein starkes organisatorisches Talent lenkte überall rasch die Aufmerksamkeit auf ihn. So tat er sich vor allem 1920 bei Gelegenheit des Lüttwitzputsches in Berlin hervor, wo er neben Legien den organisierten Widerstand der Arbeiterschaft leitete. 1919 wurde er in die Nationalversammlung, 1921 in den preussischen Landtag gewählt. Krüger war auch Leiter des Büros des Reichspräsidenten.

**Kurze Chronik** In der Sitzung des sächsischen Landtags vom 4. Januar 1924 wurde nach langen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kämpfen Genosse Max Heldt mit 52 von 79 abgegebenen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Die sozialdemokratische Minderheit stimmte nicht mit. ◊ Bei den Wahlen für den Landesrat im *Saargebiet*, die am 27. Januar stattfanden, votierten von im ganzen 255 499 abgegebenen Stimmen 46 787 für die Sozialdemokratie, die damit gegenüber der letzten Wahl rund 15 000 Stimmen gewann, und 39 858 für die Kommunisten, die einen Zuwachs von rund 25 000 Stimmen hatten. ◊ Die Bürgerschaftswahlen in *Lübeck* haben am 11. Februar den Bürgerlichen einen Wahlsieg gebracht. Die neue Bürgerschaft wird sich aus 42 Bürgerlichen und 38 Sozialisten zusammensetzen, während die frühere eine sozialistische-kommunistische Mehrheit von 45 Mandaten gegenüber 35 bürgerlichen aufwies. ◊ Die letzten Monate brachten für die *Landbevölkerung* eine bedeutende Vermehrung der sozialdemokratischen Presse. 7 neue Organe sind gegründet worden, die alle im Einvernehmen mit dem Deutschen Land-

arbeiterverband herausgegeben werden: in Spandau die Brandenburgische Landpost, in Magdeburg die Landpost, in Halle der Landbote, in Erfurt Wald und Feld, in Süddeutschland die Süddeutsche Landpost, in Liegnitz der Landbote und in München der Eilbote. Sie sollen der Verbreitung der Kreisblätter unter der Landbevölkerung entgegenwirken. ◊ Am 1. Februar feierte die *Görlitzer Volkszeitung* ihr 25jähriges Bestehen. Ihre 1. Nummer erschien am 1. Februar 1899 als Kopfbblatt der Breslauer Volkszeitung. Sie wurde bis 1910 abwechselnd in verschiedenen Städten gedruckt, bis sie in diesem Jahr eine eigene Druckerei errichten konnte.

**Literatur** Die Arbeiterbewegung in Argentinien schildert *Felix Weil* (Leipzig, C. L. Hirschfeld). Die Anfänge und der Stand dieser Bewegung vor 17 Jahren sind in den Sozialistischen Monatsheften (1907 I Seite 54 ff.) durch einen ihrer Führer, Manuel Ugarte, dargestellt worden. Seit jener Periode haben sich in Gewerkschaften und Partei, gerade mit ihrem Anwachsen, die heftigsten Kämpfe abgespielt. 1922 kam es zu einem Generalstreik, der mit einer Niederlage für die Arbeiter endete, weil die Organisationen zersplittert waren. Auch jetzt gibt es noch etwa 5 Gruppen, von gänzlich apolitischen bis zu anarchistischen und sozialdemokratischen. Die Gesamtzahl der Organisierten soll gegenwärtig etwa 140- bis 160 000 betragen. Die sozialistische Bewegung zeigt im wesentlichen die gleichen Züge wie in Europa; ist sie doch von europäischen Sozialisten dorthin übertragen worden. Heftiger Streit entspann sich, wie überall, über die Kriegspolitik. Als die Kammerfraktion mehr in das nationale Lager ging, erhob sich scharfe Opposition dagegen; die Abgeordneten verstanden es aber sich durch Rücktrittsdrohungen zu behaupten. Nach dem Krieg entstand, wie überall, eine bolschewistische Gruppe, die dann aus der Partei austrat. Sie hat jetzt nur geringen Einfluß, bei den letzten Wahlen erhielt sie im ganzen Land etwa 8000 Stimmen. Aber auch die offizielle Sozialistische Partei spielt keine bedeutende Rolle. Im Parlament hat sie 9 Vertreter; ihre Tageszeitung, die alte *Vanguardia*, erscheint in 9- bis 12 000 Exemplaren täglich. Weils Arbeit ist lesenswert; sie zeigt uns den Zustand der Bewegung besser als die Propagandareden der Delegierten auf den internationalen Kongressen.

## WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Historische  
Gesetze?

Unter dem Titel Hauptprobleme der Soziologie erschien eine 2bändige Erinnerungsgabe für Max Weber / Berlin, Duncker & Humblot/. Ein Artikel des Freiburger Professors Gerhart von Schulze-Gaevernitz über Max Weber als Nationalökonom und Politiker, der eindringlich und lichtvoll die Stellungnahme des Verstorbenen zu politischen Fragen skizziert, leitet die Fülle der einzelnen vielfach sehr instruktiven Beiträge ein. Stark trat bei Weber, der, ähnlich wie Naumann, in jungen Jahren konservativ wählte, die Betonung machtpolitischer Aufgaben hervor. Deutschland, so meinte er, würde es »zu verantworten haben, wenn die Weltmacht und damit die Kultur der Zukunft zwischen den Reglements russischer Beamten und den Konventionen der angelsächsischen Society aufgeteilt würde«. Aber der Machtpolitiker wurde, je länger je mehr, zugleich ein Demokrat, der nach seinem eigenen Ausspruch in vielerlei Hinsicht »den ökonomisch geschulten Mitgliedern der Sozialdemokratie bis zur Ununterscheidbarkeit nahestand«. Der »deutsche Obrigkeitsstaat mit seinem Junkertum und seiner Bureaukratie« schien ihm in der gegebenen Form von vornherein zur Ohnmacht, auch in der Weltpolitik, verurteilt. Bismarck, bei allem, was er sonst geleistet, habe »das Bürgertum und das Parlament entmannt und jede selbständige verantwortliche Macht neben sich verhindert«. Dann kam die leere Eitelkeit des »Dilettanten« Wilhelm II. »Von schlecht erzogenen Parvenus will keiner regiert sein.« Der unvermeidlichen Demokratie freiwillig die Tore zu öffnen hielt Weber im Weltkrieg für dringendste Notwendigkeit. Der sogenannten Vaterlandspartei machte er den Vorwurf, daß sie »den Daseinskampf des deutschen Volkes zu einem Kampfe um die bestehende Staatsform« verfälschte. Er befürwortete einen republikanisch - föderalistischen Einheitsstaat, wie er in dem ersten Entwurf einer Reichsverfassung enthalten war, eine Siedlungspolitik, die die agrarische Struktur Ostelbiens umbauen sollte, und ein Zusammenwirken von Arbeiter- und Bürgertum. Auch nach dem militärischen Zusammenbruch des Jahres 1918 gibt Weber, ein »Optimist auf lange Sicht«, wie er sich nennt, die Hoffnung auf eine Zukunft Deutschlands nicht auf.

Einer der anregendsten der 24 Beiträge, die in dem Buch unter 8 Hauptabschnitten rubriziert sind (Geschichte und Methodenlehre, Natürliche und individuell-psychologische Grundlagen des Gesellschaftslebens, Grundkategorien und Elementarformen der Vergesellschaftung, Soziologie der Sprache, Strukturprobleme des modernen Staats, Soziologie der Religion, der Künste und Wissenschaft, Klassen und Stände, Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik), ist des Leipziger Professors Franz Eulenburg Abhandlung Sind historische Gesetze möglich?, die gewisse in den letzten Jahrzehnten viel diskutierte methodologische Vorfragen der soziologischen Forschung eindringlich beleuchtet. Sein Standpunkt deckt sich, in der Hauptsache wenigstens, mit der Richtung, die Max Weber selbst in seinen einschlägigen Untersuchungen verfolgt. Jene Diskussion war seinerzeit insbesondere durch Heinrich Rickerts Untersuchung über die Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung angeregt worden. Rickert hatte in eindrucksvoller Weise das Wesen der auf Klassifikation und Gesetzeserkenntnis gerichteten Methoden der exakten Naturwissenschaften dem der Geschichtsforschung gegenübergestellt, die, selbst wenn sie große Massenbewegungen, wie etwa die Französische Revolution, untersucht, den konkret bestimmten einmaligen Verlauf der Vorgänge zum Gegenstand ihrer Darstellung macht, diesen in seiner individuellen Besonderheit veranschaulichen will, also auf etwas völlig anderes ausgeht als auf Herausarbeitung und Formulierung allgemeiner Gesetze, die für das Eintreten und den Verlauf sozialer Revolutionen überhaupt gelten mögen. Ein Unterschied, der in die Augen springt. Jedoch in keiner Weise, auch nach Rickerts eigener Ansicht nicht, die Möglichkeit einer von der unmittelbaren geschichtlichen Darstellung abzweigenden Forschung nach allgemeinen Regelmäßigkeiten für gewisse Arten des geschichtlichen Geschehens ausschließt. Aber Rickerts Betonung des einmalig Individuellen als des für die Geschichtsschreibung vor allem wichtiger Moments kam gewissen mystisch schillernden modernen Tendenzen entgegen, die jene Kluft zwischen dem Reich der Natur und dem der Geschichte ins Ungemessene erweitern wollten, die Geschichte als ein dem Walten notwendiger Gesetzmäßigkeiten überhaupt entzogenes Gebiet erklärten, das sich nur den Eingebungen einer genialen "Intuition" erschließe (womöglich im Stil des Spenglerschen Un-

tergangs des Abendlandes). Um so verdienstvoller ist eine nüchtern klare Besinnung auf die Tatbestände, wie sie die genannte Eulenburgsche Arbeit bringt. Jener beliebte Einwand, daß alles geschichtliche Geschehen durch Individuen verlaufe, deren Tun und Handeln sich nur aus ihrer Individualität verstehen lasse, erledigt sich, so hebt er treffend hervor, von selbst für alle die geschichtlichen Gebiete als völlig nichtsagend, wo man es mit »gleichsam anonymen Erscheinungen zu tun hat, und wo der Einzelvorgang irrelevant bleibt«, mithin im ganzen Umfang der Sozialgeschichte im eigentlichen Sinn. Was gehen uns beispielsweise die individuell besonderen Eigenschaften der einzelnen an, die bei den mittelalterlichen Städtegründungen jeweils hervorragend tätig waren? Was geschichtlich interessiert, ist offenbar nichts anderes als der Einblick in den Konnex der Bedingungen und Tendenzen, der sich damals in diesem Massenvorgang der Städtegründung ausgewirkt hat. Dieser Hinweis aber auf die Massen und die jeweilige übereinstimmende Art der Zwecksetzung, die die einzelnen in solche Massenbewegungen hineintreibt, läßt sich weiter sagen, deutet auf ein überindividuelles Allgemeines, auf den allgemeinen Hintergrund der menschlichen Natur, die, in dem gesellschaftlichen Leben und dessen Klassenbildung fortentwickelt, unter der jeweiligen Konstellation der gesellschaftlichen Verhältnisse den Massen, respektive klassenmäßig abgegrenzten Gruppen von Gesellschaftsgliedern, jeweils bestimmte übereinstimmende Interessen und ein gemeinsames Verhalten vorschreibt. Die ganze Geschichte der modernen Arbeiterbewegung, noch allgemeiner: der Klassenkämpfe überhaupt, ist ja ein einziger fortlaufender Beleg für die Art und Weise, wie sehr Stellungnahme und Verhalten der einzelnen von der Art ihres respektiven Eingegliedertseins in die jeweilige gesellschaftliche Struktur abhängt. Dieser Gesichtspunkt bildet eine der Grundvoraussetzungen, mit denen die Historiker bei jedem Versuch solche Erscheinungen genetisch zu erklären arbeiten, und schon diese Voraussetzung schließt die Annahme einer Art von Gesetzmäßigkeit in dem Verhalten der Gesellschaftsglieder ein; wenn diese auch niemals mit der Exaktheit und dem Anspruch auf ausnahmslose Geltung formulierbar ist wie die Naturgesetze. Indes, die selbstverständliche Konstatierung, daß die Stellungnahme eines Individuums zu be-

stimmten, sein Klasseninteresse berührenden Fragen durch seine eigene Klassenzugehörigkeit noch keineswegs eindeutig determiniert ist, daß es egoistischen Klasseninteressen gegenüber indifferent bleiben oder sich ethisch humanitär über sie erheben kann, tut der Fruchtbarkeit, die eine solche Regel, auch wenn man ihr im strengern Sinn den Namen eines Gesetzes versagt, für die Darstellung und Erkenntnis historischer Zusammenhänge besitzt, praktisch keinerlei Abbruch.

Weiter: Gewiß ist der Ablauf alles Geschehens, wie die Gegner jeder irgendwie generalisierenden Geschichtsbetrachtung immer wieder betonen, ein einmaliger; aber das schließt natürlich nicht aus, »daß innerhalb der einzelnen Stadien eine Wiederkehr und typische Wiederholung sich zeigt, wenn sonst nur die Voraussetzungen erfüllt sind«; beweist also nichts gegen die Möglichkeit einer generalisierenden Betrachtungsweise solcher historischen Erscheinungen. Die vergleichende Methode wird auf den verschiedensten Gebieten sozialer Geschichtsforschung, zum Beispiel in der Rechts-, Verfassungs-, Wirtschafts- und Kunstgeschichte, mit immer wachsendem Erfolg angewandt und hat unbegrenzte Zukunftsperspektiven. Worauf aber ist die vergleichende Methode gerichtet, wenn nicht auf die nähere Fixierung gewisser typischer Formen, die unter gewissen Voraussetzungen und Bedingungen regelmäßig wiederkehren. Diese vergleichende typologische Betrachtungsweise, deren Wesensart Max Weber so scharfsinnig nach verschiedenen Seiten hin zergliedert und selbst in seinen historischen Untersuchungen meisterlich handhabt, als berechtigt anerkennen und gleichzeitig die Nachforschung nach gesetzmäßigen Beziehungen und Zusammenhängen im gesellschaftlichen Leben als aussichtslos ablehnen zu wollen wäre ein eklatanter Widerspruch. Beide Bestrebungen sind korrelar und wachsen aus der gleichen Wurzel; nur daß die typisierende historische Betrachtungsweise auf die Erfassung übereinstimmender Zuständlichkeiten, die Nachforschung nach Gesetzen auf Regelmäßigkeiten in der Aufeinanderfolge geht; wobei es sich, wie schon gesagt, von selbst versteht, daß bei der komplexen Beschaffenheit aller geschichtlichen Faktoren, bei der Unmöglichkeit hier wie in der Naturwissenschaft auf einfache Elemente und meßbare Kräfte zurückzugehen, die so gewonnenen Regeln nur empirische Regeln, und nicht Gesetze in der stren-

-gen Wortbedeutung sind. Ebenso leuchtet ein, daß sich solche aus vergleichender historischer Beobachtung gezogene Regeln zunächst immer nur auf gewisse Teilgebiete und Sphären des Gesellschaftlich-Historischen beziehen können, nicht auf das Ganze des historischen Entwicklungsgangs. Ja, Eulenburg hält bei der ungeheuren Kompliziertheit der in Frage kommenden Verhältnisse die Nachforschung nach Gesetzen, die für das Ganze der Geschichte gelten sollen, von vornherein für utopisch. Schon der Umstand, daß der Historiker zur Darstellung und Gliederung seines Stoffes leitender Gesichtspunkte bedarf, daß zum Beispiel Rechtshistorie ohne Rechtsbegriffe, Wirtschaftshistorie ohne Wirtschaftsbegriffe usw. überhaupt nicht denkbar sind, illustriert den unlöslichen Zusammenhang, durch den die Geschichtsforschung, bei all ihrem Interesse für das Individuelle, an Erzeugnisse und Resultate des generalisierenden Denkens gebunden ist. In dem Streben zu Typen und Regelmäßigkeiten auf historischem Gebiet zu gelangen setzt sich dieser Einschlag generalisierender Betrachtungsweise nur weiter fort. Indes, die bloß empirische Konstatierung jener Regelmäßigkeiten in der Geschichte genügt dem Verstand nicht. Wir wollen wissen, wie es zu diesen Regelmäßigkeiten kommt, welche Momente zusammenzutreffen müssen, um jene Regelmäßigkeiten notwendig zu machen. So stößt man, damit schließt die Eulenburgsche Arbeit, auf »metahistorische Voraussetzungen, die besonderer Untersuchung bedürfen«.

Über die Richtung, in der diese zu suchen sind, scheint mir ein Zweifel ausgeschlossen. Wo können sie anders liegen als letztlich in gewissen Grundzügen und Anlagen des sich in der Gesellschaft entfaltenden Gattungscharakters, der "menschlichen Natur" und ihrem Vermögen der Zwecksetzung? Als eben darin, daß die Gesellschaftsglieder auf Grund der gesellschaftlichen Verhältnisse bei ihrem klassenmäßigen Eingegliedertsein in die gegebene gesellschaftliche Struktur, hierdurch bereits gewisse Richtlinien ihrer Zwecksetzungen, und damit ihres Verhaltens und ihrer Aktionen, vorgezeichnet finden. Der Weg jedoch, auf den das Bestreben jenen Konnex gesellschaftlichen Seins und Handelns in dem Gewirr historischer Erscheinungen unter leitenden Gesichtspunkten zu verfolgen hinweist, ist durch den Grundgedanken der Marxschen Geschichtsauffassung gegeben, die den Gesamtzusammenhang des

sich ständig forterhaltenden gesellschaftlichen Lebensprozesses von dem Standpunkt der klassenbildenden ökonomischen Struktur beleuchtet. Aber die fundamentale Bedeutung, die dieser Marxsche Standpunkt für die Soziologie besitzt, erschöpft sich nicht mit dem Hinweis auf die gewaltige Rolle, die die ökonomische Klassenlage der einzelnen in der Ausgestaltung ihrer Zwecksetzungen spielt. Eine Soziologie, die diesen Namen mit Recht trägt, hat es vor allem auch mit dem Problem zu tun, wie, von welchen allgemeinsten Gesichtspunkten her Gesamtzusammenhang und Form des gesellschaftlichen Lebensprozesses, vor allem in der relativ höchstentwickelten der modernen Gesellschaft, sich methodisch überschauen und begreifen lassen. Hier aber, in der modernen Gesellschaft, stellt sich die materielle Bedarfsdeckung der Gesellschaftsglieder vermittelnde Ökonomie nicht mehr wie in früheren primitiven Epochen wesentlich als ein Nebeneinander einzelner, auf Verwandtschafts- oder auch politische Machtverhältnisse basierter naturalwirtschaftlicher Verbände dar; sie hat vielmehr die Form eines unter einer spezifisch bürgerlichen Eigentums- und Rechtsordnung alle Volksglieder in sich einbeziehenden volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses, dessen Art und Selbsterhaltungsmodus allererst durch eine systematisch durchgeführte Analyse und Deduktion der in ihm waltenden ökonomischen Gesetze verstanden werden kann; der also im Gegensatz zu allen sonstigen soziologisch-historischen Erscheinungen eine wirkliche Theorie verlangt und ermöglicht. Und weiter zeigt sich hier, daß erst eine durch solche Theorie gewonnene Einsicht in die Form dieses die materielle Bedürfnisbefriedigung aller vermittelnden volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses damit zugleich die Einsicht in den Rahmen gibt, dem alle anderen für die Gesamtform des modernen gesellschaftlichen Lebensprozesses charakteristischen Erscheinungen organisch eingegliedert sind. Die Besonderheiten des modernen Staatswesens, der modernen Rechtsordnung, der Politik- und Parteibildung, der Siedelungsweise der Bevölkerung, der Technik, des Erziehungswesens, der Kultur: sie alle tragen zugleich das gemeinsame Gepräge von Momenten eines in seiner Form durch jenen ökonomischen Gesamtprozeß von vornherein grundlegend charakterisierten gesellschaftlichen Lebensprozesses, werden erst durch Eingliederung in diesen Rahmen und durch

Zurückbeziehung auf ihn voll verständlich. Die zu einem durchgängig gesellschaftlichen volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß entwickelte Ökonomie gibt in dieser ihrer Form zugleich den Schlüssel für das Verständnis des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs, in dem die Ökonomie selbst nur ein Moment ist. Nur die Reflexion auf die spezifische Besonderheit der Rolle, die der Ökonomie für das Verständnis von Bau und Leben des sozialen Körpers, vor allem des höchstentwickelten modernen, zukommt, vermag der Soziologie, die jenen Bau begreifen will, bestimmtere Richtlinien und Direktiven zu geben.

**Soziologie** Der Berliner Professor *Ired Vierkandt* nennt sein neues Werk Gesellschaftslehre, Hauptprobleme der philosophischen Soziologie (Stuttgart, Ferdinand Enke/. Die wiederholentlich geäußerten Bedenken gegenüber jener formalen, an Simmel anknüpfenden Art der Soziologie werden durch diese Publikation, trotz manchen anregenden Ausführungen des Verfassers, im ganzen, scheint mir, nur bestätigt. Es ist nicht abzusehen, was für Erkenntnis denn durch ein derartiges Zurückgehen auf angeblich allgemeinste Formen der zwischen den Individuen bestehenden Wechselbeziehungen eigentlich gewonnen werden soll. Zumal für eine solche Nachforschung irgendwelche allgemeinen leitenden Gesichtspunkte, auf die sich eine Klassifizierung stützen könnte, noch vollkommen fehlen. In dem über die »soziale Ausstattung des Menschen« handelnden Kapitel ist in bunter Reihenfolge vom Instinkt des »Selbstgefühls«, der »Unterordnung«, des »Hilfs- und Pflegetriebes«, des »Kampftriebes« und von einer ganzen Reihe anderer psychischer Momente, die sich im Verkehr manifestieren, die Rede. Von der Willkürlichkeit der Auswahl noch ganz abgesehen, wird da unter anderm die höchst merkwürdige Behauptung aufgestellt, daß die Qualität der hier herausgegriffenen Triebe völlig klar und eindeutig abgrenzt sei. So ist, heißt es wörtlich, »zum Beispiel der Kampftrieb und der ihn begleitende Affekt des Hasses stets innerlich gleichartig, mag er sich bei einer Prügelei, einem Duell, einem Wortstreit oder einem Gerichtsstreit betätigen«. Das gleiche gelte von dem »Unterordnungstrieb mitsamt dem ihn begleitenden Affekte der Verachtung [?], mag er sich einer Persönlichkeit, einem Ideal, einem Befehl oder einer Sitte zuwenden«. Am meisten psychologisches Interesse

dürfte der Abschnitt über »gesellschaftliche Grundverhältnisse« haben, in dem Vierkandt, auf Tönnies' Unterscheidung von Gemeinschaft und Gesellschaft fußend, dem mehr oder weniger verborgenen Wirken von Affekten in der Gesellschaft nachgeht, die aus der Sphäre der Gemeinschaft stammen.

Einen stark zerfahrenen Eindruck hinterläßt die Soziologie des Züricher Professors *Abroteles Eleutheropoulos* (Jena, Gustav Fischer/. Das Buch ist jetzt in 3. Auflage herausgekommen, gänzlich umgearbeitet und erweitert, wie es auf dem Titelblatt heißt. Welchen Grad von Aktualität es in dieser neuen Form erreicht hat, dafür sei eine Probe aus dem Schlußkapitel gegeben, das im Handumdrehen mit dem Sozialismus aufräumt. Dieser charakterisiert sich, heißt es dort, durch 3 gleichermaßen utopische Forderungen: Er verlangt Abschaffung des Privatvermögens, er verlangt das Weltbürgertum und er verlangt — freie Liebe. Freie Liebe, durch die, so wird erläutert noch hinzugefügt, »jede abnorme geschlechtliche Erscheinung und jeder als nicht sein sollend verurteilter geschlechtlicher Umgang einfach abgeschafft sein würde«. Der Laie ist erstaunt, der Fachmann wundert sich, sagt, so ungefähr, Wilhelm Busch.

Von *Franz Oppenheimers* System der Soziologie, dessen 1. Band in dieser Rundschau (1923 Seite 253 ff.) angezeigt wurde, ist jetzt der 2., allein über 1000 Seiten füllende Halbband unter dem Titel *Der soziale Prozeß* erschienen (Jena, Gustav Fischer/.

**Eingänger** Der schnurrige Einfall des Schweizer *Silvio Gesell* die Absatzstockungen durch Einführung eines Schwund- oder Freigelds zu beseitigen, das nach staatlicher Einrichtung alljährlich eine prozentual bestimmte Werteinbuße (5 %) erleidet, wird nach vielerlei Anzeichen mit immer noch wachsendem Eifer von einer gläubigen Anhängerschaft propagiert und ist wohl hier und da auch in Parteikreise eingedrungen. Eine kleine Broschüre des Bearbeiters dieser Rundschau *Geld und Schwundgeldzauberei* (Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ sucht das Gewirr der sich in dieser Doktrin häufenden Konfusionen von einem theoretischen Ausgangspunkt her zu beleuchten. Ausführlicher beschäftigt sich Oskar Stillich in seiner Schrift *Das Freigeld* (Berlin, Industriebeamtenverlag/ mit dem Gegenstand. Er kommt der Sache nach gleichfalls, wie ja nicht anders möglich

ist, zu einer völligen Ablehnung der Gesellschaftlichen Sophismen, aber er verbrämt die Widerlegung mit geradezu unverständlichen Komplimenten für die Denker- und Schriftstellerleistung des Geistes, was die Verwirrung in diesen Dingen im ganzen noch steigern kann.

**Kurze Chronik** Mehr und mehr erkennt man die Notwendigkeit dem *Zeitungswesen* einen Platz im Rahmen der deutschen Hochschule zu gewähren, eigene Forschungsinstitute für die Presse einzurichten. Das Ausland ist auf diesem Gebiet führend vorangegangen. In den Vereinigten Staaten bestehen journalistische Hochschulen; Prag, Zürich, Moskau, Tokio haben bereits ähnliche Institute geschaffen oder arbeiten an ihrem Aufbau. In Deutschland haben die Professoren Bücher in Leipzig, Jöhlinger in Berlin, Wolff in Kiel und Meister und d'Esters in Münster schon Mustergültiges geleistet. Nun gewinnen diese Pläne eine festere Form durch die Berufung Karl d'Esters auf den ersten etatsmäßigen Lehrstuhl für wissenschaftliche Zeitungskunde in München, der auch die Errichtung eines Zeitungsinstituts in die Wege leiten wird. Als dessen erste Veröffentlichung ist ein Atlas des gesamten Zeitungswesens geplant. ◊ Der Präsident des *Statistischen Reichsamts* Ernst Delbrück ist in den Ruhestand getreten. Mit der Leitung des Amtes wurde der bisherige Leiter der Statistischen und Volkswirtschaftlichen Abteilung im Reichswirtschaftsministerium Ernst Wagemann kommissarisch betraut. ◊ Der Professor der Staatswissenschaften *Walter Le Coutre* von der Handelshochschule zu Königsberg folgt einem Ruf auf den Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre an der Handelshochschule zu Mannheim.

**Literatur** Über die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Arbeitgeberverbände, speziell über ihre Geschichte und Organisation, handelt *Otto Leibrock* in einer fleißigen Arbeit 440 Seiten /Berlin Otto Elsner/. ◊ In einer Schrift Die Marxsche Staatsauffassung im Spiegelbild eines Marxisten /Jena, Thüringer Verlagsanstalt/ rechnet *Karl Kautsky* mit den überhebenden wie unmotivierten Ausfällen, die Cunow in seinem sonst verdienstvollen Werk über die Marxsche Geschichtsauffassung gegen ihn gerichtet hat, gebührend ab. Der Eindruck ist um so stärker, als Kautsky dabei, im Gegensatz zum Angreifer, dessen Leistungen ganz unbefangen anerkennt.

## Hygiene / Georg Wolff

Flügge †

Am 12. Oktober 1923 starb der Berliner Hygieniker Carl Flügge in seinem 76. Lebensjahr. Flügge war einer der wenigen Hygieniker, die von Einseitigkeit freibleiben; er beherrschte aus eigener Forschungsarbeit das gesamte Gebiet der experimentellen Hygiene. Er wurde der Vermittler zwischen den beiden einander bekämpfenden Schulen von Pettenkofer und Koch, von denen der erste die chemisch-physikalischen Untersuchungsmethoden bevorzugte, während Koch der Begründer der bakteriologischen Ära in Deutschland wurde. Flügge hat auf beiden Gebieten wichtige Arbeiten geliefert. Er arbeitete sowohl über Klima und Wohnungswesen, Nahrungs- und Genußmittel als auch über die Verbreitung der ansteckenden Krankheiten. Grundlegend sind seine und seiner Schüler Untersuchungen über die Verbreitungsweise der Tuberkulose, die sogenannte Tröpfcheninfektion. Diese Arbeiten stehen noch heute im Mittelpunkt der Diskussion; sie haben dazu beigetragen auch die Verbreitungsweise anderer Infektionskrankheiten zu erklären. Mit Koch zusammen begründete Flügge die Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten, die er bis zu seinem Tod herausgab. Weite Verbreitung fand sein Grundriß der Hygiene, der in 10 Auflagen erschienen ist /Berlin, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger/. Bewies Flügge selbst sein reges Interesse für die sozialen Fragen in der Hygiene durch seine Untersuchung über Großstadtwohnungen und Kleinhaußsiedelungen, so gewann er für die Entwicklung der Hygiene dadurch eine besondere Bedeutung, daß er der sozialwissenschaftlichen Behandlung hygienischer Fragen Aufmerksamkeit schenkte und so der sozialen Hygiene zur offiziellen Anerkennung verhalf. Betrachtete Flügge selbst auch die Hygiene mehr als Erfahrungswissenschaft, so wollte er doch für den Unterricht auch eine statistisch-sozialwissenschaftliche Betrachtungsweise nicht missen. Er betraute damit Alfred Grotjahn, der heute das Fach der Sozialhygiene im Lehrkörper der Berliner Universität, auch auf Anregung Flügges, vertritt. Flügge erkannte ebenso, im Gegensatz zu der Mehrzahl seiner engeren Fachgenossen, rechtzeitig die Bedeutung der Sozialversicherung, der Rassenhygiene und Bevölkerungspolitik; er schuf ihnen eine Forschungsstätte im Rahmen der Universität. Er bildete auch eine große Zahl von Mitarbeitern heran.

**Sexualhygiene** Die Aufmerksamkeit der Biologen, Ärzte, Psychologen und Pädagogen wandte sich in letzter Zeit in hohem Maß den sexuellen Perversionen und Triebanomalien zu. Seit der Freudschen Begründung der Psychoanalyse, die freilich den sexuellen Vorgängen eine zu einseitig starke Bedeutung für die Entwicklung des Seelenlebens beilegt, und den bedeutenden Anregungen, die der Physiologie der Geschlechtsbeziehungen durch die kühnen und neuartigen Untersuchungen Steinachs über die innere Sekretion gegeben wurden, ist die Diskussion sexualwissenschaftlicher Fragen in immer breitere Kreise getragen worden. Nicht immer fand diese Diskussion mit der für die wissenschaftliche Behandlung der Probleme notwendigen Objektivität statt. Eine Zeitlang glaubte man durch "Aufklärung" und detaillierte Darstellung aller sexuellen Perversionen, durch genaue Schilderung der Symptome der Geschlechtskrankheiten den Kampf dagegen am wirkungsvollsten führen zu können. Man verwechselte dabei (wie auch sonst) Wissen und Willen. Die Ausbreitung des Wissens, alle psycho- und physiologischen Fortschritte werden die Paroxysmen des Geschlechtslebens und geschlechtliche Ansteckungen nur wenig hindern, solange nicht der Mensch zu sittlicher Freiheit erhoben ist. Deshalb steht noch heute die von tiefstem sittlichen Ernst getragene Schrift Friedrich Wilhelm Foersters *Sexualethik und Sexualpädagogik* /Kempten, Jos. Kösel/, die nach dem Krieg in bis auf ein kurzes Nachwort unveränderter Form wiederaufgelegt worden ist, allen anderen sexualhygienischen Darstellungen voran. Foerster, der seine Schrift eine »neue Begründung alter Wahrheiten« nennt, steht die Selbstzucht als Mittel im Kampf gegen geschlechtliche Unsitten und Erkrankungen an erster Stelle. Unterordnung des Körpers unter den Geist, des Geschlechtstriebes unter den bewußten Willen: dieses Leitmotiv durchzieht seine *Sexualethik* von Anfang bis zu Ende, es macht seine Schrift zu einer in höchstem Grad erziehlischen. Die Bedeutung des Willens für die Bekämpfung geschlechtlicher Unarten zeigt auch der Sexualarzt Hermann Rohleder in seiner Schrift *Die Masturbation*, eine Monographie für Ärzte, Pädagogen und gebildete Eltern, die bereits in 4. Auflage vorliegt /Berlin, Fischers Medizinische Buchhandlung/. Nach den von Rohleder selbst angestellten Umfragen und den von ihm gebrachten statistischen

Zusammenstellungen huldigen mindestens 90 % aller Jugendlichen der Onanie, die, im Übermaß betrieben, zu einem Laster und einer schweren Gesundheitsschädigung werden kann. Sind auch die destruktiven Wirkungen der Selbstbefriedigung nicht mit denen der Geschlechtskrankheiten zu vergleichen, so ist doch ihr Einfluß auf Psyche und Nervensystem nicht gering zu achten.

Das von Magnus Hirschfeld begründete Institut für Sexualwissenschaften in Berlin gibt neuerdings eine Reihe von Einzeldarstellungen heraus, die unter dem Titel *Sexus* /Leipzig, Ernst Bircher/ zusammengefaßt sind. Im 1. Band handelt Arthur Kronfeld in einer feinen Studie, die besonders durch detaillierte Wiedergabe von Krankengeschichten wertvoll ist, über psychosexuellen Infantilismus; er legt darin die verschiedenartigen Beziehungen zwischen somatisch-sexuellem Infantilismus und dessen Äquivalent im psychischen Verhalten dar. Im 2. Band schildert Kurt F. Friedländer auf Grund eines eingehenden Literaturstudiums und mit guter Beherrschung der neurologischen Tatsachen die Impotenz des Weibes, die er systematisch mit der analogen Erscheinung beim Mann vergleicht. Er berücksichtigt in weitgehendem Maß die neueren Forschungen über Keimdrüsen und innere Sekretion, insbesondere die experimentellen Ergebnisse Steinachs, freilich noch nicht in gleicher Weise die später gegen diese erhobenen Einwände. Im 3. Band behandelt Erich Brauer die abnehmende Fruchtbarkeit der berufstätigen Frau. Er berührt damit ein wichtiges Grenzgebiet zwischen Sexualwissenschaft und Soziologie, das uns besonders interessiert. Leider bringt die Arbeit so gut wie nichts an statistischem Material, das in einer soziologischen Untersuchung nur schwer zu entbehren ist. Sie würdigt auch nicht genügend die psychischen Voraussetzungen der Frage des Geburtenrückgangs und benutzt kaum die dazu vorhandene Literatur. Vor allem das Kapitel über die abweichenden Wirkungen der weiblichen Berufstätigkeit auf die Fortpflanzung bei der unverheirateten und der verheirateten Frau ermangelt scharfer Präzisierung. Beistimmen muß man der Ansicht des Verfassers, daß die biologischen Wirkungen der Berufstätigkeit keineswegs allein die Fruchtbarkeitsabnahme erklären, etwa durch Schädigung der Fortpflanzungsorgane und der allgemeinen Widerstandsfähigkeit des weiblichen Körpers, vielmehr in erster Linie dabei die sozialen Bedingungen und seelischen Beeinflussungen im Er-

werbsleben bestimmend sind. Auch hier verweist der Verfasser zur Beibringung der statistischen Unterlagen auf eine künftige medizinisch-statistische Untersuchung.

Aus den Abhandlungen aus dem Gebiete der Sexualforschung, die Max Marcuse herausgibt /Bonn, A. Marcus & E. Weber/, sei die Arbeit Albert Molls Behandlung der Homosexualität: biochemisch oder psychisch? genannt. Moll steht den Ergebnissen der operativen Behandlung der Homosexualität nach den Steinachschen Experimenten sehr skeptisch gegenüber; er bezweifelt besonders die Beweiskraft der von Steinachs Anhängern veröffentlichten, meist recht dürftigen Krankengeschichten. Dabei leugnet er nicht die theoretische Berechtigung einer Operation, die etwa durch Implantation normalen Hodengewebes den konträren Geschlechtscharakter zur Norm, das heißt zur heterosexuellen Geschlechtsrichtung, umstimmen will. Lipschütz und Hirschfeld sehen die morphologischen Abweichungen in der Hodenstruktur Homosexueller von der Heterosexueller bereits als erwiesen an, während so ernst zu nehmende Forscher wie die Anatomen Benda, Hansemann, Poll, Stieve eine solche Abweichung, respektive eine Differenzierung in M- und F-Zellen, wie sie Steinach (vielleicht in Vorwegnahme seiner Theorie) genannt hat, niemals feststellen konnten. Da die morphologische Abweichung theoretisch zwar durchaus möglich, anatomisch aber noch nicht bewiesen ist, eine starke Labilität des Nervensystems zweifellos aber bei allen Homosexuellen besteht, hält Moll auf Grund seiner praktischen Erfahrungen die psychische Behandlung der Homosexualität für außerordentlich wichtig und aussichtsreich, und umgekehrt die Befestigung der Suggestion, daß die konträre Geschlechtsempfindung eine physisch bedingte, konstitutionelle Anlage darstellt, für unbegründet und höchst gefährlich. Man wird jedenfalls in allen den Fällen, in denen eine angeborene Anomalie nicht vorliegt, für eine psychotherapeutische Behandlung der Homosexuellen eintreten müssen. Hier trifft sich auch der Sexualarzt Moll mit dem Sexualpädagogen Foerster. Der Wert der Mollschen Arbeit wird noch durch die Mitteilung einer Anzahl von Fällen erhöht, in denen die Psychotherapie angewandt wurde.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß der Streit um die eigentliche Verjüngungstheorie Steinachs durch Neubelebung der sogenannten Pubertätsdrüse,

die an sich nichts mit der Umwandlung oder Beeinflussung des Geschlechts durch Keimdrüsenverpflanzung zu tun hat, noch nicht entschieden ist. Neben skeptischen gibt es neuerdings auch eine Anzahl zustimmender Beurteiler. Auf alle Fälle ist von Steinachs genial erdachten Tierexperimenten eine Fülle neuer Anregungen ausgegangen, wie sie seit Brown-Séquards Mitteilungen für die Physiologie der Geschlechtsdrüsen und ihre Beziehung zur inneren Sekretion nicht erlebt worden sind. Paul Kammerer, in seiner Schrift Über Verjüngung und Verlängerung des persönlichen Lebens /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/, und auf Grund praktischer Erfahrungen Peter Schmidt in der Zusammenstellung Theorie und Praxis der Steinachschen Operation /Wien, Rikolaverlag/ berichten darüber. Ebenfalls in den Abhandlungen aus dem Gebiet der Sexualforschung erschien eine Arbeit Mathilde Vaerlings Physiologische Ursachen geistiger Höchstleistungen bei Mann und Weib. Sie sucht eine gewisse Abhängigkeit der Produktivität bei Mann und Frau von der Sexualbetätigung nachzuweisen. Die Schrift bringt nichts Neues, auch keine Belege für die behaupteten Schwankungen in der Leistungsfähigkeit.

Eine ausgezeichnete Übersicht über den Stand unseres Wissens auf dem Gebiet der Sexualhygiene und der angrenzenden Wissenschaften gibt das von Max Marcuse herausgegebene Handwörterbuch der Sexualwissenschaft /Bonn, A. Marcus & E. Weber/. Der bekannte Sexualarzt hat hier eine Reihe anderer Sexualforscher und Soziologen vereinigt, um in knapper und prägnanter Form die wichtigsten Tatsachen mitzuteilen. Dieses Nachschlagewerk entbehrt dennoch nicht der persönlichen Note und stellt in der Auswahl des Stoffs und seiner Bearbeitung das Beste dar, was auf diesem Gebiet in der neuerdings angeschwollenen Literatur geboten wurde.

**Totenliste** Anfang Oktober 1923 starb in Rostock, 73 Jahre alt, *Friedrich Martius*, der lange Zeit dort an der Universität Lehrer der innern Medizin war. Martius wurde an der Kaiser Wilhelm-Akademie ausgebildet und war zuerst Assistent an der Gerhardt'schen Klinik in Berlin. 1891 wurde er Direktor der Medizinischen Poliklinik in Rostock und dann Nachfolger Thierfelders dort. Er ist der Begründer der sogenannten Konstitutionspathologie, die sich an die medizinischen Ideen Hansemanns, Strümpells, Verworn's

anlehnt und die Ursachen der Erkrankungen in konstitutionellen Anlagen sucht. Im Anschluß daran beschäftigte er sich auch besonders mit der Vererbungslehre, in der er den Standpunkt Weismanns teilte. Sein Hauptwerk trägt den Titel Konstitution und Vererbung in ihren Beziehungen zur Pathologie. Martius hat auch auf dem Gebiet der Nervenheilkunde und der Herz- und Magenkrankheiten gearbeitet.

Fast 66 Jahre alt, starb am 31. Oktober in Berlin *Ferdinand Karewski*, der bekannte Chirurg und Direktor der Chirurgischen Abteilung des Jüdischen Krankenhauses in Berlin. Unter James Israel war er Leiter der Chirurgischen Poliklinik dieses Krankenhauses geworden. Hier erwarb er sich den Ruf als Chirurg, der ihm sowohl wissenschaftliche Anerkennung wie eine ausgedehnte Praxis sicherte. Er hat auf vielen Gebieten gearbeitet, so über Knochenchirurgie, chirurgische Erkrankungen der Bauchorgane und des Blinddarms, Lungenerkrankungen usw. Im Jahr 1917 wurde er der Nachfolger Israels.

**Kurze Chronik** August von Wassermann hat, wie er mitteilt, eine Methode gefunden aus dem Blutserum zu erkennen, ob sich zur Zeit der Untersuchung ein *aktiver tuberkulöser Prozeß* im Körper abspielt. Seit der Entdeckung von Robert Kochs Tuberkulin hat man durch Einspritzungen mit diesem und durch andere Impfvorsuche wohl nachweisen können, ob überhaupt tuberkulöse Prozesse bei dem Untersuchten vor sich gegangen sind, nicht aber, ob sie noch während der Untersuchungszeit vor sich gingen. Das neue Verfahren Wassermanns schließt sich an seine Methode zur Prüfung des Vorhandenseins einer Syphilis an. Es ist, wie der Forscher selbst sagt, in der Anwendung »sehr subtil«. Seine Ergebnisse muß man abwarten. ◊ Das *Alkoholverbot* in den Vereinigten Staaten scheint nur bedingte Wirkung zu üben, wie nach der neuesten Statistik der New Yorker Gesundheitsabteilung in der Klinischen Wochenschrift berichtet wurde. Freilich ist seit der Einführung des Verbots im Jahr 1916 die Zahl der Todesfälle an Alkoholismus sehr zurückgegangen; sie betrug vorher 690. 1920 wurde die niedrigste Todesziffer mit 127 erreicht; seitdem aber ist sie wieder im Steigen begriffen; sie erhöhte sich von 141 im vorbergehenden Jahr auf 295 bei der letzten statistischen Aufnahme. Ebenso stiegen die Aufnahmen ins Krankenhaus

wegen akuter Alkoholerkrankungen von 3345 im vorhergehenden auf 5624 im letzten Berichtsjahr. Wegen Trunkenheit verhaftet wurden in den letzten 3 Berichtsjahren: 5936, 6233 und 7866 Personen. Man nimmt an, daß die Amerikaner Mittel und Wege finden sich an Stelle des Biers stärkere alkoholische Getränke zu verschaffen. Auf dem primitiven Weg bloßer Verbote dürfte, wie zu erwarten war, die Beseitigung des Alkoholismus also nicht zu erreichen sein. ◊ Das Internationale Arbeitsbureau berechnet die Zahl der *Kriegsrentenempfänger* auf rund 10 Millionen, von denen auf Deutschland und Frankreich rund je 1½ Millionen, auf England 1 170 000, auf Italien und Rußland je etwa 800 000 und auf die Vereinigten Staaten 157 000 kommen. Erstaunlich niedrig ist die Zahl der russischen Rentenempfänger. ◊ Der vertraglose Zustand zwischen *Ärzten und Krankenkassen* (siehe den Artikel Kollwitz' Die kritische Lage der Krankenversicherung, in den Sozialistischen Monatsheften 1923 Seite 725 ff.) besteht in Deutschland noch immer. Eine Einigung zwischen den Vertretern der beiden Parteien konnte nach dem verfrühten Beschluß des Reichsarbeitsministeriums noch nicht erzielt werden. Das liegt zweifellos nicht im Interesse der Volksgesundheit. Es wird bei diesen Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen, die nun fast schon eine Dauererscheinung geworden sind, stets das eine übersehen: daß den Gegenstand des Streits die Versicherten bilden. Sie sind der leidende Teil und sollten auch ihrerseits Maßnahmen ergreifen, so daß sie nicht nur Objekt sondern Subjekt des Streits werden. Sie zahlen hohe Beiträge und werden doch ungenügend behandelt. Jedenfalls drängen diese Zustände auf eine gründliche Revision der staatlichen Krankenversicherung hin. ◊ In der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin *habilitierte* sich für Augenheilkunde Alois Meesmann, der in der Antrittsvorlesung über die Mikroskopie des lebenden Augenhintergrundes im lokalen Licht der Spaltlampe sprach. An der Universität Gießen habilitierten sich für innere Medizin die Assistenten an der Medizinischen Klinik Heinz Lawczek und Ernst Woenckhaus. Privatdozent für Dermatologie und zugleich Oberarzt an der Universitätshautklinik als Nachfolger Nathans wurde in Frankfurt Edmund Hofmann, bisher Privatdozent in Bonn. Er hat bisher über Spirochaeten, Vererbungsfragen, Syphilisbehandlung und Malakozoologie gearbeitet.

## Literatur

In seiner, hier bereits in der Rundschau Psychologie (1922 II Seite 950) angezeigten, sehr fleißigen und aufschlußreichen Arbeit Das Geschlechtsleben der Hysterischen / Bonn, A. Marcus & E. Weber/ setzt sich der Berliner Nervenarzt *Siegfried Placzek* mit dem Begriff der Hysterie auseinander. Das ist verdienstvoll, weil bei Ärzten und Laien kaum mit einem andern Begriff gleicher Mißbrauch getrieben wird. Man wendet ihn wahllos auf alle möglichen nervösen und psychosexuellen Besonderheiten an. Von altersher wurde die Beziehung zur Sexualität, insbesondere des Weibes, in der Hysterielehre in den Vordergrund gestellt, bis der berühmte französische Neuro- und Psychopathologe Charcot mit dieser Lehre aufräumte und zum mindesten die ursächliche Bedeutung der Genitalsphäre für die Entstehung der hysterischen Reaktionsweise leugnete. Erst in ganz neuer Zeit hat Freud mit seiner Lehre »die älteste Auffassungsweise von der ausnahmslos ursächlichen Bedeutung der Geschlechtlichkeit für die Hysterie wenn auch in neuartiger, modernpsychologischer Aufmachung.« wieder in den Vordergrund gerückt. Mit dieser Auffassung von der sexuellen Wurzel der Hysterie setzt sich Placzek auseinander. Er lehnt die Übertreibungen der Freudschen Lehre ab, erkennt jedoch die große Bedeutung der psychoanalytischen Betrachtungsweise an. Endlich analysiert er eingehend an der Hand eines großen Tatsachenmaterials und unter Benutzung der umfangreichen vorhandenen Literatur das Geschlechtsleben der Hysterischen. Schließlich belegt er mit zahlreichen Beispielen die soziologische und forensische Bedeutung der Sexualbetätigung im Leben der Hysterischen. ◊ An dieser Stelle sei auf die sehr übersichtliche Einführung in das Studium der *Prostitutionstrage* /Leipzig, Johann Ambrosius Barth/ aufmerksam gemacht, in der Anna Pappritz, die Vorkämpferin der abolitionistischen Bewegung in Deutschland, zusammen mit einer Reihe auf diesem Gebiet besonders erfahrener medizinischer, juristischer und soziologischer Mitarbeiter (Walter Hanauer, Ernst Delbanco und Annie Blumenfeld, Alix Westerkamp, Marie Kaufmann-Wolf, Leo von Zumbusch, Katharina Scheven, Clara Thorbecke, Adele Schreiber, Irmgard Jaeger, Alfred Blaschko, Joseph Büsching) den Gesamtkomplex des Prostitutionsproblems objektiv nach allen Seiten hin darzustellen sucht.

## KUNST

Bühnenkunst / Nera Zeppler

Barnay †

Am 1. Februar ist in Hannover Ludwig Barnay im Alter von fast 82 Jahren einem Schlaganfall erlegen. Barnay spielte in der deutschen Theatergeschichte eine wichtige Rolle. Er gehörte zu den großen Technikern und Virtuosen der Schauspielkunst im klassischen Stil. Er verfügte über bedeutende äußere Mittel: eine hohe, imposante Gestalt, ein Gesicht von großem Schnitt, eine machtvolle, höchst modulationsfähige Stimme. Dazu kam ein mitschwingendes Temperament, das seinen Träger bei seinen Rollen für den Affekt der Begeisterung nach klassischem Ideal prädestinierte. In solchen Momenten wirkte er, der sonst im wesentlichen von seinem starken Kunstverstand her seine Mittel verwandte, hinreißend, ebenso wie seine dialektische Schärfe und seine Kunst oratorischer Steigerung ihm in manchen Gestaltungen, so dem Marc Anton und Uriel Acosta, etwas unmittelbar Überzeugendes verliehen. Daher ist es verständlich, daß Barnay in einer ganzen Generation von Schauspielern Schule gemacht hat, die von ihm, wenn auch auf niedrigerem Niveau, eine typische Formung der klassischen Gestalten übernahmen. Zu Barnays bekanntesten Rollen gehörten, außer den schon genannten, Lear, Hamlet, Wallenstein, Kean und der Hüttenbesitzer aus Ohnets Reißer, dem Barnay durch seine, die Frauen erobernde, Männlichkeit und durch seine Edelmutstöne einen ungeheuern Erfolg erspielte.

Wie als Darsteller ist Barnay als Bühnenleiter für die Theaterhistorie ein wichtiger Name. Er hat in Berlin mit den übrigen Sozietairen das Deutsche Theater gegründet (in dessen berühmter Eröffnungsvorstellung *Kabale und Liebe* er den Präsidenten gab), er hat 2 Jahre darauf das Berliner Theater ins Leben gerufen, in dem er den klassischen Spielplan in der Richtung der Meininger pflegte und auch Wildenbruch mehrfach aufführte, er hat vor zirka einem Jahrzehnt unter Hülsen das Berliner Königliche Schauspielhaus geleitet und ist dann bis vor wenigen Jahren Direktor in Hannover gewesen. Als Regisseur machte jedoch Barnay aus dem Meininger einen Stil äußerlichen Prunks, der vorübergehend zu einer Verflachung der deutschen Regiekunst führte, bis er in den neunziger Jahren vom Naturalismus abgelöst wurde.

Aber nichts in Barnays Leben wird von so entscheidender Bedeutung bleiben wie seine Frankfurter Aktion, der die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger ihre Existenz verdankt. Von seinem Frankfurter Organisationsaufwurf im Jahr 1871 an bis zu seinem Tod hat Barnay dann im Mittelpunkt der Organisation der Bühnenangehörigen gestanden.

**Grabbe** Das Deutsche Theater hat unter der Regie Erich Engels in Berlin eine Aufführung von *Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung* herausgebracht, die zu den wesentlichsten Vorstellungen der letzten Jahre gehört. (Früher, und leider auch viele Jahre hindurch bei der Freien Volksbühne, hat man dieses Stück stets für "unaufführbar" erklärt. Ach ja, was ist nicht alles unmöglich — bis man es einmal wirklich will!) Es herrscht auf der Szene eine Atmosphäre von groteskem Sarkasmus und Humor und von verschwebend Irrealem, die wahrhaft Grabbes würdig ist. Hermann Krehans bilderbuchhafte Szenenbilder mit den, zum Teil an die Wand gemalten, Möbeln wirken ironisch und entrückt in einem; so die spitzwegische Dachkammer Rattengifts, vor allem aber das typisch wogende hohe Kornfeld und der verträumte Dorfausblick mit dem grotesk malerischen Regenbogen. Die Darstellung wirbelt von Geist. Von wunderbarer Stimmung war die Trinkszene: ihr Gemisch aus vollkommener Sinnlosigkeit und wüstem Ulk der Sufflaune und aus der Lösung von den Bewußtseins-hemmungen, die das schamhaft verborgene des Menschen, das Dämmern seiner eigentlichen, eingesperrten, verdrängten Seele, freimacht. Wenn der geschwollene Versifex Rattengift in weinend demütiges Bekenntnis seiner elenden Dichterei ausbricht, ein erschütterndes an die Brust Schlagen des armen Schächers; oder wenn in dem total ruinierten Schulmeister Geniehaftes aufblitzt, und eine alte einmalige Liebe hinter seinen saftigen Scherzen ihm einen Augenblick nebelhaft ihre Züge zeigt: da enthüllt sich die wahre Welt, die nur geahnte, alles ist plötzlich nur noch arme sehnsüchtige Kreatur und einander gleich, und der verprügelte Schuljunge verprügelt den Lehrer. Dazu hat diese Szene groteske Regieeffekte, die zwingend komisch sind. Auch sonst besitzt Engel eine Menge davon: so wenn der Freiherr von Mordax seine, aus Räuberromanphantasie stammende, Bande mit der Hand ausrichtet und im Drillschritt abführt. Oder wenn die 13 wehmütigen pappenen Schneider-

gesellen mit einem hohen Wehgesumm ihre Köpfe fallen lassen. Oder wenn der Teufel sich an einer unnennbaren Stelle mit einem Licht einheizt und mit Wohlgeruch begießt. Die Darstellung war hervorragend. Fritz Kortners stämmiger Teufel mit seinem Pferdefußgestampf, mit dem er furchtsamen Kreaturen zu seinem sichtlichen Vergnügen Schrecken einjagt, war der rechte Gottseibeius aus dem Märchen. Dabei spritzte er vor schadenfroher, verschmitzter Laune und hatte gleichzeitig einen sarkastisch überlegenen Geist und eine rührende, gutmütige Kindlichkeit. Paul Bildts Dichter Rattengift war in Ton und Geste einer skurril graziösen Jämmerlichkeit meisterhaft. Max Gülstorffs versoffener Schulmeister besaß eine Verkommenheit von philosophischer Größe, und Manfred Fürst war als flächsernes Gottliebchen von herzerweichender Stupidität. Jede Figur schien wie vom Stift eines Callot umrissen. Ein prachtvoller Abend.

**Händel** Nicht genug rühmen kann man die Verdienste der Großen Volksoper um die Gewinnung Händels für die Berliner Opernbühne. Allein durch diese Tat, von ihren übrigen Leistungen schon ganz abgesehen, hat sie ihre Existenzberechtigung erwiesen. (Für das Staatsopernhaus ist Händel immer noch nicht entdeckt.) Die Aufführung des *Julius Caesar*, von der hier (in der Rundschau Musik, 1923 Seite 700) schon die Rede gewesen ist, wäre freilich noch vollkommener gewesen, wenn man nicht auf die barocke Idee verfallen wäre die Oper im Barockgewand zu geben: vor und hinter gedrechselten Säulen, mit einer aufgepluderten Szenerie, die Frauen in Krinolinen und Puderperücke, die Männer in einer sonderbaren Mischung von Ballettpomp und indianischem Federschmuck. Man ist grundsätzlich im Irrtum, wenn man glaubt bei Händel "historisch" kommen zu müssen. Das Werk, das nur aus der Musikgeschichte verständlich wäre, ist tot. Händel aber lebt und braucht nicht geschichtlich entschuldigt zu werden. Abgesehen von diesem Mißgriff war die Aufführung jedoch ausgezeichnet. Das Orchester spielte machtvoll und hingeeben. Die Solisten fanden durchweg den Händelschen Gesangstil und gaben musikalisch und stimmlich Vorzügliches. Allen voran der wundervoll singende Wilhelm Guttman mit seiner edlen, großen und ergreifenden Gestaltung des *Julius Caesar*; ebenso Magnus Andersen als wilder Ptolemäus

und Heinrich Blasel als sein Vasall Achilles. Gunnar Graarud gab den Sextus, Eleanor Reynolds die Cornelia mit Aufschwung, Würde und schönem Ton. Melanie Kurt (deren künstlerischer Energie wir es wohl danken müssen, daß die Händelschen Opern in Berlin auf die Bühne gebracht und dauernd gegeben werden) sang mit gewohnter Präzision die Kleopatra. Und auch die weibliche Hauptrolle in der herrlichen *Rodelinde*, die nun folgte. Auch hier ragte Wilhelm Guttman, als innerlich singender König Bertarich, hervor, bedeutend auch diesmal Blasels Garibald. Glücklicherweise vermied die Inszenierung kostümlich den Barockstil; nur in einer Stillisierung der Gesten war er angedeutet. Das Szenenbild hatte Hans Strohbach in der Art der französischen idealen Landschaftsmalerei des 17. Jahrhunderts eindrucksvoll entworfen.

Wenn man Händel hört, kann man nicht genug bekommen. Welche Kraft des Ausdrucks, und gleichzeitig welche Feinheit der menschlichen Seele in diesem »jammervollen Dasein«! Unter all den halben Empfindungen und brutalen Egoismen unserer Tage kommt plötzlich ein Großes, Starkes und Zartes auf die Bühne. Und das hatte man 200 Jahre hindurch nicht gekannt; oder die "Kenner" hatten es für veraltet gehalten. Aber diese Musik hat ihre Vergangenheit noch vor sich; und es wird ziemlich lange dauern, bis wir so weit sein werden, um mit ihr Schritt zu halten.

#### Truppe

Die unter Berthold Viertels Regie im Berliner Lustspielhaus auftretende Truppe (aus der allerdings Fritz Kortner, Paul Bildt und Johanna Hofer bereits wieder ausgeschieden sind) erbrachte mit der Aufführung von *Georg Kaisers* "Volksstück" Nebeneinander den Beweis, daß sie eine Truppe im besten Sinn darstellt, ein Ensemble scharf umrissener schauspielerischer Persönlichkeiten, die von einem ehrlichen, starken Willen zur Sache getragen sind. Kaisers Stück, als leicht eingänglicher Anschauungsunterricht über die Gegenwart gedacht, in seiner plakathaften Manier und seiner Berechnung der Effekte charakteristisch für die Oberflächlichkeit dieses Alleskönners, gab Viertel Gelegenheit im Bilderbogenstil George Grosz', von dem auch die in wenigen riesigen Strichen schlagenden Szenenbilder stammen, Typen der Zeit, ins Grotteske verzerrt, hinzustellen. Da waren sie alle: die brutalen Stumpfbolde, die Spekulanten, die Spieß-

bürger, die im Genuß Vertrottelten und Verhärteten, die ganze Welt der Wänste und der Ellbogen, das »Gesicht der herrschenden Klasse«, daneben deren Opfer, die leiblich und seelisch von der Zeit Niedergetrampelten. Es wäre unrecht aus den fast insgesamt ausgezeichneten Leistungen einzelne herauszugreifen. Nur Forsters "Schieber", ein Mensch von absoluter Herzensstarrheit, "völkischer" Prägung, wie man ihn täglich in den Straßen trifft, verdient besonders rühmende Erwähnung. Viertel scheint auf dem Feld der Grotteske seine eigentlichsten Gaben zu entfalten.

Einen guten Griff tat die Truppe mit dem Stück des Iren *John M. Synge* Der Held des Westerlands. Das ist eine derbe Komödie, in der ihr Dichter die fatale Bewunderung der Menschen, speziell aber der Frauen, für die brutale Kraft verulkt, die sie für Heldentum zu nehmen geneigt sind. Die gesamte Einwohnerschaft eines Dorfs feiert in naiver Hochachtung einen vermeintlichen Vatermörder als Helden, die Frauen reißen sich natürlich um ihn, und das schöne Mädchen, das sich in den guten, braven, stillen Burschen verliebt, solange sie ihn für den Totschläger hält, stößt den »Aufschneider« empört von sich, als sich herausstellt, daß sein Vater am Leben geblieben ist. Der Regisseur Heinz Hilpert hat eine saftige Posse auf die Beine gestellt. Seine dämlichen Dörfner, die vor Betrunkenheit kaum sprechen können, sind sehr lustig, ebenso die Dorfmadchen, die in blödem, kicherndem Staunen den vermeintlichen Mörder anhimmlen, jede in einer andern Geste der Idiotie erstarrt. Famos, wenn die aus dem Fenster einem Wettkampf Zuschauenden jede Phase dieses Kampfs durch die gesteigerte rhythmische Mitbewegung ihrer Hinterteile anzeigen. Unverblümt deutlich läßt der Regisseur auch die Triebe der holden Weiblichkeit spielen.

#### Totenliste

Ende Dezember 1923 starb im Alter von 55 Jahren *Leonhard Haskell*, ein Komiker von seltener Feinheit, der in Berlin in humoristischen Episoden starke Erfolge zu verzeichnen hatte. Erst nach jahrelangem Engagement an den Folies Caprices kam er an das Komödienhaus, wo er sich entfalten durfte. Er zeigte hier einem ganz besondern, stillen, schlichten Gefühlston, eine seltene Zartheit. Es ist charakteristisch, daß dieser Darsteller den größten Teil seiner Bühnenzeit im Dunkel der Namenlosigkeit verbracht hat.

Der Komiker *Karl William Büller* starb 70jährig bei Leipzig. Er hat jahrzehntelang die Zuschauer durch seinen Striese, seinen Weigel in Mein Leopold, seinen Wehrhahn ergötzt. In Dresden, Kassel und Leipzig hat er lange gewirkt, vorübergehend auch am Wallnertheater in Berlin.

Am 13. Februar ist in München der Generalintendant der bayrischen Staatstheater *Karl Zeiß* plötzlich einem Schlaganfall erlegen. Er ist nur 52 Jahre alt geworden. Zeiß, Meininger Herkunft, kam 1901 als Regisseur und Dramaturg unter Seebach nach Dresden und leitete dort 15 Jahre lang das Schauspielhaus, bis er 1916 Intendant in Frankfurt wurde; 1920 ging er dann nach München. Er war ein ganz hervorragender Bühnenorganisator, einer der bedeutendsten und modernsten Bühnenleiter Deutschlands, der dem Repertoire der ihm unterstellten Bühnen ein hohes Niveau gegeben und die zeitgenössische Produktion eifrig gefördert hat. So kam es, daß unter seiner Direktion Frankfurt eine Zeitlang das führende Theater im Reich war. Viele junge Autoren, darunter Unruh und Kornfeld, verdanken ihm ihre ersten Schritte auf die Bühne. Er verstand ebenso vorbildlich die heute anscheinend verlorene Kunst ein Ensemble liebevoll heranzuziehen; er hat eine Anzahl bedeutender Kräfte, darunter Gerda Müller, entdeckt und entwickelt. Zeiß, ursprünglich Germanist, hat sich auch als Herausgeber der ersten großen Hebbel-ausgabe verdient gemacht.

**Kurze Chronik** Am 1. Januar wurde in *Berlin* die Oper am Königsplatz, das alte, umgebaute, nicht wiederzuerkennende Kroll, als zweites Haus der Staatsoper feierlich eingeweiht. Das Repertoire des Hauses beschränkte sich nach der Eröffnungsvorstellung Die Meistersinger bisher auf die Lustigen Weiber, Martha, Madama Butterfly und die (allmählich überall chronisch werdende) Fledermaus. ◊ Die österreichische Regierung hat beschlossen die *Wiener* Staatsoper, das Burgtheater und alle Neben Bühnen aus der Staatsverwaltung auszuschließen und selbständig weiterzuführen. ◊ Am 16. Januar brannte das Landestheater in *Neustrelitz* vollständig nieder. Der Fundus wurde eingäschert, doch sind die wertvollen Partituren gerettet. ◊ Als Nachfolger Ernst Hardts auf dem Posten des Weimarer Generalintendanten wurde der Meininger Intendant *Franz Ulbrich* gewählt. Gleichzeitig wurde ihm die

Generaldirektion der Thüringer Landestheater übertragen. Gegen seine Wahl wurde aber von Seiten des Militärbefehlshabers in Thüringen Einspruch erhoben, weil der Beschluß über die Besetzung des Postens der, nach den Neuwahlen zu bildenden, Regierung vorbehalten bleiben müsse. Gegen diesen Übergriff des Militärs wurden in Berlin Vorstellungen erhoben. ◊ Der Direktor des Stadttheaters in Aachen *Francesco Sioli* wurde als Intendant nach Oldenburg berufen. Sioli ist als einer der modernsten Bühnenleiter im Reich bekannt.

**Literatur** Ludwig Ullmann ließ eine Broschüre über *Alexander Moissi* erscheinen /Wien Hermann Goldschmiedt/, eine eingehende und zärtliche künstlerische Würdigung dieses Schauspielers, dessen Wesen in seinem großen, liebenden Herzen gesehen wird. Ullmann bestreitet, daß Moissi ein primo tenore des deutschen Theaters sei; doch ist ein zum mindesten sehr erheblicher Bestandteil seines Wesens mit jenem Ausdruck gekennzeichnet trotz einer Reihe bedeutender und unantastbarer Leistungen des Künstlers. ◊ »Eines Künstlers Heimweg nach Wien« nennt Paul Stefan eine Darstellung des Wirkens und Werdegangs *Max Reinhardts* /Wien, Hermann Goldschmiedt/. Er sucht Reinhardts innere Verwurzelung im Wiener Boden aufzuzeigen und erblickt seine neue Mission in der Leitung des Burgtheaters. Denn die Stadt Wien bekenne sich zu ihm »aus einem verborgenen Wissen, daß er ihr Wesen vorstellt, ihren Wunsch nach Kunst aus ihrem Leben«. Reinhardt habe uns das Theater zurückgegeben. »Theater enthüllte sein Selbst, es wagte Theater zu sein, und . . . wurde . . . Übergang zu einem Weltenschauspiel in der Seele und in Gott.« Reinhardt ging den »Weg von der eingebildeten Wirklichkeit, der vorgeschützten Natur, . . . zu heimlichem Süden der Phantasie, über wieder gestatteten Vers hin zur Seele«. Und »man dankt Reinhardt den Klang von der Bühne . . . einen Klang der erdichteten Welt«. Wenn Reinhardt sich zuzeiten selbst übersteigert habe, so sei das auf das Verlangen des ungenügsamen, überlieferunglosen Berlins geschieden. Man sieht, Stefans Buch ist unter dem Gesichtswinkel des Wieners geschrieben, der nicht der unsere ist. Aber notorious Unrichtigkeiten, wie die Behauptung, Reinhardt habe sich das Berliner Haus der Volksbühne erbaut, hätte der Verfasser vermeiden sollen.

## KULTUR

Verkehr / Hartmuth Merleker

Reichsbahn und Reichspost

Da die Hauptquelle des Defizits im deutschen Etat (das, solange es besteht, jede wie auch immer geartete Marktstabilisierung illusorisch machen muß) in der Unwirtschaftlichkeit der Reichsbetriebe, ihrem zu großen Angestelltenkörper und ihrer zu geringen Arbeitsleistung, liegt, innenpolitische Gründe aber ihre energische Sanierung erschweren, solange die Parteien des Reichstags hineinzureden haben, sucht man nach neuen Betriebsformen, die eine rationelle, lediglich durch die Sache, nicht durch Rücksicht auf Wählerkategorien bestimmte Ordnung ermöglichen. Damit wird der erste Schritt zum Neuaufbau des deutschen Verkehrswesens getan.

Diese Neugestaltung soll für die Eisenbahn durch eine Verordnung, die am 12. Februar erlassen wurde, für die Post durch ein Gesetz in die Wege geleitet werden. Unter der Bezeichnung Deutsche Reichsbahn soll ein selbständiges, eine juristische Person darstellendes, wirtschaftliches Unternehmen geschaffen werden, durch das das Deutsche Reich die in seinem Eigentum stehenden Eisenbahnen betreibt und verwaltet. Ebenso soll der Reichspost- und -telegraphenbetrieb als ein selbständiges Unternehmen, unter der Bezeichnung Deutsche Reichspost, verwaltet werden, geleitet vom Reichspostminister unter Mitwirkung eines Verwaltungsrats.

Bei der Reichseisenbahn soll später erst durch ein Gesetz die neue Betriebsform festgelegt, ein Verwaltungsrat geschaffen und die Trennung von Aufsicht und Leitung herbeigeführt werden. Der Reichsverkehrsminister bleibt Kabinettsmitglied, so daß sich an der Verantwortlichkeit gegenüber dem Parlament nichts ändert. Eigentümerin der Bahnen bleibt nach wie vor das Reich, die Neuregelung soll nur die Finanzgebarung selbständig machen und den Etat der Bahn vom allgemeinen Reichsetat lostrennen. Reichsrat und Reichstag erhalten den Jahresbericht des Unternehmens zugestellt. Es soll eine völlige Dezentralisation der Verwaltung durchgeführt werden. Die Eisenbahnbeamten bleiben zunächst Beamte mit allen Rechten und Pflichten wie bisher, über ihre zukünftige Stellung wird erst später entschieden werden. Zurzeit sind die Einnahmen der Reichsbahn in stetigem Steigen begriffen, sie betragen arbeitstäglich im November 8 Millionen, im Dezember 8,5 Millionen und im Januar 9,4 Millio-

nen Goldmark. Die Personentarife wurden für die 3. und 4. Klasse um 45 % erhöht. Anders verhielt man sich bei den höheren Wagenklassen, die man wegen des internationalen Durchgangsverkehrs schonte, der das Deutsche Reich mied, weil die Anliegerstaaten billigere Tarife haben. Durch die Verteuerung der unteren Klassen wird nun wieder der deutsche Binnenverkehr, damit die deutsche Innenwirtschaft, geschädigt. Eine wirkliche deutsche Verkehrspolitik hat eben nicht mit der Erhöhung der Tarife sondern mit der Verringerung der Ausgaben durch intensive Arbeit und Abstoßung aller entbehrlichen Elemente zu beginnen. Die Tarife sollen sich auf dem Optimum der Leistung aufbauen; nur so können sie produktiv wirken.

Bei der Reichspost vollzieht sich die Neuregelung etwas anders als bei der Reichsbahn. Bei ihr wird vom Reichsvermögen ein Sondervermögen abgezweigt, das Deutsche Reichspost heißt und eine besondere Verwaltung hat. Der Verwaltungsrat besorgt die kaufmännischen Geschäfte. Er soll aus etwa 25 Mitgliedern bestehen, die vom Reichsrat, vom Reichstag, vom Finanzministerium, von der Wirtschaft und vom Personal der Post ausgewählt werden. Auch die Postbeamten bleiben Reichsbeamte mit allen Rechten und Pflichten, mit Reichsbeamten-gesetz und Besoldungsordnung. Die bisherigen und die neuen Aufgaben der Post sollen sämtlich auf privatwirtschaftlicher Grundlage gelöst werden.

**Berlin** Die Stabilisierung der Mark gibt, wenn sie von Dauer bleibt, den Verkehrsunternehmungen wieder die Möglichkeit wirkliche Gewinne zu erzielen. Dadurch sind nun aber die Aussichten auf eine engere Verknüpfung der 4 großen Verkehrsunternehmungen der Stadt Berlin in weite Ferne gerückt. Unter dem Zwang der Not gab es eine Zeitlang in Berlin einen Einheitsfahrpreis, der heute wieder durchbrochen ist, es gab eine Verständigung über die Grenzen der Linienkonkurrenz, die heute nur noch im eigenen Interesse, aber nicht mehr im Interesse des Parallelbetriebs ausgeübt wird, es gab einen Anlauf zur Herstellung eines allgemeinen Umsteigerechts, das in seinen Anfängen mit dem Umsteigen von der Hochbahn zur Straßenbahn stecken blieb. Dem einheitlichen Zusammengehen in Verkehrsfragen und der Tarifpolitik stehen die 4 Leitungen ganz verschieden gegenüber. Die Reichsbahn, die Besitzerin der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, führte als erste

den Goldfahrpreis ein, den die anderen heute noch nicht offiziell angenommen haben. An starre Bahnkörper gebunden, konnte sie sich dem Verkehr nur durch die Zugfolge anpassen. Die Elektrifizierung des Gesamtnetzes ist noch in weiter Ferne, langsam wird daran bei 2 nördlichen Vorortstrecken gearbeitet. Neue Wagentypen sind ausprobiert worden, 3 von ihnen wurden dem Verkehr übergeben; leider weisen sie gegenüber den alten Stadtbahnwagen viele Nachteile auf, nähern sich bedenklich den üblen Hochbahnwagen, weungleich deren schlimmste Eigenschaft: die Einrichtung der Längssitze, auf 2 von ihnen wenigstens nicht übertragen wurde. Die Straßenbahn erzwang die vorläufige Gesundung ihrer Finanzen durch eine Eisenbartkur, sie stellte nach und nach und zuletzt schlagartig fast 66 % ihrer Linien ein und erweiterte die Wagenfolge auf den Linien verschieden bis zu Abständen von 30 Minuten. Erst in den letzten Wochen ging sie langsam wieder an den Aufbau durch Errichtung neuer Linien. Der einzige Nutzen für die Fahrgäste war der Umsteigefahrschein. Die Hochbahn steht der Straßenbahn am nächsten, mit der sie einen Umsteigeverkehr zur 3. Wagenklasse eingerichtet hat. Abseits von diesen Straßenverkehrsmitteln, die auch noch an den Bahnkörper gebunden sind, steht die Autobusgesellschaft, deren enge Anlehnung an die Straßenbahn bekannt, aber für das Publikum nur im gleichen Fahrpreis sichtbar ist.

Die *Verkehrseinheit* Groß Berlins ließe sich durch die Schaffung dreier Einrichtungen leicht erreichen. Einmal müßte man von allen Bahnen auf die Fahrzeuge der anderen Einrichtungen umsteigen können. Zu diesem Zweck müßte es eine Einheitsklasse geben und auch einen Einheitsfahrchein zum Einheitspreis. Diesem Ideal am nächsten kommt die Untergrund- und Hochbahn in New York, die überdies auch keine Raucherwagen kennt. Daß man bei uns auf die verkehrshemmenden und gesundheitsschädlichen Raucherwagen nicht verzichten zu können glaubt, stellt dem Gemeinsinn der fahrenden Bevölkerung ein trauriges Zeugnis aus. Das Umsteigen lehnt die Autobusgesellschaft ab, weil sie dem vielbeschäftigten Schaffner, der sich nicht nur in der horizontalen sondern auch in der vertikalen Ebene zu bewegen und dabei 2 Arten Fahrcheine zu verkaufen hat, die Mehrbelastung nicht zumuten will. Sie übersieht, daß es später nur noch einen Fahrchein gäbe. Die Raucherwagen, die am fatalsten bei der

Hochbahn wirken, hat die Straßenbahn sogar erst vor einigen Monaten als Lockmittel eingeführt; in der Tat, wie sollte in unserm verarmten Deutschland den einzelnen das Opfer zugemutet werden auch nur für wenige Minuten auf seine Zigarette zu verzichten und den Mitfahrenden Geruchsbelästigung und Kopfschmerz zu ersparen? Die Einstellung von unrentablen Konkurrenzlinien fiel als Aufgabe nur der Straßenbahn zu, die Autobusgesellschaft verlegte bei einigen Linien die Route ein wenig, als die Nordsüdbahn eröffnet wurde, und hat seitdem gute Erfahrungen mit den neuen Strecken gemacht. Sehr geklagt wird in Berlin über die eigenartige Anordnung der Haltestellen auf der Nordsüdbahn. Als eine schlimme Notwendigkeit wirkt der Tunnel zur alten Untergrundbahn am Bahnhof Leipziger Straße. Hier rächt sich eine Sünde der Vergangenheit, man hat die alte Untergrundbahn nicht durch die Leipziger Straße gebaut sondern durch eine Parallelstraße, die weniger Schwierigkeiten bot als die Leipziger Straße. Heute möchten es viele Geschäftsleute der City anders haben.

Die *Nordsüdbahn* war am 30. Januar 1 Jahr in Betrieb. Die Erwartungen, die man an sie geknüpft hatte, sind weit übertroffen worden, wenn sie auch heute noch an einigen Kinderkrankheiten leidet. Sie hat bisher insgesamt 42 Millionen Fahrgäste befördert. Der Wagenpark wird demnächst um 12 neue Züge mit verbreiterten Wagen und neuen Türen vermehrt werden. Doch hat man auch hier den Mut zu neuen Formen nicht gehabt sondern ist einem Londoner Beispiel gefolgt. (Daß man sich selbst im Lokalverkehr von angelsächsischem Kurs nicht freimachen kann! Und es ist wirklich nicht immer das Beste der englischen Art, das man bei uns importiert.) Daß man die unzweckmäßigen und unschönen Längssitze beibehalten hat, zeugt nicht von Phantasie und Schaffungswillen der Berliner Verkehrsleitung. Im Lauf des März wird auch die Anschlußstrecke vom Halleschen Tor über den Bahnhof Belle Alliance-Straße bis zur Bärwaldstraße an der Gneisenastraße eröffnet werden. Die Frage des Weiterbaus nach Neukölln ist noch unbeantwortet.

Mit Ausnahme der Nordsüdbahn sind aber sämtliche Großberliner Schnellverkehrsbauten und Schnellbahnpläne *aufgegeben* oder stillgelegt worden, also die Strecken Wittenbergplatz - Gleisdreieck (mindestens diese Verbindungsstrecke, die ja in der Hauptsache ausgebaut ist, sollte fertiggestellt und betrieben war-

den, sie hat größere Bedeutung als man ihr zurzeit zuschreibt), Umlandstraße-Halensee, die Linie Frankfurter Allee und die geplanten anderen Erweiterungsbauten der Hoch- und Untergrundbahn sowie schließlich die Schnellbahn der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Diese letzte war Gegenstand eines Prozesses der Stadt Berlin gegen die Schnellbahngesellschaft der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Das Reichsgericht entschied in letzter Instanz zugunsten der Stadt Berlin, weil durch den Nachvertrag vom Dezember 1918 die Gesellschaft dem ursprünglichen Vertrag eine besondere Bekräftigung verliehen hatte. Die Gesellschaft wurde zum Weiterbau verurteilt. Sie wird sich dem durch den Konkurs entziehen. In diesem Fall gehen Bahnkörper, Bahnhöfe, die unbeweglichen Betriebseinrichtungen nebst Leitungen und Zubehör in den Besitz der Stadt über, die auch berechtigt ist die beweglichen der Bahn dienenden Objekte, die Kräfteerzeugungs- und Betriebsstätten, wie die Grundstücke der Gesellschaft käuflich zu erwerben. Es ist fraglich, was nunmehr aus dem Torso der geplanten Schnellbahn werden wird. Aus einer Statistik der Verkehrsunfälle im Straßenverkehr Berlins geht hervor, daß die privaten Personenkraftwagen die meisten und schwersten *Unfälle* hervorrufen. Auch bei Fahrradunfällen kommen immer noch Tötungen vor.

#### Luftverkehr

Der Initiative seines Stadtbaurats Leonhard Adler verdankt *Berlin* die Inbetriebnahme des Zentralflughafens auf dem Tempelhofer Feld, die im Spätherbst 1923 erfolgte. Zunächst noch provisorisch, sind dort alle für den Luftbahnhofsbetrieb erforderlichen Gebäude in Holz errichtet worden, die für den Rest der Flugperiode 1923 vollauf genügen. Im Frühjahr 1924 wird der Ausbau, wahrscheinlich an einer andern Stelle des Platzes, in Beton vor sich gehen, dann werden auch die Londonflugzeuge, die bisher noch nach Staaßen fliegen mußten, weil der Boden für diese schweren Maschinen noch nicht genügend planiert war, auf dem Tempelhofer Feld landen und starten. Die beiden führenden *deutschen* Luftverkehrsgesellschaften, die Aktiengesellschaft Aero Union und die Junkerswerke Abteilung Luftverkehr, sollen dicht vor einer Art von Fusion stehen, so daß für die Flugperiode 1924 zu erwarten ist, daß eine einzige Dachgesellschaft sämtliche *deutschen* und im Ausland von Deutschen betriebenen Fluglinien befle-

gen wird. Es hat sich im Luftverkehr sehr schnell gezeigt, daß die Zersplitterung in kleine Gesellschaften, die nur wenige Linien befliegen, keine Entwicklungsmöglichkeiten in sich birgt. Aber nicht nur wirtschaftlich drängte sich diese Erkenntnis auf, sondern auch bei den verkehrspolitischen Verhandlungen mit der Regierung und bei der Lösung der zwischenstaatlichen Fragen lähmte die Konkurrenz der verschiedenen Linien die Energie bei der Erreichung gemeinsamer notwendiger Ziele.

Die gleichen Erfahrungen hat man auch in *England* gemacht. Dort schließen sich am 1. April die 4 großen Gesellschaften Handley Page-, Instone-, Daimler- und die Marineluftfahrtlinie zusammen, um den Passagier- und Frachtdienst von London nach Paris, Amsterdam und Brüssel mit Regierungssubvention zu besorgen. Die Unterstützung des Staates beginnt im 1. Jahr mit 137 000 Pfund Sterling und sinkt in 10 Jahren auf 32 000 Pfund. Die Gesellschaft will sich später auch weiteren Zielen in Europa einschließlich der Schwarzmeerländer zuwenden.

Im April unternimmt eine *holländische* Gesellschaft mit einem Fokkerlandflugzeug einen Probeflug nach Niederländisch Indien, der in 16 Tagen absolviert werden soll. Der regelmäßige Flugdienst, der nach dem Gelingen des Probefluges eingerichtet werden soll, wird die Strecke in 10 Tagen bezwingen; wenn Nachtflüge bis dahin regelmäßig durchgeführt werden können, sogar in nur 6 Tagen. Alle Luftverkehrsprojekte der nächsten Zeit, die zwischenstaatliche Verbindungen die Wege bereiten sollen, müssen als Kernproblem das des Nachtflugs lösen. Am weitesten scheinen auf diesem Gebiet die Russen zu sein, die ihre Routen über das flugtechnisch unkomplizierteste Gelände führen können. Der Nachtflug ist ohne die Zusammenarbeit aller fliegenden Nationen überhaupt nicht zu lösen, da er eine gleiche Organisation verlangt wie die Schifffahrt mit ihren Leuchttürmen und Seezeichen.

Das *polnische* Eisenbahnministerium hat sich das Monopol für den Luftverkehrsbetrieb in Polen gesichert (siehe die Rundschau Staatssozialismus, 1923 Seite 684). Alle zurzeit mit anderen Konzessionären abgeschlossenen Verträge werden nach ihrem Ablauf nicht verlängert, sondern der Betrieb geht automatisch auf das von der Eisenbahn gegründete Konsortium über.

In den *Vereinigten Staaten* ist versuchsweise eine Luftpostverbindung von Wash-

ington nach San Francisco eingerichtet worden, die 28 Stunden Flugzeit braucht. 6 Zwischenlandungen von je 20 Minuten Dauer sind vorgesehen.

2 französischen Fliegern gelang der Versuch während des Flugs von einem zum andern Flugzeug durch einen Schlauch Benzin überzufüllen. Eine Gewähr für das regelmäßige Gelingen der *Tankauf-füllung in der Luft* kann allerdings nicht übernommen werden.

Der italienische Ingenieur Santo hat in Rio de Janeiro ein *Riesenflugzeug* erbaut, das 130 Meter lang, 43 Meter breit und 15 Meter hoch ist und 200 Passagiere befördern kann. 16 Motore zu je 700 Pferdestärken treiben 16 Propeller an. Die Baukosten betragen 4 Millionen Goldmark. Die Maschine soll in den Dienst der Strecke Rom-Rio de Janeiro eingestellt werden, die man in 2½ Tagen zurückzulegen gedenkt.

Die *Zukunft des europäischen Luftverkehrs* untersucht eine Sondernummer der Zeitschrift *Junkersluftverkehr*. Es ergibt sich da folgendes: »Der Luftverkehr ist heute schon keine Spielerei mehr, wenn er auch noch ein Zuschußbetrieb in den ungünstig gelegenen Ländern sein muß. Aus dieser Periode des Nichtselbstverdienens wird er sich aber sehr bald erheben, wenn die großen wichtigen internationalen Routen eingerichtet sind [die die Schrift in 5 zusammenhängenden Linienbündeln vorschlägt]. Schon heute benutzen Kaufleute, Gelehrte, Ärzte, Künstler, reine Touristen und Länderbummler das Flugzeug, wenn es erst Zeitersparnisse von mehreren Tagen im transkontinentalen Verkehr bringt, wenn die Konossements, Rechnungen, die Musterkoffer und Warenproben, Zeitungen und Bilder, Pässe und Steckbriefe statt in 270 Stunden in 55 von London in Teheran, statt in 180 Stunden in 53 aus Moskau in Lissabon eintreffen, dann wird sich die Gunst des Verkehrs und der Wirtschaft, der Industrie und der Privaten von selbst dem modernen Luftverkehr zuwenden. Der Bodenverkehr wird dadurch nicht geschädigt, er kann sich weiter und intensiver dem Massenverkehr zuwenden, wenn er von den für ihn unzuweckmäßigen und doch immer unvollkommenen Schnellverbindungen befreit worden ist.« Diese Erwartungen sind durchaus erreichbar, und Deutschlands Rolle, die es im internationalen Luftverkehr wegen seiner zentralen Lage zu spielen vorherbestimmt ist, ist nicht klein. Nur muß Deutschland gleichberechtigt neben den anderen Nationen mitarbeiten können. Die gegenwärtige

politische Lage hat die Expansion des deutschen Luftverkehrs völlig nach dem Osten abgedrängt, und läßt eine nicht überflogene breite Strecke zwischen Deutschland und dem Westen klaffen, die es schnellstens zu überbrücken gilt. Die Einrichtung von transkontinentalen 3000 Kilometer-Strecken kann morgen schon beginnen, wenn die Begriffsbestimmungen des Londoner Ultimatums fallen gelassen werden. Die dazu nötige Bodenorganisation zu schaffen erfordert nur wenige Wochen.

#### Totenliste

Am 29. Juni 1923 starb *Alexander Koch*, ein hervorragender Wasseringenieur, der sich bei großen Stromregulierungsarbeiten und beim Bau des Nordostseekanals erhebliche Verdienste erworben hat. Er war auch Gutachter für die Baupläne des Panamakanals. Zuletzt war er hessischer Rheinschiffahrtsbevollmächtigter bei der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt. Koch hat aus Bedenken, unter seinen Arbeiten könnte auch Minderwertiges sein, nie etwas veröffentlicht, so daß man erst jetzt daran gehen kann das Material, das er geschrieben hat, zu sammeln.

Der Bahnbrecher der elektrischen Zuförderung auf Hauptbahnstrecken *Gustav Wittfeld* ist in Berlin im Alter von 68 Jahren am 24. September gestorben. Als einer der ersten erkannte er die Eignung des Wechselstroms für den Betrieb von Hauptbahnen. Seiner Initiative verdankt die Hamburger elektrische Vortorbahn ihr Entstehen, ebenso wie die Strecken Magdeburg-Leipzig-Halle und Lauban-Königszell der Staatsbahn. Im Krieg, als die Brennstoff- und Ölknappheit fühlbarer wurde, machte er wichtige Versuche mit Verschmelzung und Vergasung von Rohbraunkohle und Torf, die unter anderm auch zur Konstruktion von Ölokomotiven führten.

Am 12. Dezember, an seinem 49. Geburtstag, starb in Berlin der Direktor der Straßen- und Waldbahn Frankfurt am Main *Gottfried Nordmann*. Er war ein Pionier des Straßenbahnwesens, dem besonders die Stadt Frankfurt viel zu verdanken hatte. Er wirkte dort zuerst als Oberingenieur der städtischen Bahnen, später als ihr Direktor.

Einen fühlbaren Verlust erlitt das Reichsverkehrsministerium durch den Tod *Friedrich Bendemanns*, der in seinem 50. Lebensjahr um die Jahreswende plötzlich starb. Bendemann war in der Abteilung für Luft- und Kraftfahrwesen tätig. Er war Begründer und lange Jahre auch

Leiter der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt, hat sich also schon sehr früh große Verdienste um die deutsche Flugtechnik erworben. In den letzten Jahren wandte er sich der Normungsarbeit für die Flugzeugindustrie zu.

Am 9. Januar 1924 starb in Berlin, fast 48 Jahre alt, *Adam Hofmann*, einer der bekanntesten Konstrukteure auf dem Gebiet des Kraftfahrzeugwesens. Hofmann begann als Konstrukteur bei Büsing, dann las er als außerordentlicher Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig über Automobilwesen. Später trat er in Berlin in den Vorstand der Aktiengesellschaft für Automobilwesen ein.

**Kurze Chronik** Das Projekt einer *panamerikanischen Bahn* ist von seinen Vätern immer noch nicht aufgegeben worden. Man will neuerdings eine ganz neue Eisenbahn von Cartagena in Columbia bis Asuncion in Paraguay bauen, um dort den Anschluß an die schon bestehende Linie nach Buenos-Aires zu gewinnen. Diese Bahn würde in der Tat sehr viel neues, noch unerschlossenes Gebiet durchfahren, das sich noch primitiv ausbeuten ließe. Trotz der geringen geplanten Reisegeschwindigkeit von nur 34 Kilometer in der Stunde rechnet man sich zwischen New York und Buenos-Aires gegenüber der Dampferfahrt eine Zeitersparnis von 6 Tagen heraus.  $\diamond$  Zwischen Brüssel und Paris verkehrt jetzt ein Schnellzug in 3¼ Stunden auf der 311 Kilometer langen Strecke. Damit ist die bisher ohne Aufenthalt durchfahrene *längste Schnellzugstrecke* Halle-Nürnberg überholt. Auf der französischen Strecke fährt der Zug mit 115 Kilometer Stunden geschwindigkeit, während er auf der belgischen wegen des schlechten Unterbaus nur 60 Kilometer fahren kann.  $\diamond$  Einen *neuen Lokomotiventyp* bestellte die argentinische Staatsbahn bei Ljungström in Schweden. Diese ölbefeuerte Turbinenmaschine kann ununterbrochen 800 Kilometer in 20 Stunden zurücklegen. Gegenüber kohlegeheizten Dampfmaschinen spart dieser Typ zwischen 40 und 50 % Brennstoff.  $\diamond$  Die Verdrängung des durch Kohle angetriebenen Frachtschiffs durch das *Motorschiff* hat im vergangenen Jahr weitere Fortschritte gemacht. Auch England, das darin bisher prozentual hinter den anderen schiffahrttreibenden Nationen zurückstand, versucht den Vorsprung wieder einzuholen. Eine einzige neue Gesellschaft vergab auf einmal 19 gleiche Schiffe einer Serie an verschiedene Werften. Die treibende Kraft

scheint die Regierung selbst zu sein; sie bewilligte der Bank-Line für den Bau ein Darlehn von fast 2 Millionen Pfund Sterling. In Deutschland entwickelt sich der Motorschiffbau weiter in aufsteigender Linie; auch Bestellungen aus dem Ausland laufen wieder ein. Die größte Motorflotte hat die Hamburg-Amerika-Linie.  $\diamond$  Die Wiederherstellung des seit Kriegsbeginn unterbrochenen *Überlandtelegraphen nach Indien* ist wieder gesichert. Die Linie verfolgt den Weg London-Emden-Berlin-Warschau-Odessa-Tiflis-Teheran; von dort verzweigt sie sich einmal über Kermanschah nach Karachie, andererseits nach Buschir am Persischen Golf, wo der Kabelanschluß nach Indien ist.  $\diamond$  Die unermüdlige Deutsche Reichspost plant schon wieder die Herausgabe *neuer Briefmarken*. Für die kleinen Werte sollen Adlermarken gewählt werden, die höheren Werte sollen deutsche Städteansichten bringen.

#### Literatur

Das *Schiffahrtsjahrbuch 1924* /Hamburg, Verlag Seediens/ bringt einen bemerkenswerten Artikel, in dem der leider pseudonyme Verfasser sich mit der Frage des seemännischen Nachwuchses auf den deutschen Handelsschiffen beschäftigt. Wie in so vielen Berufen so ist auch bei den Seeleuten durch den Krieg ein Vakuum in der Stufenleiter der einzelnen Berufe entstanden, das langsam nach oben abwandert, aber für die Dauer seiner Existenz schwere Schädigungen für das Gewerbe hinterläßt. Hierzu kommt die Störung der deutschen Handelsschiffahrt durch die Folgen des Krieges an sich. Abhilfe sieht der Verfasser in der Erleichterung der Prüfungsbedingungen und in der vermehrten Einstellung von jungen Leuten auf geeigneten Schulschiffen.  $\diamond$  Wertvolle Materialien zur Beurteilung der internationalen Verkehrsentwicklung findet man stets in der Zeitschrift *Verkehrstechnik* /Berlin, Ullstein & Co./ So zeichnete darin vor kurzem Friedrich Wernecke ein Bild der Entwicklung des Stadtverkehrs von New York. Keine andere Stadt der Welt hat einen derartig riesenhaften Straßenverkehr. Wo 1860 jeder Bewohner im Jahr nur 43mal ein Verkehrsmittel in Anspruch nahm, tat er dies 1920 bereits 404mal, also fast 10mal so viel wie vor 60 Jahren. Die Arbeit vergleicht die Leistungsfähigkeit des Schnellverkehrsnetzes mit dem Wachstum der Stadt und gibt Auskunft über die Pläne, die den Verkehr auf neuen Bahnen in neue Bahnen leiten sollen.